



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2012

Federführend ist das Innenministerium

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Aufgaben	5
2 Organisation	6
3 Befugnisse	7
4 Kontrolle	8
5 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren	9
6 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen	10
7 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation	11
II. RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	15
1 Überblick	15
2 Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums	17
2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	17
2.1.1 Aktivitäten auf Bundesebene	17
2.1.2 Landesverband Schleswig-Holstein	20
2.1.2.1 Entwicklung und Politik	20
2.1.2.2 Übergriffe auf NPD-Kandidaten und -Anhänger	22
2.1.3 Beteiligung der NPD an Wahlen	23
2.1.4 Wahlkampf der NPD zur Landtagswahl am 6. Mai in Schleswig-Holstein	25
2.1.5 Prüfung der Erfolgsaussichten eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens	26
2.2 „Die Rechte“ – Zukunft für NPD-Mitglieder oder Neustrukturierung des aktionistischen Rechtsextremismus	28
2.3 Aktionistische neonazistische Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein	31
3 Aktionsformen	34
3.1 Öffentliche Agitation und inhaltliche Schwerpunkte von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein	34
3.2 Entwicklung der rechtsextremistischen Straftaten	41
3.3 Auswirkungen des Struktur- und Strategiewandels auf den gewaltbereiten Rechtsextremismus	45
4 Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten	49
4.1 Südöstlicher Landesteil	49
4.2 Südwestlicher Landesteil	51
4.3 Nördlicher Landesteil	51
4.4 Kiel und Umgebung	52
4.5 Neumünster und Umgebung	53
5. Rechtsextremistisches Schrifttum und Verlagswesen	53
6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010 bis 2012	55
III. LINKSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	56
1 Überblick	56
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	59
2.1 Undogmatischer Linksextremismus	59
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	59
2.1.2 Entwicklung der undogmatischen Szene	60

2.2 Dogmatischer Linksextremismus	63
2.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene	63
2.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	63
2.2.3 Weitere Organisationen	64
2.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)	65
3 Aktionsformen	67
3.1 „Gewalt“	67
3.2 „Outing“	71
4 Aktionsfelder	75
4.1 „Anti-Faschismus“	75
4.1.1 Aktionen gegen „Trauermarsch“ der rechten Szene in Lübeck	77
4.1.2 Aktionen gegen NPD-Wahlkampfveranstaltung in Neumünster	79
4.1.3 Spontandemonstration von „klassischen“ Autonomen in Lübeck	80
4.1.4 Kampagne „Farbe bekennen“	80
4.1.5 Kampagne „Keine Stimme den Nazis!“	81
4.2 „Anti-Militarismus“	83
4.3 „Anti-Rassismus“	84
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010 bis 2012	86
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG	87
1 Überblick	87
2 Islamismus	89
3 „Salafistische Bestrebungen“	92
3.1 Begriffsbestimmung und Charakteristika	92
3.2 Politischer und Jihadistischer Salafismus	93
3.3 Aktuelle Entwicklungen in Deutschland und Schleswig-Holstein	94
3.4 Gewaltbereiter Salafismus	95
4 Nutzung internetbasierter Kommunikationsformen durch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen	97
5 Islamistischer Terrorismus	98
5.1 Jihadismus	98
5.2 Aktuelle internationale Entwicklungen im Jahr 2012	99
5.3 „al-Qaida“-Netzwerk	100
5.4 Regionale islamistische Terrororganisationen	105
5.5 Islamistisch-kurdische Netzwerke	106
5.6 Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)	106
5.7 Entwicklungen in Deutschland	107
5.8 Ausreisefälle	108
5.9 Entwicklungen in Schleswig-Holstein	110
6 Organisationen und Gruppierungen	111
6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)	111
6.2 „Tablighi Jama’at“	113
6.3 „Die Muslimbruderschaft“ und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“	114
6.4 „Hizb Allah“ (Partei Gottes)	117
6.5 „Türkische Hizbullah“ (TH)	119
7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug	121
7.1 „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)	121

<i>7.2 „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF).....</i>	<i>132</i>
<i>8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerschaften der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010-2012</i>	<i>133</i>

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Aufgaben

Der Verfassungsschutz schützt die Werte, welche unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen: die freiheitliche demokratische Grundordnung. Geschützt werden die Menschenrechte und die Demokratie sowie wichtige Verfassungsgrundsätze, auf die das Wesen der Demokratie gründet. Es handelt sich hierbei um Werte, die die Freiheit garantieren und den Einzelnen vor Diktatur und Bevormundung bewahren.

Freiheit ist aber nur in Sicherheit möglich. So muss der Verfassungsschutz auch den Bestand und die Sicherheit des Staates schützen, eben derjenigen Institutionen, welche als einzige die Freiheit effektiv zu garantieren vermögen. Andernfalls steht zu befürchten, dass der Staat zur Beute von Extremisten wird, so wie in der unseligen Zeit des Nationalsozialismus.

Im Unterschied zur Weimarer Republik hält die Bundesrepublik jedoch nicht still, wenn Extremisten sich daran machen, die Freiheit abzuschaffen. Die Bundesrepublik verteidigt ihre freiheitliche demokratische Grundordnung. In dieser streitbaren Demokratie kommt dem Verfassungsschutz die Funktion eines Frühwarnsystems zu: Er klärt Gefahren für die Freiheit und Sicherheit auf und informiert die Regierung sowie die Bevölkerung darüber. Aber auch andere Behörden und Institutionen sind Adressat seiner Informationen, so z.B. die Polizei und Justiz, wenn seine Erkenntnisse unmittelbar in Gefahrenabwehr- oder Strafverfolgungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen.

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus genügt es aber nicht, Freiheit und Sicherheit nur in Deutschland zu schützen. Wird z.B. in Deutschland Geld für Terroranschläge im Ausland gesammelt, muss der Verfassungsschutz dem im Interesse der auswärtigen Belange der Bundesrepublik nachgehen. Gleiches gilt für die Aktivitäten so genannter Hassprediger, wenn diese z.B. von Deutschland aus das Existenzrecht Israels verneinen, wird damit doch dem Terrorismus das Feld bereitet und die Sicherheit auch in Deutschland gefährdet.

Neben der Abwehr von Gefahren durch Extremisten aller Couleur hat der Verfassungsschutz noch die Aufgabe der Abwehr von Spionageaktivitäten. Dabei hat sich

das Interesse fremder Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges auf die Wirtschaft verlagert. Hier konzentrieren sich die Abwehrbemühungen auf den illegalen Technologietransfer.

Weiterhin wirkt der Verfassungsschutz beim Geheim- und Sabotageschutz mit. Der Geheimschutz dient dem Schutz von staatlichen Verschlussachen. Zu denken ist hier an geheime Regierungsdokumente und polizeiliche Fahndungskonzepte, aber auch an Pläne zu Waffensystemen. Solche Geheimnisse dürfen nur verantwortungsvollen Personen anvertraut werden, bei denen keine Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko vorhanden sind. Der Verfassungsschutz hilft bei deren Auswahl. Zudem berät er Behörden zu baulichen und technischen Sicherheitsvorkehrungen und wirkt in der Atom-, Luft- und Hafensicherheit mit.

2 Organisation

Verfassungsschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Insgesamt gibt es 17 Verfassungsschutzbehörden: 16 Landesverfassungsschutzbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als deren Koordinierungsstelle. Die Landesverfassungsschutzbehörden sind entweder als eigenständige Landesämter organisiert oder Teil des jeweiligen Innenministeriums, so auch in Schleswig-Holstein.

Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums hat derzeit rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedenster Fachrichtungen. Die Abteilung ist in vier Referate gegliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz.

Für Sachmittel und Investitionen standen im Jahre 2012 rund 945.100 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

3 Befugnisse

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind darauf beschränkt, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Mehr darf er nicht: Er darf keine Personen festhalten oder verhaften. Er darf nicht Vereine verbieten oder Ausländer ausweisen. Derartige ordnungsrechtliche oder polizeiliche Befugnisse stehen ihm nicht zu.

Der Verfassungsschutz benötigt diese auch nicht zur Erfüllung seiner Aufgabe: Wie oben dargelegt, besteht sie allein darin, Gefahren für die Freiheit und Sicherheit aufzuklären. Die Beseitigung der aufgeklärten Gefahren ist nicht seine Aufgabe. Er kann aber seine Informationen an Behörden weitergeben, denen die Beseitigung der Gefahren oder die Verfolgung damit einhergehender Straftaten obliegt, z.B. an Polizei oder Staatsanwaltschaft sowie an die Vereins- oder Ausländerbehörden. Diese Behörden entscheiden dann selbst, ob und ggf. wie sie aufgrund der Informationen des Verfassungsschutzes tätig werden.

Zum Schutz von Freiheit und Sicherheit ist der Verfassungsschutz berechtigt, bereits auf den Verdacht einer Gefahr hin, tätig zu werden und Informationen zu sammeln. Der Verdacht muss allerdings hinreichend begründet sein.

Gefahren für die Freiheit und Sicherheit sind politische Gefahren. Zu deren Aufklärung richtet der Verfassungsschutz sein Augenmerk auf politisch wirksame Personenzusammenschlüsse, z.B. auf extremistische Gruppen, Vereine und Parteien. Nicht Einzelpersonen, sondern primär solche Bestrebungen sind es, die den Verfassungsschutz interessieren. Einzelpersonen sind für ihn nur dann von Interesse, wenn sie Teil einer Bestrebung sind, sei es als Mitglied, insbesondere dann, wenn sie in der Bestrebung als Funktionäre tätig sind oder sei es als Unterstützer z.B. terroristischer Vereinigungen.

Zu diesen Bestrebungen sammelt der Verfassungsschutz Informationen. Er greift dazu überwiegend auf öffentlich zugängliche Quellen zurück, so z.B. auf die Publikationen von Extremisten. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Internet zu. Dort agieren diese auf zahlreichen Seiten.

Ferner wertet der Verfassungsschutz Polizeiberichte und Gerichtsurteile aus. Zu verdächtigen Personen werden Daten aus behördlichen Registern, z.B. aus dem Melderegister, Personalausweisregister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugregister abgefragt. Diese Behördenauskünfte machen einen Anteil von etwa 20% der gesammelten Informationen aus.

Erhärtet sich der Verdacht gegen eine Bestrebung, können Informationen auch heimlich mithilfe sog. nachrichtendienstlicher Mittel beschafft werden. Zu denken ist hier an eine Observation oder an den Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute). Bei schwerwiegenden Gefahren für die Freiheit und Sicherheit kann zudem der Post- und Telekommunikationsverkehr von Verdächtigen überwacht werden.

Greift der Verfassungsschutz bei der Beobachtung Verdächtiger in Grundrechte ein, muss er stets die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs prüfen. Dabei geht es um die Frage, inwieweit der Schutz der Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit eine Beschränkung der Freiheit der Betroffenen rechtfertigt. Diese Abwägung wird sorgfältig in jedem Einzelfall vorgenommen. Bei schwerwiegenden Eingriffen, wie z.B. der Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs, behält sich der Innenminister persönlich die Entscheidung vor.

Unter welchen Voraussetzungen welche nachrichtendienstlichen Mittel gegen wen angeordnet werden können, ist im Landesverfassungsschutzgesetz und im Artikel 10-Gesetz geregelt.

4 Kontrolle

Besondere Bedeutung kommt neben der Kontrolle durch die Gerichte und das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz der Kontrolle durch das Parlament zu. Sie ist erforderlich, da die Gerichte zumindest die geheime Tätigkeit des Verfassungsschutzes nur eingeschränkt überprüfen können.

Die parlamentarische Kontrolle erfolgt durch zwei vom Landtag eingesetzte Ausschüsse: dem Parlamentarischen Kontrollgremium und der G 10-Kommission.

Das **Parlamentarische Kontrollgremium** kontrolliert den Verfassungsschutz insgesamt. Dazu berichtet der Innenminister dem Gremium zu den wesentlichen Vorgängen und Erkenntnissen.

Soll der Post- und Telekommunikationsverkehr eines Verdächtigen überwacht werden, muss der Innenminister dafür zuvor die Genehmigung der **G 10-Kommission** einholen. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

5 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht schafft die juristischen Rahmenbedingungen für den Zuzug von Ausländern nach Deutschland. Inbegriffen sind hier auch sicherheitsrelevante Vorschriften. Diese bestehen in der Mitwirkungsaufgabe der Verfassungsschutzbehörde bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis, Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG). Aus diesem Grund übermitteln die Ausländerbehörden in einem automatisierten technischen Beteiligungsverfahren die Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden. Durch dieses Mitwirkungsverfahren kann festgestellt werden, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

Die gleichen Sicherheitsanforderungen werden an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob über den Bewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

Im Jahr 2012 wurden in Aufenthaltsverfahren 6.501 (Vorjahr: 1.575) und in Einbürgerungsverfahren 4.355 (Vorjahr: 1.940) Anfragen an die Verfassungsschutzbehörde gestellt, wobei bei 107 Personen (58 Aufenthaltsanfragen; 49 Einbürgerungsanfragen) sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen haben.

Durch das automatisierte Beteiligungsverfahren ist eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sichergestellt. In Schleswig-Holstein

besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden, der Polizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holsteins teilnehmen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben und deshalb eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich machen.

6 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Bereich Geheim- und Sabotageschutz obliegt der Verfassungsschutzbehörde eine weitere Mitwirkungsaufgabe. Sie führt Sicherheitsüberprüfungen im Auftrag der Landesbehörden durch, ist angefragte Stelle in Zuverlässigkeitsüberprüfungsverfahren und unterstützt auch durch Beratung und Normensetzung den Schutz staatlicher Verschlusssachen. Diese bedürfen eines besonderen Schutzes gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte, vor allem durch fremde Nachrichtendienste. Daher ist die Verbreitung der Verschlusssachen nur auf einen eng begrenzten Personenkreis zu beschränken, bei dem gewährleistet ist, dass keine Anhaltspunkte bestehen, die beim Einzelnen Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit vermuten lassen. Hierzu dient die Sicherheitsüberprüfung.

Zudem sind Schutzmaßnahmen in materieller Hinsicht (Zugangskontrollen, Schaffung und Kontrolle von Sicherheitsbereichen, IT-Schutz) erforderlich, die einen Informationsabfluss wirksam verhindern sollen. Auch dabei berät und unterstützt die Verfassungsschutzbehörde. Auf deren Veranlassung kann ergänzend das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Rahmen von technischen Prüfungen und Schulungen bei der Umsetzung von materiellen Schutzmaßnahmen mitwirken. Ferner finden auch Schriften und Leitlinien des BSI zur Methodik von Schutzmaßnahmen für Verschlusssachen im Rahmen des materiellen Geheimschutzes Anwendung.

Innerhalb der Sicherheitsarchitektur stellt der Geheim- und Sabotageschutz somit eine erste, präventive Sperrlinie gegen nachrichtendienstliche Angriffe und terroristische Bedrohungen dar.

Auch im Jahr 2012 erfolgte eine weitere Verlagerung des Aufgabenschwerpunkts vom Geheimschutz in Richtung des Schutzes kritischer Infrastrukturen. Bedingt durch das Fortbestehen terroristischer Bedrohungslagen und aufgrund der Einführung neuer Technologien (z.B. Digitalfunk der Sicherheitsbehörden) wurden vermehrt Sicherheitsüberprüfungen zur Gewährleistung des Sabotageschutzes bei lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen durchgeführt. Die Gesamtzahl der Sicherheitsüberprüfungen erhöhte sich hierdurch auf 158 (Vorjahr 130). Die Gesamtzahl der durch die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein sicherheitsüberprüften Personen lag zum Jahresende 2012 bei 1.480 (Vorjahr 1.437).

Zudem erhöhte sich die Anzahl der Auskunftserteilungen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atom-, Luftsicherheits- oder Hafensicherheitsgesetz auf 7.215 (Vorjahr 6.877). Mit Zuverlässigkeitsüberprüfungen soll verhindert werden, dass Gefährdungen von möglichen extremistischen Innentätern in den vorgenannten, sensiblen Bereichen ausgehen können. Auch diese Überprüfungsverfahren erfolgen - wie die Sicherheitsüberprüfung auch - auf gesetzlicher Grundlage und nur mit Zustimmung der Betroffenen.

7 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation

Gesetzlicher Auftrag

Unter dem Begriff Spionage wird die Beschaffung von Informationen vor allem aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Militär in staatlichem Auftrag verstanden, die zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden stattfindet. Eine Reihe von fremden Staaten setzten ihre Geheimdienste verstärkt in Deutschland ein, um Informationen über Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie aktuelle politische Entwicklungen auszuspionieren.

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer geopolitischen Lage und der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und NATO, sowie als Standort zahlreicher innovativer Unternehmen für fremde Nachrichtendienste hoch attraktiv.

Der gesetzliche Auftrag der Spionageabwehr ist in § 5 Abs. 1 LVerfSchG für Schleswig-Holstein festgelegt. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben werden sach- und personenbezogene Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht gesammelt und ausgewertet um diesen Aktionen durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel entgegenwirken zu können.

Spionageabwehr

Die klassischen Spionagefelder Politik und Militär sind keine prioritären Aufklärungsbereiche der gegnerischen Nachrichtendiensten mehr. Dagegen ist der Bereich der Wirtschaft als neues Hauptziel auszumachen. Die Hauptakteure sind die Volksrepublik China und die Russische Föderation. Die jeweiligen Beschaffungsaktivitäten dieser und aber auch anderer Staaten orientieren sich an den aktuellen dortigen politischen Vorgaben bzw. den wirtschaftlichen Priorisierungen.

Die Nachrichtendienste fremder Staaten sind in der Regel in unterschiedlicher Personalstärke an der jeweiligen amtlichen Vertretung (Botschaft, Generalkonsulat) in Deutschland präsent und unterhalten dort Stützpunkte, sogenannte Legalresidenturen. Geheimdienstmitarbeiter können dort jedoch auch abgetarnt ihren (illegalen) Tätigkeiten nachgehen. In Schleswig Holstein gibt es keine offiziellen amtlichen Vertretungen der oben genannten Akteure.

Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen (sogenannte ABC-Waffen), die zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte oder den dazugehörigen Trägersystemen (beispielsweise Raketen). Proliferation findet vornehmlich durch Staaten wie Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan statt. Dabei bedient man sich auch illegaler Beschaffungsmethoden wie etwa die Einfuhr über Drittländer bzw. die Beschaffung von „Dual-Use“-Gütern. Der

Begriff „Dual-Use“-Gut wird überwiegend im Bereich der Exportkontrolle angewendet und beschreibt den Umstand, dass es für ein Produkt sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Verwendungszweck geben kann.

Die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein steht in engem Kontakt mit hiesigen Firmen, die diese Güter exportieren und führt umfangreiche Sensibilisierungsmaßnahmen mit den jeweiligen Geschäftsführern und Mitarbeitern in sicherheitsrelevanten Bereichen in diesen Unternehmen durch.

Gastwissenschaftler

Illegaler Wissenstransfer von sicherheitsempfindlichen Informationen kann in vielfältiger Art und Weise erfolgen. So konnte neben dem Einsatz klassischer „Agenten“ auch eine illegale Informationsweitergabe durch sogenannte „Non-Professionals“ in Deutschland festgestellt werden. Hierbei handelt es sich unter anderem um Studenten, Gastwissenschaftler oder Praktikanten aus anderen Staaten, die sich an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen aufhalten. Ziel der gegnerischen Nachrichtendienste ist es, mit dieser Form der Wissenschaftsspionage eigenen Entwicklungsaufwand und damit Zeit und Kosten einzusparen, um sich auf diese Weise Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Der Verfassungsschutz wirkt dieser vor allem von Seiten des chinesischen Nachrichtendienstes festgestellten Methode entgegen, indem das mit der Betreuung befasste wissenschaftliche Personal über die hier bestehenden Gefahren aufgeklärt und sensibilisiert werden.

Wirtschaftsschutz

Deutschland ist als Hochtechnologiestandort und aufgrund weitreichender Exporte abhängig von Know-how und Innovationen als wertvollen Ressourcen der Volkswirtschaft. Im globalen Wettbewerb beauftragen fremde Regierungen ihre Geheimdienste, sich diese Ressourcen zu erschließen. Das Sicherheitsbewusstsein deutscher Unternehmen zu dieser Thematik ist vielfach noch nicht stark genug ausgeprägt. Der Schaden, der durch Wirtschaftsspionage verursacht wird, beläuft sich nach Schätzungen des Bundesinnenministeriums auf 20 bis 40 Milliarden Euro im Jahr. Im

Rahmen einer durch die Universität Lüneburg durchgeführten Erhebung wird besagter Schaden sogar mit 50 Milliarden Euro jährlich angegeben. Da eine Vielzahl von Schadensfällen durch die betroffenen Unternehmen nicht angezeigt wird, ist eine konkrete Schadenssumme sowohl für die gesamte Bundesrepublik als auch für Schleswig Holstein nicht festzumachen.

Daher führt auch die schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbehörde Präventionsarbeit und Sensibilisierungsmaßnahmen für hiesige Unternehmen durch, um sie mit dieser Thematik vertraut zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz werden deutsche Unternehmen auf die unterschiedlichsten Gefahren aufmerksam gemacht.

Nutzung internetbasierter Kommunikationsformen durch fremde Nachrichtendienste

Es wurde verstärkt festgestellt, dass fremde Nachrichtendienste zunehmend auf moderne Kommunikationsformen, vor allem auf soziale Netzwerke wie XING oder Facebook zurückgreifen, um Informationen zu beschaffen und gegebenenfalls Anbahnungen durchzuführen. Diese Strategie war in nahezu allen oben genannten Bereichen zu beobachten. Da sich soziale Netzwerke bei Nutzern sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich großer Beliebtheit erfreuen, bieten sich hierdurch zusätzliche Angriffspunkte für Nachrichtendienste an, Wissenschaftler, Personen in wirtschaftlich sensiblen Bereichen oder anderen Fachgebieten anzusprechen und daraus professionellen Nutzen zu ziehen. Die Gefahren, die in sozialen Netzwerken lauern, sind dabei einer Vielzahl von Nutzern nicht bewusst. Diesem Informationsdefizit versucht die Verfassungsschutzabteilung zu begegnen, indem bei Vortragsveranstaltungen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit sozialen Netzwerken gegeben werden.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Für die Bewertung der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Rechtsextremisten im Jahr 2012 war die öffentliche Diskussion über von Rechtsextremisten begangenen Morde sowie über Verbotsanträge gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) von maßgeblicher Bedeutung. Eine nochmals erhöhte staatliche Wachsamkeit und nicht zu übersehende zivilgesellschaftlich getragene Empörung gegenüber rechtsextremistischen Bestrebungen haben dazu beigetragen, dass Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein im Berichtsjahr nur selten den Weg in die Öffentlichkeit gesucht haben. Wie in den meisten Bundesländern gelang es der NPD nicht, auch nur ansatzweise „bürgerliche“ Bevölkerungsschichten an sich zu binden. Bei der Wahl zum schleswig-holsteinischen Landtag erreichte die Partei lediglich 0,7% der abgegebenen Stimmen. Seit Jahren versucht die Partei sich gegenüber der Bevölkerung als Rechts- und Ordnungswahrer zu präsentieren – mit sehr mäßigem Erfolg. Beispielhaft war die Instrumentalisierung des Themas „Umgang mit Sexualstraftätern“. Maßgeblich für die Agitation der NPD war jedoch in erster Linie die Hoffnung auf einen Zusammenbruch des Euro und einer darauf folgenden Wirtschaftskrise. Versuche, sich mit allgemeinpolitischen Themen bei der Bevölkerung anzubiedern gibt es dagegen bei den meist neonazistisch orientierten aktionistischen Rechtsextremisten grundsätzlich nicht. Ihre Schwerpunkt-Themen waren – wie in der Vergangenheit - Geschichtsrevisionismus und rassistisch unterlegte Ausländerfeindlichkeit. Die Ähnlichkeit mit Vorstellungen des historischen Nationalsozialismus ist zumeist durchaus gewollt. Zu den wenigen herausragenden Ereignissen gehörten der am 31. März in Lübeck durchgeführte „Trauermarsch“ und eine als zentrale Wahlkampfveranstaltung der NPD am 1. Mai in Neumünster geplante Demonstration.

Die zurückgehende öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein war auch eine Folge von geschwächten Führungsstrukturen bei den aktionistischen (neonazistischen) Rechtsextremisten und der NPD. Das zwischen beiden Strömungen bestehende Zweckbündnis zeigt seit Jahren zumindest partielle Zerfallserschei-

nungen. Der Einfluss der aktionistischen Kräfte, die einst von den so genannten „Freien Nationalisten“ zur NPD kamen, auf außerhalb der Partei agierende aktionistische Kräfte der jüngeren Generation ist erkennbar zurückgegangen. Zudem ist es der NPD nur in wenigen Landesteilen gelungen, Strukturen aufzubauen, die sich tatsächlich mit der Partei identifizieren und nicht nur das „Parteienprivileg“ missbrauchen wollen. Der aktionistische Rechtsextremismus ist gegenwärtig in Schleswig-Holstein zum großen Teil von weitestgehend unstrukturierten „autonomen“ Personenzusammenschlüssen geprägt, die sich durch die NPD nicht angesprochen fühlen und sich auch von den „Alt-Protagonisten“ aus dem Kreis der „Freien Nationalisten“ nicht anleiten lassen wollen. Woher aber bezieht der Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein dann seinen Nachwuchs? Berichte über gezielte Werbemaßnahmen in Erziehungseinrichtungen, Vereinen, freiwilligen Feuerwehren und so weiter treffen auf Schleswig-Holstein in der Regel nicht zu. Die Annahme, dass rechtsextremistische Musik den Zulauf zur Szene fördert, ist ein bekannter mittlerweile aber nicht mehr ausreichender Erklärungsansatz. Bei der Beantwortung der Frage, warum sich immer wieder junge Menschen dennoch von rechts-extremistischer Weltanschauung angezogen fühlen, spielt das Internet inzwischen eine zentrale Rolle. Dort steht rechtsextremistische Propaganda „unzensuriert“ massenhaft zur Verfügung. Die scheinbare Anonymität des Internet setzt zudem Hemmschwellen herab, unter anderem in sozialen Netzwerken, Kontakt zu Rechtsextremisten aufzunehmen. Für das scheinbar anonyme Agieren im Netz besteht eine viel geringere Hemmschwelle, als sich in der Öffentlichkeit als Rechtsextremist zu „outen“. Zudem treffen Rechtsextremisten hierbei auf Gleichgesinnte. Anstelle öffentlicher Empörung erfahren sie Bestätigung für die „Richtigkeit“ ihrer außerhalb der Verfassungsnorm liegenden Weltanschauung. Die Erkenntnis, nicht allein zu sein, erzeugt gleichzeitig ein Gefühl von Überlegenheit und Stärke. Diese Umstände begünstigen einen Prozess der Selbstradikalisierung bzw. der Verstärkung bereits vorhandener latenter rechtsextremistischer Einstellungsmuster.

Die Zahl der erfassten Rechtsextremisten hat sich trotz eines leichten Rückganges der Mitgliederzahl der NPD gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 1.170 auf 1.220 erhöht. Die größte Gruppe darunter bilden die so genannten „Subkulturellen“ mit 630 Personen. Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der Sicherheitslage sind auch die 210 „überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierten Rechtsextremisten“.

Aufgrund der zunehmenden politischen Zurückhaltung der „Subkulturellen“ stellt dieses Potenzial die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen: Für die Zukunft sind sowohl Rückzüge aus der Szene als auch eine Hinwendung zu klandestinen Organisations- und konspirativen sowie gefährlicheren Aktionsformen denkbar. Die mit der Reduktion rechtsextremer Aktionen einhergehende reduzierte Wahrnehmung der bekannten rechtsextremen Protagonisten durch die Sicherheitsbehörden könnte jedoch zu einem Erkenntnisdefizit in der Lage- und Gefährdungsbeurteilung führen. Wenn bisher bekannt gewordene Rechtsextremisten sich nicht mehr einschlägig betätigen, ist sowohl eine Herauslösung aus der Szene als auch eine Hinwendung zu klandestinen Organisations- und konspirativeren sowie gefährlicheren Aktionsformen denkbar. Es wurden 533 Straftaten gemeldet. Das ist ein Rückgang von 28 gegenüber 2011. Die Zahl der darin enthaltenen Gewalttaten reduzierte sich ebenfalls von 27 auf 23.

Ursächlich für den Rückgang der rechtsextremistischen Gewalttaten dürfte in erster Linie die durch den „Verfolgungsdruck“ ausgelöste Unterlegenheit der gewaltbereiten aktionistischen rechtsextremistischen Szene sein. Der offenkundig aus taktischen Gründen geübte derzeitige weitgehende Verzicht auf Gewalt gegenüber politischen Gegnern dürfte erfahrungsgemäß bei sich wieder ändernden Kräfteverhältnissen nicht dauerhaft sein.

2 Organisationen und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums

2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

2.1.1 Aktivitäten auf Bundesebene

Die anhaltenden Verbotsforderungen und die medialen Mutmaßungen über eine Unterstützung des NSU durch die NPD, brachte die Partei noch weiter in die Defensive. Auch unter dem am 12. November 2011 zum neuen Bundesvorsitzenden gewählten Holger Apfel gelang es der Partei nicht, einen Bedeutungszuwachs außerhalb des

rechtsextremistischen Potenzials zu erlangen. Apfel hatte schon vor seiner Wahl für die zukünftige Entwicklung der Partei ein Konzept der „seriösen Radikalität“ verkündet. Hierdurch wollte er die Anziehungskraft der Partei auf die Anhänger rechtspopulistischer Parteien erhöhen. Versuche einer Umsetzung dieses Vorhabens waren allerdings weder auf Bundesebene noch in Schleswig-Holstein zu erkennen.

Als neues Kernthema der NPD hatte Apfel die „Anti-Euro-Kampagne“ ins Leben gerufen. Sie fordert die Rückkehr zur DM und einen Austritt aus der Europäischen Union. Die Kampagne lässt sich auf das NPD-Parteiprogramm zurückführen, in dem eine „eigenständige nationale Währungs- und Zinspolitik“ sowie „die Wiedereinführung der D-Mark“ und die „Beendigung der Mitgliedschaft im Brüssler EU-Fremdbestimmungssystem“ gefordert wird.

Die NPD versucht damit, von den Folgen der Krise des Euro und der Europäischen Union zu profitieren und bei den Wählern zu punkten.

In der Anti-Euro-Kampagne deuten sich europafeindliche und nationalistische Tendenzen an, die die NPD in ihrem Parteiprogramm noch deutlicher formuliert:

„Die Abtretung von Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern an die Europäische Union hat zur Aufgabe nationaler Souveränität geführt. Das nationale und regionale Selbstverwaltungsrecht ist wiederherzustellen.

(...)

In Europa muß das Bekenntnis zum abendländischen Erbe, zum nationalstaatlichen Ordnungsprinzip, zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und zum Prinzip der Volkszugehörigkeit Grundlage einer Neuordnung sein. So wird an die Stelle eines „EU-Europas“ der Technokraten ein lebenskräftiges Europa der Völker treten, das frei, zukunftsfähig, sozial gerecht und in seinen nationalen Identitäten geschützt ist. “

„Nationale Souveränität“ im Sinne des Verständnisses der NPD wird in den „Außenpolitischen Grundsätzen“ des Parteiprogramms deutlich. Sie erkennt die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland offenkundig nicht an und will frühere Grenzverläufe wiederherstellen:

„Unrecht kann niemals die Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Völkern sein. Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge.

Eine nationale Regierung hat sich in Kenntnis der Geschichte und unzweifelhafter Verstöße gegen das Völkerrecht strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwehren.“

Diese Aussage erweckt Assoziationen zu Punkt 1 des „25-Punkte-Programms der NSDAP“:

„1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.“

Zu den wesentlichen Verfassungsgrundsätzen gehören der Gedanke der Völkerverständigung und die Erhaltung des Friedens. Gebietsrevisionistische Forderungen stehen diesen Grundsätzen unüberbrückbar entgegen.

Die Anti-Euro-Kampagne wurde das ganze Jahr 2012 fortgeführt. Bei der vom 12. Juli bis 11. August durchgeführten „Sommertour“ des NPD-Bundesverbandes unter Leitung des Bundesvorsitzenden Holger Apfel war sie Schwerpunktthema. Mit ihrem so genannten „Flaggschiff“, einem mit dem NPD-Logo und weiteren Schriftzügen beklebten LKW, fuhren NPD-Vertreter durch ganz Deutschland. An den Kundgebungsorten wurden Ansprachen gehalten und Flugblätter verteilt. In Schleswig-Holstein machte das „Flaggschiff“ am 16. Juli in Kiel und Neumünster halt. An beiden Orten musste der angemeldete Standort wegen Blockaden durch Gegendemonstranten verlegt werden. Die zum Teil lautstarken Proteste aus der Gegendemonstration waren dann auch die einzige wahrnehmbare Reaktion auf die NPD-Kundgebungen. Trotz der bundesweit geringen Resonanz erklärte ein für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortliches Bundesvorstandsmitglied wie gewöhnlich, die Partei könne mit ihrer „deutschlandweiten Werbefahrt“ viele Bürger erreichen, die auf den Kundgebungsplätzen erlebten, dass die „Rabauken“ nicht in den Reihen der NPD, sondern bei den Gegendemonstranten zu suchen seien.

Im Zusammenhang mit der Kampagne versandte Holger Apfel am 12. Juli ein polemisch formuliertes Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten, die am 19. Juni für das Gesetz zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zum Fiskalpakt gestimmt hatten. Er diffamierte die Abgeordneten darin als „Totengräber von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung“. Es handele sich bei dem Gesetz

um ein „lupenreines Ermächtigungsgesetz“, das Einkommen und Ersparnisse der Deutschen „zur Plünderung“ freigebe. Die heutigen ESM-Befürworter seien „ganz bestimmt nicht mutiger als ihre Kollegen“, die dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 zugestimmt hatten – „das genaue Gegenteil [sei] der Fall“.

Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Die NPD wird ihren Namen auf der Netzseite unserer Partei veröffentlichen, um Ihr schändliches und unverantwortliches Verhalten vor der Geschichte und der Nachwelt zu dokumentieren.“

Die Namen der ESM-Befürworter waren, wie von Apfel angekündigt, ab dem 12. Juli auf dem NPD-Nachrichtenportal „DS Aktuell“ sowie ab dem 13. Juli auf der Homepage der NPD aufgelistet, sortiert nach Fraktion und in alphabetischer Reihenfolge. Das Schreiben und die Veröffentlichung der Namen auf den Internetseiten der NPD ist als offenkundiger Einschüchterungsversuch zu werten und kann somit als weiterer Beleg für die verfassungsfeindliche Intention der Partei gewertet werden.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, folgen der Linie der Partei und propagieren ebenfalls die Themen Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und Rassismus. Die menschenverachtenden Inhalte werden dabei ansprechend für Jugendliche aufbereitet und assoziiert mit „Freiheit, Idealismus und Abenteuer“. Gewaltverherrlichung wird umschrieben mit „Kampfgeist und Protest“. Die Liedtexte der Schulhof CD „Die Jugend für Deutschland Schulhof CD + Videos“ zeigen diese Tendenz deutlich. Die JN hatte die CD 2012 herausgegeben und begonnen, sie bundesweit zu verbreiten. Auch die direkte Ansprache von Jugendlichen durch Verteilung der CD vor Schulhöfen gehörte zur Strategie.

2.1.2. Landesverband Schleswig-Holstein

2.1.2.1 Entwicklung und Politik

Der schleswig-holsteinische NPD-Landesverband gehört mit seinen knapp 200 Mitgliedern nicht zu den bedeutenden Landesverbänden der Partei. Schon von daher ist sie weiterhin auf die Unterstützung der aktionistischen Szene angewiesen. Am 10. Juni wurde auf einem Landesparteitag ein neuer Landesvorstand gewählt. Ihm gehören ausnahmslos bekannte Parteimitglieder an. Neuer Vorsitzender ist der 61-

jährige Ingo Stawitz. Der bisherige Landesvorsitzende, Jens Lütke, hatte nicht erneut für den Vorsitz kandidiert, wurde aber zu einem der stellv. Vorsitzenden gewählt. Stawitz war im Jahr 1999 schon einmal Landesvorsitzender. Nachdem der rechtsextremistische Gewalttäter, Neonazi und heutige Rocker Peter Borchert zum Landesvorsitzenden gewählt worden war und wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem neonazistischen Flügel verließ Stawitz 2001 zeitweilig die NPD. 2004 trat er wieder in die Partei ein. Die Wahl von Ingo Stawitz kann auch als Beleg dafür gesehen werden, dass die vor Jahren nicht auszuschließende Übernahme des Landesverbandes durch Neonazis nicht eingetreten ist. Dennoch haben die neonazistisch geprägten Kräfte weiterhin einen großen Einfluss auf die Partei.

Auch für den Landesverband bildete die „Anti-Euro-Kampagne“ den Betätigungsschwerpunkt. An dem bundesweiten Anti-Euro-Aktionstag am 15. September beteiligte sich der Landesverband mit Infoständen und Flugblattverteilaktionen. In einem Internetbericht zum ESM-Vertrag wirft der Landesverband Bundestagsabgeordneten vor, „sich gegen die Interessen einer großen Mehrheit des eigenen Volkes“ zu stellen und wirbt für ihre eigenen Ziele:

„Aufklärung über eine volksfeindliche Politik ist dringend notwendig, daher wird die NPD, als außerparlamentarische Opposition, den Systempolitikern auch zukünftig genau auf die Finger schauen, wenn wieder einmal deutsche Interessen auf dem Altar der EU-Diktatur geopfert werden sollen. Unsere Forderung ist klar und deutlich: „Raus aus dem Euro – Volksabstimmung jetzt!““.

(Quelle: Internetbericht vom 12. Juli 2012 auf www.npd-sh.de)

Ein in der Schleswig-Holstein-Stimme Nr. 46 veröffentlichter Beitrag zeigt, dass die Partei ihre Zukunftshoffnungen auf einen Zusammenbruch des Euro und eine darauf folgende Wirtschaftskrise setzt:

„Ein Blick über den Tellerrand verdeutlicht schon jetzt, wie schnell eine kleine Partei Wahlsiege erringen kann, wenn sich die Stimmung in der Gesellschaft dreht. 2009 bekam die griechische Partei „Goldene Morgendämmerung“ nur 0,23 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Parlamentswahlen in Griechenland am 06. Mai, zugleich mit unseren Wahlen, erreichten die Nationalisten sieben Prozent der Stimmen und werden zukünftig mit 21 Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Auch weitere Neuwahlen werden daran wohl wenig ändern können.“

Auf seiner Internetseite griff der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein aber auch allgemeinpolitische Themen auf, wie die Drogenpolitik, das Schulsystem, Altersarmut, Protest gegen Sexualstraftäter, Minderheitenrechte für Sinti und Roma und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums von Asylbewerberinnen und –bewerbern.

In einem Bericht zur steigenden Zahl der Asylbewerber schreibt der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein:

„Die Nationaldemokraten fordern neben einer Beschleunigung des Asylverfahrens und umgehende Ausweisung von Scheinasylanten vor allem die Streichung des Asylgesetzparagrafen, denn das Asylrecht muß eine freiwillige humanitäre Leistung bleiben, die, anders als derzeit in der BRD, von keinem Gericht einklagbar sein darf.“

(Quelle: Internetbericht vom 17. Oktober 2012 auf www.npd-sh.de)

Die von der NPD geforderte „Freiwilligkeit“ der humanitären Leistung würde ohne Gesetzesgrundlage zwangsläufig zu einer „willkürlichen“ Gewährung führen. Aufgrund der rassistischen Einstellung der Partei würde die Umsetzung dieser Forderung faktisch auf eine Abschaffung des Asylrechts hinauslaufen. Die Gewährung politischen Asyls ist aber verfassungs- und europarechtlich zwingend vorgegeben und steht nicht zur Disposition.

Am 28. Oktober führte der Landesverband Schleswig-Holstein einen Landesparteitag durch, auf dem Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 aufgestellt wurden. Die Landesliste wird von Ingo Stawitz angeführt.

2.1.2.2 Übergriffe auf NPD-Kandidaten und -Anhänger

Nicht nur bei Demonstrationen stieß die NPD auf erheblichen Widerstand. Im Rahmen der linksextremistischen Kampagne „Farbe bekennen“ erfolgten mehrere Übergriffe auf NPD-Kandidaten und -Anhänger. Es wurden deren PKW beschädigt, z.T. in Brand gesetzt, Wohnhäuser beschmiert und vereinzelt auch Personen angegriffen. Die NPD lastet diese Übergriffe den etablierten Parteien an und generiert sich als deren Opfer. Die Brandstiftung am PKW eines NPD-Kandidaten wird entsprechend kommentiert:

„Diese Straftaten gehen zwar vom linken Spektrum aus, jedoch sind die geistigen Urheber bei allen etablierten Parteien zu finden, die seit Monaten an der allgemeinen Diskriminierung gegen Patrioten teilnehmen. Das erneute, ungerechtfertigte Verbotsgeschrei gegen eine legale, in 2 Landtagen sitzende Partei, erzeugt Gewaltexzesse bei sog. Gutmenschen und selbsternannten Antifaschisten, die letzten Endes das Werk anderer erledigen.“

(Quelle: Internetbericht vom 21. Mai 2012, www.npd-sh.de)

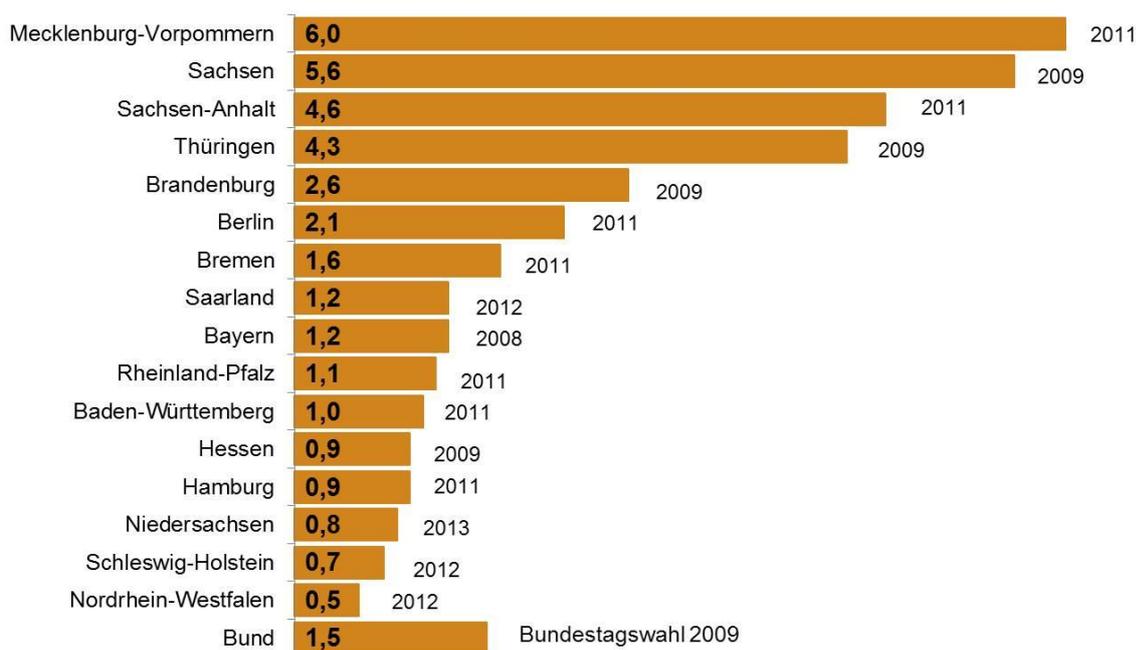
Bislang gibt es noch keine Hinweise darauf, dass NPD-Mitglieder Vergeltungsmaßnahmen vorbereiten. Dennoch besteht hierdurch das Risiko einer Aufschaukelung gegenseitiger Gewalt.

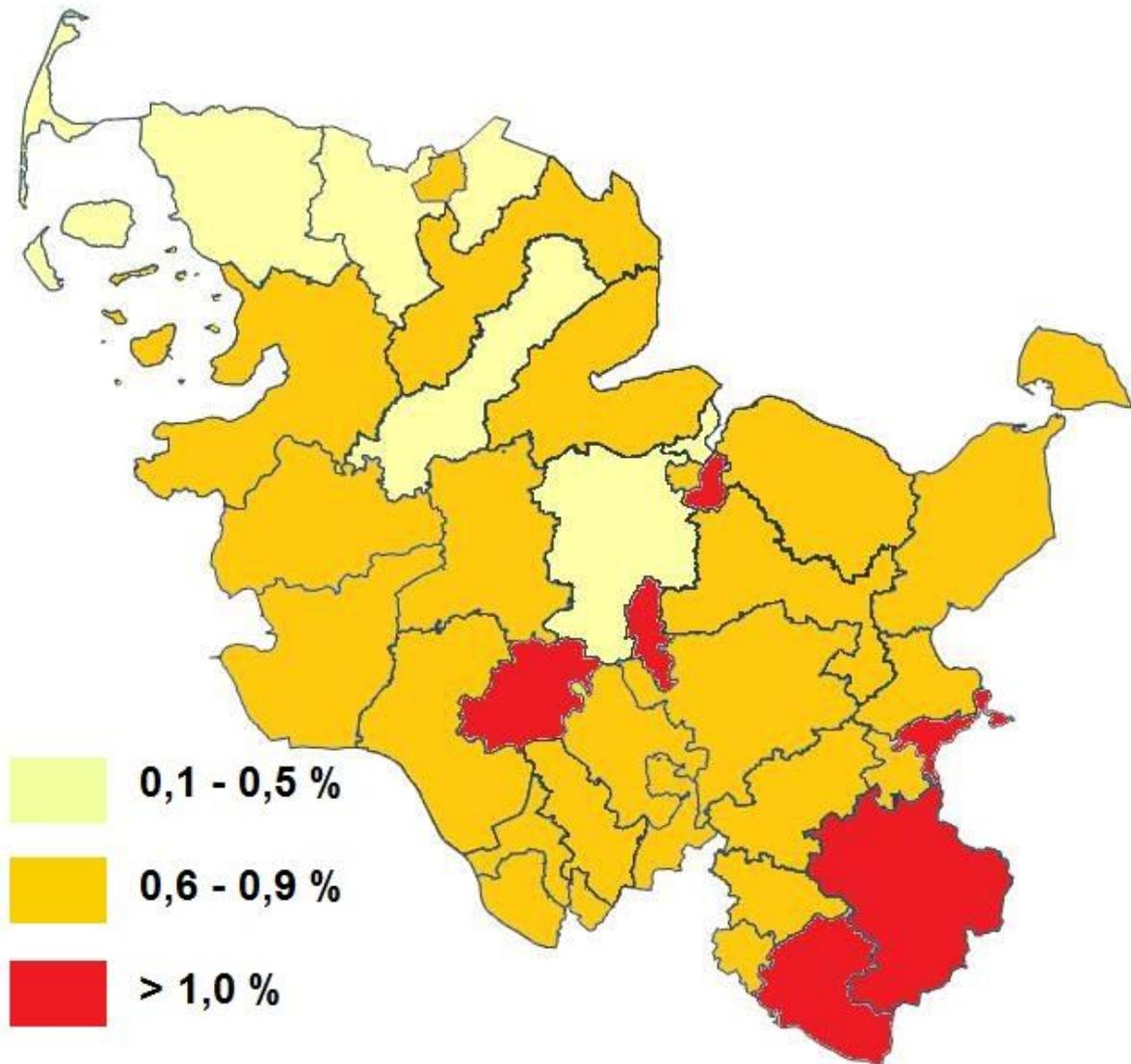
2.1.3 Beteiligung der NPD an Wahlen

2012 fanden in drei Bundesländern Landtagswahlen statt. Dabei musste die NPD ausnahmslos Verluste hinnehmen. Die ausführliche Berichterstattung in den Medien über ein mögliches Verbotungsverfahren sowie die öffentliche Diskussion über die Verbrechen des NSU könnten hierfür ein Grund sein:

Die jeweils letzten Wahlergebnisse der NPD nach Zweitstimmen im Länderüberblick

Zweitstimmen in %



Regionale Verteilung der Zweitstimmen NPD in Schleswig-Holstein:

2.1.4 Wahlkampf der NPD zur Landtagswahl am 6. Mai in Schleswig-Holstein

Während bei vorangegangenen Wahlen die NPD dadurch auffiel, dass sie ihre Plakate zur Verhinderung von Beschädigungen in schwindelerregende Höhen angebracht hatte, wurde bei diesen Wahlen nur in wenigen Regionen wirksam plakatiert. Die NPD versuchte stattdessen, mit einer geänderten Taktik Wahlwerbung zu betreiben und setzte auf einen mobilen Wahlkampf mittels Lautsprecher- und Werbefahrten. Verwendet wurden ein Lautsprecherfahrzeug und ein Kleintransporter, der mit einem „NPD“- und „Raus aus dem EURO“-Schriftzug beklebt war. Ein Verfahren analog zu der „Sommertour“ des Bundesverbandes dürfte beabsichtigt gewesen sein. An den Haltepunkten der Fahrt sollen Flugblätter verteilt, Reden gehalten und soweit möglich Gespräche mit dem Bürger geführt worden sein. Diese Aktionen waren aber bestenfalls vor Ort wahrnehmbar.

Thematischer Schwerpunkt der Wahlwerbung war die Agitation gegen den Euro.

Ein bezeichnendes Licht auf den derzeitigen Zustand des hiesigen NPD-Landesverbandes werfen Ablauf und Durchführung der zentralen Wahlkampfveranstaltung am 1. Mai in Neumünster. Der Landesvorsitzende hatte die Veranstaltung bereits zu Jahresbeginn angemeldet. Die zunächst erwartete tatkräftige Unterstützung aus den angrenzenden Bundesländern blieb aus. Dennoch stammten ca. 50% der Teilnehmer nicht aus Schleswig-Holstein. Auch der Fraktionsvorsitzende der NPD aus Mecklenburg-Vorpommern war vor Ort. Veranstaltungsort und Datum hatten offenkundig einen provokativen Hintergrund. Gerade in Neumünster erhoffte man sich durch Provokation der Gewerkschaften und der linken Szene eine erhöhte öffentliche Wirkung. (Am 1. Mai 2011 hatte es einen gewalttätigen Übergriff von Rechtsextremisten – darunter der damalige NPD-Landesvorsitzende - auf eine DGB-Kundgebung in Husum gegeben.) Zu der Veranstaltung erschienen dann statt der von den Veranstaltern erwarteten 200 Personen lediglich 130 Teilnehmer. Es kam zu massiven Störungen durch linksextremistische Gegendemonstranten. Daraufhin entschlossen sich die Teilnehmer der NPD-Demonstration, eine nach Bewertung der Polizei vom Auflagenbescheid der Stadt Neumünster abweichende Demonstration durchzuführen. Nach einiger Zeit wurden die daran beteiligten etwa 100 NPD-Anhänger in Polizeigewahrsam genommen. Erwartungsgemäß wurden die Maßnahmen der Polizei unter

der Überschrift „der „Rechtsstaat“ zeigt in Neumünster seine hässlichste Fratze! – Polizeiwillkür und Wahlkampfbehinderung am 1. Mai“ in der Schleswig-Holstein-Stimme thematisiert. Es ging, so die NPD, darum, „in einem Zusammenspiel zwischen Antifa und Polizei (...) eine Wahlkampfveranstaltung der NPD mit allen Mitteln zu verhindern.“ Die NPD hat Einspruch gegen das Wahlergebnis eingelegt und erklärt hierzu auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes:

„Ingo Stawitz, Stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein hat die Landeswahlleiterin aufgefordert, die Landtagswahl von 06. Mai für ungültig zu erklären und eine Wiederholungswahl anzuordnen“.

2.1.5 Prüfung der Erfolgsaussichten eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens

Die Innenministerien aller Länder hatten in einer auf Einladung des Landes Sachsen-Anhalt eingerichteten Arbeitsgruppe ab Dezember 2011 die Möglichkeiten eines Verbotes der NPD erörtert. Aufgrund einer von dieser Arbeitsgruppe ausgehenden Initiative hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) in ihrer Sitzung am 22. März 2012 das Bundesministerium des Innern und das Bundesamt für Verfassungsschutz beauftragt, unter Beteiligung der Länder eine Materialsammlung über die NPD zu erstellen. Diese Erkenntnissammlung sollte Basis für die Entscheidung über einen möglichen Verbotsantrag durch die Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung sein. In einer daraufhin unter Federführung des Bundesministeriums des Innern und des Landes Sachsen-Anhalt eingerichteten Arbeitsgruppe, an der sich der Bund und alle Länder beteiligten, wurden zunächst Kriterien für die Sammlung von Beweismaterial erarbeitet. Dabei wurde insbesondere der Grundsatz der "Staatsferne" in das Verfahren zur Sammlung von Beweisen einbezogen. Das 2001 vorangegangene gemeinschaftlich von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung getragene frühere Verbotsverfahren gegen die NPD wurde vom Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 aus Verfahrensgründen eingestellt, weil V-Leute des Verfassungsschutzes auch in der Führungsebene der Partei tätig waren. Die Frage, ob es sich bei der NPD um eine verfassungswidrige Partei handelt, wurde nicht geprüft. Durch „fehlende Staatsferne“ der Partei hätte beim damaligen Verfahren nach Ansicht von drei Verfassungsrichtern ein rechts-

staatliches Verfahren nicht gewährleistet werden können. Dieses Mal wurden daher folgerichtig nur „quellenfreie“ Erkenntnisse zusammengestellt.

Auf der Grundlage dieser Materialsammlung gelangte der Bundesrat zu der Überzeugung, dass sich die Verfassungswidrigkeit der NPD belegen lasse und beschloss daher am 14. Dezember, beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit der NPD zu beantragen.

Öffentlich erklärte die NPD, dass sie ein Verbot für nicht durchführbar halte. Auch innerhalb der Partei herrschte diesbezüglich weitestgehend Zuversicht. Der Bundesvorsitzende Holger Apfel erklärte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“:

„Das Verbotsverfahren werden wir nutzen, um zu zeigen, daß es unseren Gegnern nicht in erster Linie um ein NPD-Verbot, sondern um die weitere Stigmatisierung der gesamten nationalen Opposition geht. Es geht um nicht weniger als um die Ausschaltung der Meinungs- und Gedankenfreiheit für alle national denkenden Menschen in unserem Land!“
(Quelle: Junge Freiheit, Nr. 51/12, S. 3)

Auch im NPD-Landesverband Schleswig-Holstein herrscht im Hinblick auf den Verbotsantrag eine eher optimistische Haltung. Öffentlich wird die Prüfung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens ironisch kommentiert:

„Aber warum schreien bundesdeutsche Gutmenschen immer wieder nach einem Verbot der NPD und betonen dabei gern die Gefährlichkeit unserer Partei? Ist die NPD wirklich eine Gefahr? Ja, die NPD ist gefährlich, aber nur für diejenigen, die seit Jahr und Tag damit beschäftigt sind, unser Volk in seinem Existenzrecht zu bedrohen, in dem sie unser Land überfremden und unsere Souveränität an die EU verkaufen.“
(Quelle: Internetbericht vom 22. August 2012, www.npd-sh.de)

Wie zermürbend die andauernde öffentliche Berichterstattung für die NPD dennoch war, zeigte sich im November 2012. Holger Apfel reichte am 12. November im Auftrag des Parteivorstands beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag ein, nach dem festgestellt werden soll, dass die NPD nicht verfassungswidrig sei und fortwährend in ihren Grundrechten nach Art. 21 GG verletzt werde.

2.2 „Die Rechte“ – Zukunft für NPD-Mitglieder oder Neustrukturierung des aktionistischen Rechtsextremismus

Im Rahmen der Verbotsdiskussion über die NPD wurde verschiedentlich darüber spekuliert, ob die im Mai gegründete Partei „Die Rechte“ zu einem Auffangbecken für NPD-Mitglieder werden könnte. Diese neue Partei war in erster Linie auf Initiative von Mitgliedern der „Deutschen Volksunion“ (DVU) entstanden, die bis zuletzt die Fusion von NPD und DVU bekämpft hatten. Insofern hätte „Die Rechte“ im Falle eines drohenden Verbotes der NPD durchaus eine Alternative für verunsicherte NPD-Mitglieder sein können. In Anbetracht der zum Jahresende zu beobachtenden Entwicklung der Partei „Die Rechte“ erscheint eine derartige Entwicklung inzwischen aber sehr unwahrscheinlich.

Die Hauptströmungen des deutschen Rechtsextremismus bilden seit geraumer Zeit der „parlamentsorientierte“ Rechtsextremismus (ganz hauptsächlich vertreten durch die NPD) und der „aktionistische“ Rechtsextremismus, der im Wesentlichen durch Neonazis geprägt ist. Bis Mitte der neunziger Jahre waren diese Erscheinungsformen relativ strikt voneinander getrennt. Danach gingen beide Strömungen - manchmal eher schlecht als recht - einen gemeinsamen Weg. In Schleswig-Holstein verknüpften sich beide Strömungen nach dem im Jahre 2003 abgebrochenen NPD-Verbotsverfahren besonders eng miteinander. Die „aktionistischen Kräfte“ legten allerdings jederzeit darauf Wert, ihre offen propagierte neonazistische Grundeinstellung nicht aus den Augen zu verlieren. Von einer Assimilation durch die NPD konnte dementsprechend nicht die Rede sein. Dennoch war zu bemerken, dass die in der NPD aktiven Führungskader der Kameradschaftsszene an ihrer Bindungs- und Führungswirkung auf die NPD-kritische Szene verloren. Die maßgeblichen Kräfte, die in den neunziger Jahren für das Erstarken der aktionistischen Szene in Schleswig-Holstein verantwortlich waren, sind auch heute noch politisch aktiv. Es handelt sich dabei um die Neonazis Christian Worch, der die theoretischen Grundlagen lieferte, und Thomas Wulff, dem die praktische Umsetzung oblag. Während Wulff im Bundesvorstand der NPD maßgeblich an der Verknüpfung von NPD und Neonazis beteiligt war, standen sich die NPD und Worch stets skeptisch gegenüber.

Insofern konnte Worchs Engagement bei der Gründung einer Nachfolgeorganisation der DVU zunächst auch als eine Art „Revanche“ an der NPD gedeutet werden. Vorausgegangen war ein langwieriger Rechtsstreit zwischen der NPD und der von Worch dominierten „Rest-DVU“ über die Gültigkeit der Fusion beider Parteien. Nach der endgültigen Beilegung der juristischen Auseinandersetzung wurde unter maßgeblichem Einfluss Worchs am 27. Mai die Partei „Die Rechte“ gegründet. „Die Rechte“ hatte das Parteiprogramm der nunmehr aufgelösten rechtsextremistischen DVU in sprachlich und inhaltlich modernisierter Form übernommen. Von daher erschien es tatsächlich möglich, dass „Die Rechte“ als tendenziell eher gemäßigte Alternative zur NPD auftreten und ernsthafte politische Ambitionen haben würde. Gleichzeitig war aber von vornherein durch Worch ein nicht unerheblicher neonazistischer Einfluss auf die Partei vorhanden. Insofern war es offenkundig, dass das „gemäßigt“ formulierte Parteiprogramm der Partei nur über deren tatsächliches Ziel, die Errichtung eines am historischen Nationalsozialismus orientierten Systems, hinwegtäuschen sollte.

Bezeichnend für das Verhältnis zwischen der von Christian Worch dominierten neuen Partei und dem NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel war dessen öffentliche Kommentierung gegenüber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“:

„Die Rechte“ ist kein „Plan B“, sondern die Phantompartei eines verbitterten Mannes, der bis zuletzt unsere Parteien-Fusion mit der der DVU verhindern wollte. Kein Wunder, daß die Medien so was dankbar protegieren, um Unruhe zu schüren. Ich bezweifle, daß eine Partei, die sich programmatisch als angeblich bürgerliche Alternative zur NPD versteht - sich personell aber vor allem aus dem Spektrum derer speist, denen die NPD zu „lasch“ ist, übrigens angeführt vom früheren Stellvertreter Michael Kühnens - je eine ernsthafte politische Alternative sein wird.“

Zwischen Worch und der NPD bestehen in der Tat unüberbrückbare Widersprüche. Der Hinweis auf Kühnens und damit auf die - von ihm nie bestrittenen - neonazistischen Wurzeln Worchs zeigt, auf welchen Personenkreis dessen Parteigründung zielt. Zu nennenswerten Fortschritten kam es in den ersten Monaten nach der Parteigründung jedoch nicht, zumal auch die Einwirkung ehemaliger DVU-Mitglieder in der Partei eher „bremsend“ gewirkt haben dürfte.

Einen gewissen Wendepunkt für die strategische und personelle Ausrichtung der Partei „Die Rechte“ hatten allerdings die Vereinsverbote neonazistischer Gruppierungen, die das nordrhein-westfälische Innenministerium im August 2012 verfügt hat. Hauptsächlich viele ehemalige Angehörige des „Nationalen Widerstand Dortmund“ schlossen sich nach dem Verbot der neuen Partei an und arbeiten seither massiv an deren Logistik. Wie in der Mitte der neunziger Jahre ist es somit erneut Worch, der den Mitgliedern verbotener Organisationen eine legale Aktionsplattform anbietet. Ob diese Entwicklung tatsächlich bundesweit eintritt, lässt sich noch nicht sicher beurteilen. Bislang gibt es nur vereinzelte Informationen über die Sammlung von aktionistischen Gruppierungen in der neuen Partei. Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die neonazistische Dominanz im dortigen Landesverband ist augenfällig. Obwohl Christian Worch nicht nur in der NPD umstritten ist, könnte er auf diese Weise durch die Gründung der neuen Partei zu einer Restrukturierung des aktionistischen Rechtsextremismus maßgeblich beitragen.

Auch wenn es in Schleswig-Holstein 2012 noch keine Erkenntnisse über die Gründung eines Landesverbandes gab, wäre aufgrund der „Geschichte“ der aktionistischen Kräfte in Schleswig-Holstein eine derartige Entwicklung aber keineswegs abwegig. Die hier einstmals führenden „Freien Nationalisten“ hatten sich hier um 2004 der NPD angeschlossen. Vermutlich auch wegen der „Zweigleisigkeit“ der Protagonisten (mal für die NPD, mal für die „Freien Kräfte“) haben sie in den letzten Jahren an Einfluss verloren. Aufgrund der vielfach fehlenden Identifikation mit der NPD bei diesem Personenkreis erscheint es durchaus nicht unwahrscheinlich, dass sich diese Aktivisten bei passender Gelegenheit wieder von der NPD abwenden und sich stattdessen Worchs neuer Partei anschließen. Die Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen könnten da einen Katalysatoreffekt bedeuten. Inwieweit es hierdurch gelingen könnte, die derzeit desaströse Situation des aktionistischen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein zu stabilisieren, ist noch nicht absehbar. Jedoch erscheint durchaus vorstellbar, dass Teile der im Moment eher autonom strukturierten, von Führungsaktivisten kaum steuerbaren Szene, sich wieder „einfangen“ lassen. Der vom ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt einst für die Machtergreifung der NPD propagierte „Kampf um den organisierten Willen“ kann für die NPD als gescheitert angesehen werden. Im Kleinen könnten Voigts Ideen von Worch zur Reorganisation des aktionistischen Rechtsextremismus genutzt werden.

Die Fortführung von rechtsextremistischen Aktivitäten unter dem Schutz einer neuen Partei erinnert an die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Diese wurde Ende der achtziger Jahre von Anhängern Michael Kühnens aus dessen verbotener „Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) unterwandert. Die als Ersatzorganisation genutzte Partei konnte am 24. Februar 1995 vom Bundesinnenministerium - nach vorausgegangenem Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht - verboten werden, weil das Gericht die Parteieigenschaft der FAP verneinte. Ursächlich hierfür war die fehlende Beteiligung an Wahlen. Eine vergleichbare Situation ist aus heutiger Sicht jedoch noch nicht gegeben.

Auch wenn die weitere Entwicklung der Partei „Die Rechte“ noch mit Unsicherheiten behaftet ist, dürfte sie aufgrund der dargestellten Zusammenhänge nicht zu einer Ersatzorganisation für die NPD werden.

2.3 Aktionistische neonazistische Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein

Die Situation der neonazistischen Szene in Schleswig-Holstein ist seit Jahren durch das Fehlen von Führungspersönlichkeiten geprägt. Ein spürbarer Einfluss übergeordneter Kader im Hinblick auf Organisationsstrukturen, Aktivitäten oder Strategien ist im Bereich der aktionsorientierten Rechtsextremisten auch weiterhin nicht erkennbar. Im Gegenteil haben sich im Verlaufe des Jahres einige führende Rechtsextremisten merklich zurückgezogen. Neben persönlichen Gründen dürften auch die Verbote rechtsextremistischer Gruppierungen in anderen Bundesländern zu einer steigenden Verunsicherung beigetragen haben. Am 23. August wurden drei neonazistische Zusammenschlüsse in Nordrhein-Westfalen verboten, darunter der „Nationale Widerstand Dortmund“. Am 25. September verbot das Land Niedersachsen die Gruppe „Besseres Hannover“. Auch die nach dem Bekanntwerden des NSU verstärkte öffentliche Wahrnehmung und Berichterstattung über rechtsextremistische Bestrebungen spielte für diese Entwicklung eine nicht unwesentliche Rolle. Diese Umstände haben zumindest teilweise Eindruck auf ideologisch gefestigte Neonazis hinterlassen und deren Engagement spürbar verringert.

Rechtsextremistische Kameradschaften oder Vereinigungen bestehen in Schleswig-Holstein schon seit Jahren nicht mehr. Trotz der derzeit vergleichsweise geringen

neonazistischen Aktivitäten ist ein größer werdendes Gesamtpotenzial in dieser Szene zu verzeichnen. So ist es im vergangenen Jahr zu einer Steigerung des neonazistischen Personenpotenzials von 170 auf nunmehr 210 Personen gekommen. Sollte es rechtsextremistischen Einzelpersonen oder sonstigen Kreisen gelingen, das derzeitige organisatorische Vakuum zu füllen, müsste ggf. mit einer schnellen Restrukturierung der neonazistischen Szene gerechnet werden.

Nach wie vor prägen daher rechts-autonome Gruppierungen das Erscheinungsbild neonazistischer Bestrebungen. Landesweit sind rund ein Dutzend solcher Personenzusammenschlüsse bekannt. Die Intensität ihrer Aktivitäten ist allerdings höchst unterschiedlich. Abgesehen von vereinzelt Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern oder Denkmalpflegeaktionen, sind sie überwiegend durch Teilnahmen an rechtsextremistischen Demonstrationen oder die Unterstützung von NPD-Infoständen in Erscheinung getreten. Zur Planung und Durchführung eigener Kampagnen sind sie kaum in der Lage. Für derartige Aktivitäten fehlt es auf regionaler Ebene oftmals an Persönlichkeiten, die dies organisatorisch und strategisch bewältigen könnten. In überregionalen Zusammenhängen kommt es allenfalls anlassbezogen zu Absprachen zwischen verschiedenen Gruppierungen. Nur selten kann daher ein größerer Personenkreis zur Durchführung oder Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Aktionen mobilisiert werden.

Von immenser Bedeutung für Rechtsextremisten ist weiterhin die Selbstdarstellung im Internet. Insgesamt sind rund dreißig rechtsextremistische Internetseiten aus Schleswig-Holstein bekannt. Rückschlüsse auf die „vor Ort“ tatsächlich bestehenden Umstände sind daraus allerdings nur sehr bedingt zu ziehen. Der schon in den Vorjahren beobachtete, permanente Wandel in diesem Bereich hat sich auch 2012 fortgesetzt. Das Internet bleibt dennoch „das“ Leitmedium zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda. Insbesondere werden auch soziale Netzwerke wie facebook in zunehmendem Maße genutzt, um für Aktionen zu mobilisieren, neue Anhänger zu gewinnen oder aus der Anonymität des Netzes heraus zu agitieren. Insbesondere im zweiten Halbjahr war festzustellen, dass Rechtsextremisten verstärkt auf soziale Netzwerke wie vk.com auswichen. Diese Seite gilt als russisches Pendant zu facebook und erfreut sich insbesondere wegen der weitaus liberaleren Nutzungsbedingungen zunehmender Beliebtheit. Auch eindeutig strafbare Inhalte können dort nahezu unbehelligt veröffentlicht werden.

Dass das Internet der rechtsextremistischen Szene unbestritten vielfältige Vorteile bietet, gleichzeitig jedoch auch Probleme birgt, ließ sich im Laufe des Jahres 2012 im Zusammenhang mit der „Unsterblichen-Kampagne“ beobachten. Ohne die professionelle Umsetzung und Streuung im Web 2.0 wäre die enorme Popularität der „Unsterblichen“ und die Vielzahl an Nachahmern, auch in Schleswig-Holstein, undenkbar gewesen. Waren die Reaktionen hierauf anfangs noch durchweg positiv bis euphorisch, so hat sich mit zunehmender Zahl entsprechender Aktionen und dazugehöriger Videos eine merkliche Abstumpfung eingestellt. Die mediale Übersättigung hat dazu geführt, dass das szeneseitige Interesse mittlerweile geschrumpft ist. Solche Tendenzen waren auch in anderen Bereichen zu bemerken.

Die Thematik des angeblichen drohenden „Volkstodes“ und der „Überfremdung des deutschen Volkskörpers“ ist durch die Aktionsform der „Unsterblichen“ allerdings zu einem Schlagwort der neonazistischen Szene geworden. An diese Thematik knüpft auch das Phänomen der „Identitären Bewegung“ (IB) an. Die IB wendet sich gegen die „Islamisierung“ Deutschlands, gegen „Massenzuwanderung“ und „schrankenlosen Globalismus“. Unter dem Slogan „100% Identität - 0% Rassismus“ wird der „Erhalt unserer ethnokulturellen Identität“ in einem „Europa der Vaterländer“ gefordert - Phrasen, die sich nicht nur, aber eben auch bei der NPD und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen wiederfinden. An Stelle völkischer und nationalistischer Ressentiments tritt ein Über- und Unterordnungsverhältnis der Kulturen, zudem werden anti-islamische Feindbilder und Vorurteile auf- und ausgebaut. Die IB ist bisher nahezu ausschließlich im Internet aktiv. Im Zuge der Ausweitung dieser Kampagne ist es auch in Schleswig-Holstein zur Gründung mehrerer (virtueller) Ortsgruppen gekommen.

Die Anknüpfungspunkte an hergebrachte rechtsextremistische Positionen sind dabei unübersehbar. Folglich sehen Rechtsextremisten auch ein gewisses Rekrutierungspotenzial innerhalb der „Identitären Bewegung“, zumal diese bewusst auf Jugendliche abzielt. Gleichzeitig herrscht aber große Unsicherheit, wie einem kaum greifbaren Internetphänomen zu begegnen sei. Ein rein virtuelles Agieren scheidet für Neonazis aus - den Kampf auch auf die Straße zu tragen, ist weiterhin eines der wesentlichen Kernelemente neonazistischer Betätigungen. Dessen ungeachtet ist der Begriff der „Identität“, so unscharf er auch definiert ist, in der etablierten rechtsextremistischen Szene „angekommen“. Hieran wird deutlich, wie groß aus neonazistischer Sicht der Zwiespalt zwischen Potenzialen und Unwägbarkeiten des Internets ist.

3 Aktionsformen

3.1 Öffentliche Agitation und inhaltliche Schwerpunkte von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein

Die inhaltlichen Schwerpunkte der in Schleswig-Holstein aktiven Rechtsextremisten lagen erneut bei den Themen Geschichtsrevisionismus, Ausländerfeindlichkeit und der Agitation gegen den Staat.

Der organisierte Rechtsextremismus trat im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein kaum öffentlich in Erscheinung.

Der Gedenkmarsch „Bomben für den Frieden? – Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ ist seit Jahren die einzige Veranstaltung schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten, die auch außerhalb der Landesgrenzen Beachtung findet. Planung und Durchführung belegten wiederum die enge Verflechtung der aktionistischen (neonazistischen) Szene mit der NPD. Offiziell handelte es sich zwar nicht um eine NPD-Veranstaltung. Zu den Rednern gehörte allerdings auch der bisherige schleswig-holsteinische NPD Landesvorsitzende Lütke. Organisator der Veranstaltung war, wie schon in den vergangenen Jahren, der bekannter Lübecker Neonazi und NPD-Kreisverbandsvorsitzende Lemke. Als Versammlungsleiter war wiederum der Neonazi und frühere NPD-Funktionär Thomas Wulff benannt worden. Zu der Veranstaltung am 31. März fanden sich etwa 120 Rechtsextremisten am Lübecker Bahnhof ein. Nachdem sich der Aufzug in Bewegung gesetzt hatte, wurde nach ca. 10 Minuten der Ort der ersten Zwischenkundgebung erreicht. Aufgrund einer Gegendemonstration und Blockadeaktionen musste die Marschstrecke von der Polizei verkürzt werden. Nach Abschluss der Wortbeiträge marschierten die Teilnehmer zurück zum Bahnhof, um per Bahn zum zweiten angemeldeten Kundgebungsort nach Plön zu fahren. Etwa 70 Rechtsextremisten und eine unbestimmte Zahl an Gegendemonstranten bestiegen am Lübecker Hauptbahnhof einen Zug in Richtung Kiel. Die Fahrt wurde in Plön unterbrochen, um dort mit 25 Personen eine Kundgebung unter dem Motto „Meinungsfreiheit akzeptieren – gegen staatliche Repression!“, durchzuführen. Dabei standen ihnen etwa 300 Gegendemonstranten gegenüber. Bemerkenswert und bezeichnend für die derzeitige Schwäche der organi-

sierten Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein erscheint, dass trotz der geringen Gesamtpersonenzahl etwas mehr als die Hälfte der 120 Teilnehmer u. a. aus Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angereist waren. Die schleswig-holsteinischen Teilnehmer kamen, wie schon in den Vorjahren, überwiegend aus den Bereichen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Kiel, Ostholstein und Lübeck. Die rechtsextremistische Szene in Schleswig-Holstein verfügte zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nur noch über ein Potential von etwa 60 Personen, das sich zuverlässig in öffentlichkeitswirksame Aktionen einbinden ließ. Daran änderte sich bis zum Jahresende nichts. Noch vor wenigen Jahren lag diese Zahl bei 150 Personen. Die mit der Reduktion rechtsextremer Aktionen einhergehende reduzierte Wahrnehmung der bekannten rechtsextremen Protagonisten durch die Sicherheitsbehörden könnte jedoch zu einem Erkenntnisdefizit in der Lage- und Gefährdungsbeurteilung führen. Wenn bisher bekannt gewordene Rechtsextremisten sich nicht mehr einschlägig betätigen, ist sowohl eine Herauslösung aus der Szene als auch eine Hinwendung zu klandestinen Organisations- und konspirativeren sowie gefährlicheren Aktionsformen denkbar.

In offenkundig provokativer Absicht sollte am 1. Mai in Neumünster die zentrale Veranstaltung der NPD für den Landtagswahlkampf stattfinden. Sie erfolgte genau ein Jahr nach dem gewalttätigen Übergriff von Rechtsextremisten – darunter der damalige NPD-Landesvorsitzende - auf eine DGB-Kundgebung in Husum. Die NPD konnte für die diesjährige Veranstaltung 130 Teilnehmer mobilisieren. Massive Störungen durch linksextremistische Gegendemonstranten blieben erwartungsgemäß nicht aus.

Die Lübecker Demonstration zeigt, dass „Geschichtsrevisionismus“, der im Ergebnis immer darauf hinausläuft, nationalsozialistisches Unrecht abzustreiten, weiterhin das bestimmende Thema für den „etablierten“ neonazistisch orientierten Rechtsextremismus ist. Das nur mäßige Interesse der Szene zeigt aber auch, dass „Neonazismus“ in seiner ursprünglichen Idee, die auf Wiederbelebung des historischen Nationalsozialismus hinausläuft, bei Szene-Neulingen nicht mehr ausreichendes Gehör findet. Die Plöner Kundgebung zeigt dagegen ein seit vielen Jahren für Rechtsextremisten ebenso wichtiges Thema auf: Agitation gegen den Staat aufgrund vermeintlich unrechtmäßiger Behandlung. Hiergegen richtete sich auch die Agitation der NPD in ihrer Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ unter der Überschrift „Der ,Rechts-

staat' zeigt in Neumünster seine häßlichste Fratze- Polizeiwillkür und Wahlkampfbehinderung am 1. Mai". Vorangegangen war eine Ingewahrsamnahme von NPD-Anhängern durch die Polizei. Es sei, so die NPD, darum gegangen, „in einem Zusammenspiel zwischen Antifa und Polizei (...) eine Wahlkampfveranstaltung der NPD mit allen Mitteln zu verhindern.“

Die Diffamierung des Staates kommt auch bei Kundgebungen zum Thema Sexualstraftäter zum Tragen. 2012 fanden mehrere solcher Kundgebungen statt, so am 3. März in Leck, am 8. September in Schleswig und insgesamt drei Veranstaltungen im September und Oktober in Neumünster. Zudem hatte sich auch die NPD wiederholt in Internetveröffentlichungen zu vermeintlichen „Kinderschändern“ geäußert. Bei der Forderung nach der „Todesstrafe für Kinderschänder" (oder zumindest der „Höchststrafe“) schwingt immer die Kritik am „herrschenden System" mit, etwa, dass der Staat nicht dazu in der Lage sei, „unsere Kinder" vor „perversem Schweinen" zu schützen. Durch die Nutzung dieses hochemotionalen Themas versuchen Rechtsextremisten zudem, Anschluss an breite Bevölkerungsschichten zu erlangen. Dabei wird vor allem darauf abgezielt, ein gemeinsames Anliegen und die öffentliche Anteilnahme dafür zu nutzen, sich selbst als politische Alternative darzustellen und bestehende Vorbehalte abzubauen. In Leck und Neumünster ist es so zumindest zu einer Beeinflussung bürgerlicher Teilnehmer gekommen.

Die Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus zeigte sich bei den Aktivitäten zum Volkstrauertag am 18. November. Dieser Anlass wird von Rechtsextremisten seit jeher für Kranzniederlegungen und ähnliche Aktionen genutzt. 2012 wurden vier Veranstaltungen in den Kreisen Nordfriesland, Segeberg und in Lübeck registriert. Auf einer rechtsextremistischen Internetseite erschien zwei Tage später ein Artikel über den Verlauf, der entsprechend der ideologischen Ausrichtung der Gruppierung einen eindeutigen Bezug zum historischen Nationalsozialismus aufwies. Schon durch die Überschrift „Heldengedenken“ wurde offenkundig, dass es den Rechtsextremisten durchaus nicht um die heutige Bedeutung des Volkstrauertages ging. Der Begriff „Heldengedenken“ zeigt unverblümt die neonazistische Intention der Aktivisten. So beginnt der erste Absatz in Anlehnung an den nationalsozialistischen Wortschatz damit, dass die verschiedensten Regionen Deutschlands als Gaue bezeichnet werden; ein unmissverständlicher Hinweis auf die Bestrebung, zumindest die geographi-

schen Strukturen der NSDAP wieder einführen zu wollen. Neben der „üblichen“ Dif-
famierung des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems:

„...eingezwängt in vorgefertigte Meinungen und zusammengepfercht in
einer willenslosen und verblödeten Spaßgesellschaft, in welcher das Ka-
pital diktiert, Freigeister eingesperrt werden...“

enthielt der Text verherrlichende Zeilen über die Wehrmacht. Der Verfasser reduzier-
te damit Demokratie auf Kapitalismus:

„Deutschland – ein Wort das für den Demokraten und Spießler von
heute nur ein Wort oder ein Wirtschaftsstandort ...“

und lässt dadurch, dass er erklärt, für ihn jedoch sei Deutschland „*etwas Heiliges*“,
einen übersteigerten Nationalismus erkennen. Wenn der Verfasser im weiteren Text
erklärt, „Ihre Opfer sind uns Vorbild und Mahnung zugleich“, kann dies in diesem Zu-
sammenhang als Übereinstimmung mit den Zielen der Nationalsozialisten und der
von ihnen genutzten Wehrmacht gesehen werden. Die Verehrung des historischen
Nationalsozialismus wird auch im darauf folgenden Abschnitt deutlich, indem der
Verfasser seine „Heldenverehrung“ damit erklärt, dass die Wehrmacht „den men-
schenverachtenden Bolschewismus von Europa fernhielt.“ Wortwahl und Feindbild
zeigen auch hier eine Identifikation mit dem III. Reich. Gegen Ende der Weimarer
Republik stellte sich die KPD als schärfster Gegner der NSDAP heraus. Die NSDAP
machte sich die anhaltende sozialökonomische Krise zu Nutze und stellte diese in
die Verantwortung der Bolschewisten. Deren Geschichte wurde von den Nationalso-
zialisten bekanntlich mit einem Teil der „jüdischen Weltverschwörung“ gleichgesetzt.
Die Glorifizierung der NS-Zeit wird im nächsten Absatz fortgeführt:

„Unzählig sind die kleinen Heldentaten die der deutsche Landsler, der
SS-Mann, der Hitlerjunge, der Volkssturmmann, und nicht zu vergessen
unsere deutschen Frauen und Mütter vollbracht haben.“

Eine nochmalige Bestätigung erhielt der Leser im fünften Abschnitt des Beitrages:

„... wir müssen, den Befehl unseres Gewissens folgen. ... Wenn wir
unsere Väter gedenken wollen ahmen wir Sie am besten nach.“

Bereits im Jahr 2010 gab es Erkenntnisse darüber, dass sich Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Nordfriesland intensiv mit Texten der Nationalsozialisten befassten. So wurden in der Vergangenheit vermehrt Reden Hitlers in nur marginal abgewandelter Form für heutige Zwecke in modifizierter Form verwendet. Daran zeigt sich, dass die Szene in Nordfriesland sich - im Vergleich mit anderen Regionen in Schleswig-Holstein - ungewöhnlich eng an den historischen Nationalsozialismus anlehnt.

Die gelegentliche Bezeichnung des Rechtsextremismus als „Ideologie der Ungleichheit“ bezieht sich auf die von Rechtsextremisten postulierte, rassistisch motivierte Feindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen von Ausländern. Der so genannte „Tag der deutschen Zukunft“, der am 2. Juni in Hamburg auch unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Rechtsextremisten durchgeführt wurde, zeigte auch 2012, dass das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ nach wie vor einen herausragenden Stellenwert für Rechtsextremisten hat – und weiterhin haben wird. Allerdings sind „moderne“ Rechtsextremisten oftmals bemüht, diese zu verschleiern: Die so genannte „Volkstod-Kampagne“, die sich seit dem Sommer 2011 unter dem Schlagwort „Werde unsterblich!“ in der rechtsextremistischen Szene etabliert, ist eine weitaus subtilere, „zeitgemäße“ Form von Ausländerfeindlichkeit. Dabei werden (vorgeblich) spontane Aufmärsche durch Innenstädte bzw. Fußgängerzonen durchgeführt, die meist nur 15 bis 20 Minuten andauern und überwiegend in den Abendstunden stattfinden. Die schwarz gekleideten Teilnehmer treten allesamt mit weißen Masken, die das Gesicht völlig verdecken, auf und führen Fackeln mit. Die Aufmärsche werden durch Szeneangehörige gefilmt, mit eindrucksvoller Musik nachvertont und ins Internet eingestellt. Die so entstehenden Kurzfilme entfalten eine beträchtliche emotionale Wirkung mit hohem Wiedererkennungswert. Die Initiatoren der Idee beziehen sich inhaltlich auf den angeblichen bevorstehenden Volkstod der Deutschen, der mit dem Slogan „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass du Deutscher gewesen bist!“ propagiert wird. Verantwortlich hierfür seien die Demokraten, da diese durch gezielte Überalterung und forcierte Masseneinwanderung unumkehrbare Fakten schaffen würden, die die Deutschen sehr bald zur Minderheit im eigenen Land machen würden. Der Begriff „Volkstod“ wurde bereits durch die Nationalsozialisten genutzt.

Der „gesunde Volkskörper“ sei zur Sicherstellung einer „rassistisch wertvollen“ Bevölkerung zu erhalten. Sofern dieser bedroht sei („Volkstod“), seien entsprechende „Hei-

lungsmaßnahmen“ durch „Rassenhygiene“ zu ergreifen. In diesem Sinne kann den Initiatoren der Kampagne die Verwendung des Begriffs „Volkstod“ als direkte Anknüpfung an das Gedankengut des historischen Nationalsozialismus unterstellt werden. Insgesamt kam es bundesweit bisher zu über 50 Aktionen der „Unsterblichen“, in fast allen Bundesländern mit deutlichem Schwerpunkt in den südlichen und östlichen Bundesländern. Die Teilnehmerzahlen schwanken zwischen knapp 10 und nahezu 200 Personen. Trotz der inzwischen recht hohen Zahl an Aufmärschen ist jedoch nicht davon auszugehen, dass es sich hier um eine bundesweit koordinierte Kampagne handelt. Vielmehr dürfte die große Anziehungskraft der „Unsterblichen“ für Nachahmungen und Folgeaktionen verantwortlich sein. Die Aktionsform der „Unsterblichen“ ist für den aktionistisch ausgerichteten Teil des rechtsextremistischen Lagers nämlich gleich aus mehreren Gründen interessant. Der enorm hohe Wiedererkennungswert, der von den weißen Gesichtsmasken ausgeht, sowie die damit verbundene Anonymität der Teilnehmer sorgen allein schon für ein gesteigertes Interesse innerhalb der Szene. Die Bereitschaft, sich an einer solchen Aktion zu beteiligen, dürfte auch für Mitläufer relativ hoch sein, da durch die kurze Dauer und konspirative Vorbereitung der Aktionen in der Regel keine polizeilichen Maßnahmen gegenüber den Teilnehmern erfolgen können. Die Außenwirkung, die von nächtlichen Aktionen in einer Innenstadt ausgeht, ist zudem sehr viel höher als die von üblichen rechtsextremistischen Aufmärschen oder Demonstrationen. Ein gewisses Maß an Uniformität, ausgelöst durch Kleidung und Maskierung, sowie ganz besonders das Mitführen von Fackeln erzeugt ein starkes Zusammengehörigkeits- und Machtgefühl. Dies wirkt auf den Videoaufnahmen selbst auf neutrale Beobachter in beeindruckender Weise. Für gefestigte Neonazis ist es sicher eine besondere Genugtuung, dass die inszenierte Darstellung der Märsche auf Youtube zwangsläufig an Aufmärsche aus der Frühzeit des Nationalsozialismus erinnert. Mit der an die Videos angehängten Parole „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass du Deutscher gewesen bist!“ kann sich nahezu jeder Rechtsextremist identifizieren. In der JN-Publikation „Der Aktivist“, Ausgabe 1-2012, werden all diese Aspekte aufgegriffen:

„[...] Schlagartig hat sie wieder dieses Video vor den Augen. [...] Sie selbst werden in Minuten Teil einer Sache, die sie wichtig finden und die unter jungen Deutschen für soviel Faszination sorgen kann. [...] Im Schein der Flammen verschwimmen bekannte und unbekannte Gesichter zu einer geschlossenen Front gegen den Zeitgeist und das, was er

vom deutschen Volk übrig zu lassen verheißt, wenn es sich nicht wehrt. [...] Einer Vielzahl Einzelner, die wie aus dem Nichts zu einer gewaltigen Masse werden, ohne dass Verbote oder Auflagen die Wirkung ihres Zuges trüben könnten. [...]

Unabhängig davon könnten sich aber auch Personen durch die Kampagne angesprochen fühlen, die zwar kein Interesse an den im Wesentlichen aus geschichtsrevisionistischer Motivation durchgeführten Aufmärschen der Neonazis haben, jedoch aus Furcht davor, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, die Idee begrüßen. Für die Initiatoren entfallen schließlich mehrere Aspekte, die bei der Durchführung „üblicher“ Kundgebungen bedacht werden müssten. Eine langwierige und breit gestreute Mobilisierungsphase entfällt aufgrund des Bekanntheitsgrades der Kampagne ebenso wie die Vermittlung ideologischer Positionen innerhalb der Szene. Auch auf die Anmeldung bei Behörden und die damit verbundenen Nachteile wird verzichtet. Da auch mit relativ wenigen Personen wirkungsvolle Aktionen durchgeführt werden können, stellt diese Aktionsform somit eine ideale Propagandamöglichkeit für die neonazistische Szene dar. Im Nachrichtenmagazin „ZUERST“ äußerten sich Vertreter des „Widerstandes Südbrandenburg“ im März 2012 wie folgt:

„Die Aktionen wenden sich an alle, die sich durch sie irgendwie angesprochen fühlen und auf die Idee kommen, im Netz die Hintergründe nachzulesen. [...] Die nächtlichen Fackelzüge sprechen – im positiven Sinne – vermutlich die jungen Menschen in ihrer „rebellischen Phase“ an. [...] Mehr kann zielgruppenorientierte Propaganda nicht leisten.“

Grundsätzlich hat die Kampagne auch das Interesse der Szene in Schleswig-Holstein geweckt. Hinweise hierauf finden sich im Internet, wo auf rechtsextremistischen Seiten aus Schleswig-Holstein auf Aktionen der „Unsterblichen“ hingewiesen wurde. Auf mehreren facebook-Profilen von Rechtsextremisten fanden sich Andeutungen bzw. Anspielungen in Form von Profilbildern, Videos, Bildern oder Verlinkungen. Ein Nutzer eines rechtsextremistischen Forums hatte bereits im Juli 2011 angekündigt, eine derartige Aktion in einer „zentralen Stadt“ in Schleswig-Holstein planen zu wollen. Am 28. Juli führten dann allerdings drei Personen im Rahmen des Volksfestes „Friedrichstädter Festtage“ ebenfalls eine derartige Aktion durch. Entsprechend gekleidet führen die Akteure mit einem Boot über die für Friedrichstadt charakteristischen Grachten. Dabei wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Die Demokra-

ten bringen uns den Volkstod“ gezeigt. Diese Aktion wurde zwangsläufig von einer großen Anzahl der Festtagsbesucher bemerkt. Wenn auch ein größeres öffentliches Echo ausblieb, war der „Auftritt“ in Friedrichstadt die bislang einzige Aktion, die im Rahmen der „Werde Unsterblich/Volkstod-Kampagne“ in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde. Es gibt gute Gründe für die Einschätzung, dass es bei nachlassendem Druck gegenüber Rechtsextremisten erneut zu derartigen Aufzügen kommen könnte.

Die NPD hielt sich dagegen mit offenkundig rechtsextremistischer Agitation etwas zurück. Den Kern bildete mit der Kampagne "Raus aus dem Euro" die Kritik am Euro-Rettungsschirm. Die NPD setzt offenkundig ihre größte Hoffnung darin, von der Krise des Euro und der Europäischen Union zu profitieren.

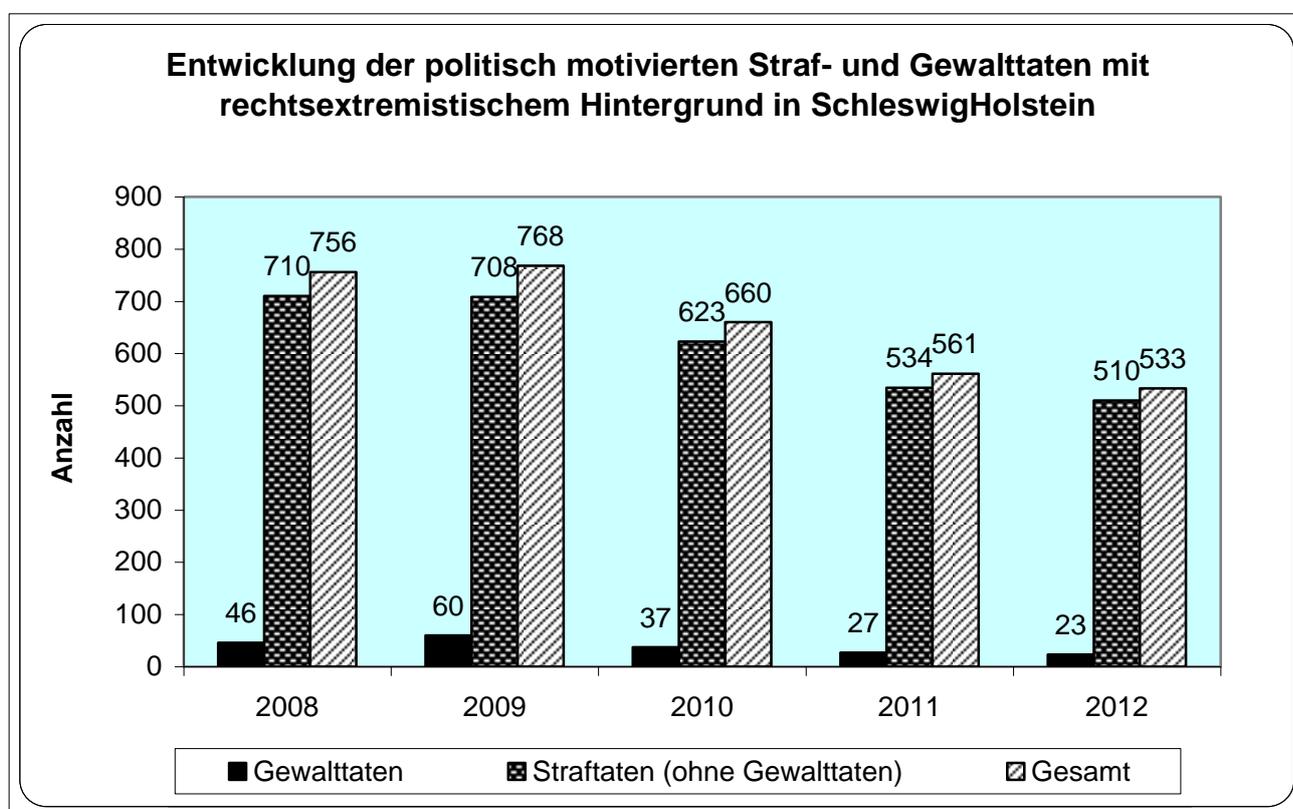
Auch für den schleswig-holsteinischen Landesverband bildet dieses Thema den Agitationsschwerpunkt. An dem bundesweiten „Anti-Euro-Aktionstag“ am 15. September beteiligte sich der Landesverband mit Infoständen und Flugblattverteilaktionen. Auf seiner Internetseite griff der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein aber auch aktuelle Themen auf, wie die Drogenpolitik, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums von Asylbewerberinnen und –bewerbern, das Schulsystem, Altersarmut, Protest gegen Sexualstraftäter und Minderheitenrechte für Sinti und Roma. Die wieder wachsende Zahl von Asylbewerbern dürfte dazu führen, dass ausländerfeindliche Agitation wieder vermehrt auftreten wird.

3.2 Entwicklung der rechtsextremistischen Straftaten

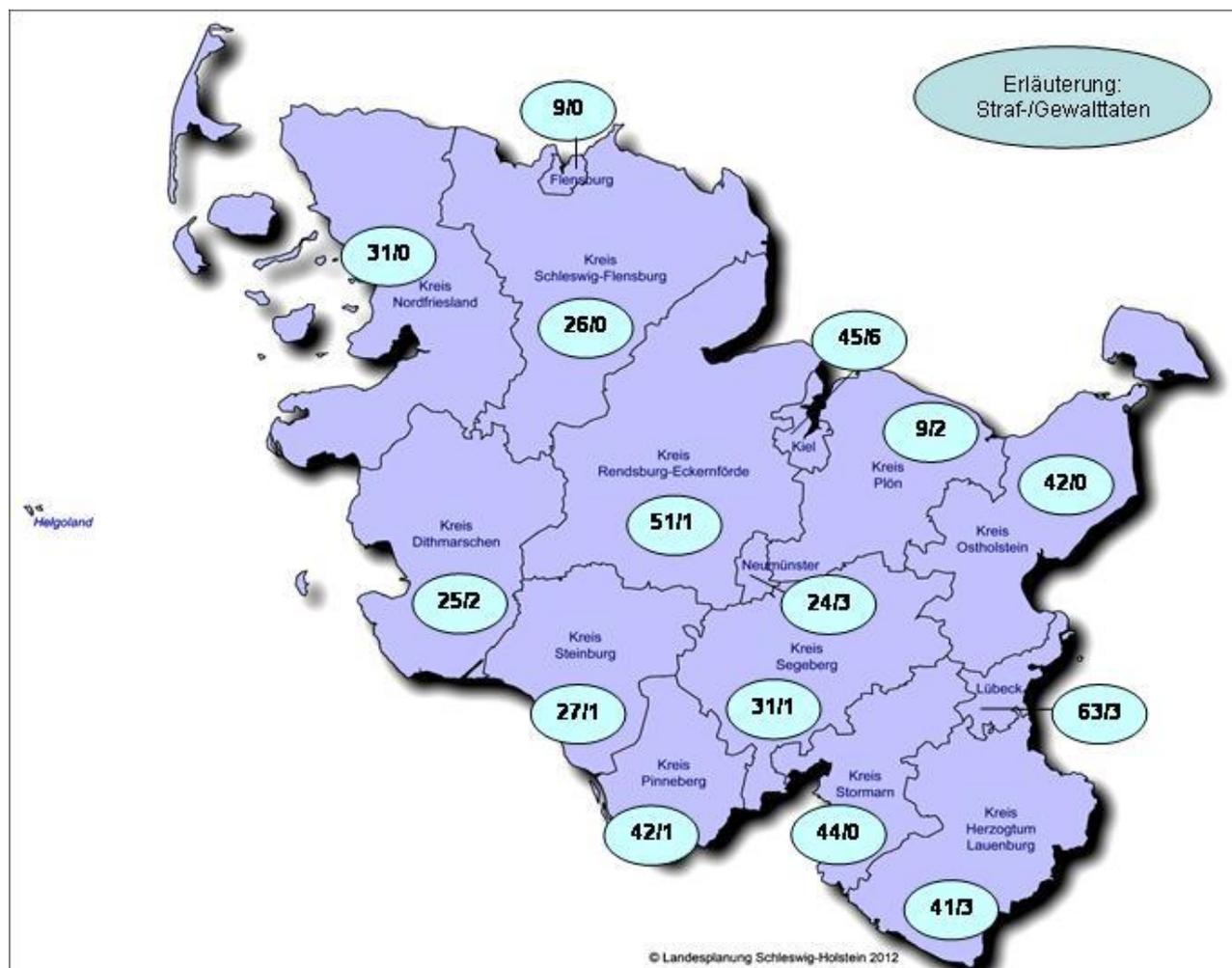
Im Berichtszeitraum gab es nach der polizeilichen Statistik zur politisch motivierten Kriminalität für den Bereich Rechts insgesamt 533 Straftaten. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich somit ein Rückgang um insgesamt 28 Fälle. Damit hat sich der seit dem Jahr 2010 zu beobachtende Rückgang auch im Jahr 2012 – in abgeschwächter Form - fortgesetzt. Es handelt sich bei diesen Taten zum größten Teil um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (zum Beispiel Hakenkreuzschmierereien) als Einzeltat. Dieser Tatbestand wird

häufig in Verbindung mit der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung und Sachbeschädigung verwirklicht.

Bei 23 dieser Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte. Das sind vier Gewalttaten weniger als im Jahr 2011. Beispielhafte Straftatbestände hierfür sind: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Hausfriedensbruch und Körperverletzungsdelikte.



Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verteilen sich auf Landesebene wie folgt:



Die Übersichtskarte über das regionale Straftatenaufkommen lässt erkennen, dass der südöstliche Landesteil Schleswig-Holstein (Ostholstein, Lübeck, Herzogtum Lauenburg und Stormarn) einen Schwerpunkt bei den rechtsextremistischen Straftaten bildet. Hier weist die Stadt Lübeck die landesweit höchsten Fallzahlen auf. Die Situation ist im Zusammenhang mit auffälligen rechtsextremistischen Szenen mit angrenzenden Regionen zu bewerten. In Ratzeburg, im Kreis Herzogtum-Lauenburg, kam es am Anfang des Jahres zu massiven Farbschmierereien durch unbekannte Täter. Betroffen hiervon waren diverse öffentliche Gebäude in der Stadt. Außerdem wurde das Privateigentum von Personen des öffentlichen Lebens beschmiert und beschädigt, die sich gegen rechtsextremistische Aktivitäten öffentlich positioniert hatten. Betroffen waren unter anderem die Pröpstin des Kirchenkreises und der Bürgermeister der Stadt Ratzeburg.

Im nördlichen Landesteil fallen die Regionen Schleswig-Flensburg (+14 Fälle zum Vorjahreszeitraum) und Nordfriesland (+12 Fälle zum Vorjahreszeitraum) durch erhöhte Fallzahlen auf.

Die regionale Straftatenverteilung zeigt aber auch, dass ein erhöhtes Aufkommen von Straftaten nicht automatisch im Zusammenhang mit der Existenz strukturierter Personenzusammenschlüsse stehen muss. So weist der Kreis Rendsburg-Eckernförde – trotz fehlender organisatorischer Strukturen – mit einem Anstieg um acht Fälle die zweithöchsten Werte landesweit auf. In Kiel gibt es zwar einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr, jedoch gibt es hier im Landesvergleich gesehen die höchsten Fallzahlen im Bereich der rechtsextremistischen Gewaltkriminalität. Diese Daten zeigen, dass strukturlose Szenen, die auch in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung treten, durch die Aktivitäten von Einzelpersonen ein hohes Aufkommen von rechtsextremistischen Straftaten zur Folge haben können.

Die auffälligsten Rückgänge bei den rechtsextremistischen Straftaten sind in den Bereichen Plön, Ostholstein sowie Flensburg festzustellen. Sie sind teilweise durch regional verschobenen Aktivitäten von Einzelpersonen oder deren Rückzug aus der Szene zu erklären.

3.3 Auswirkungen des Struktur- und Strategiewandels auf den gewaltbereiten Rechtsextremismus

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde Deutschland geradezu überrollt von einer Welle rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Die verheerendsten Vorfälle waren 1991 in Hoyerswerda, 1992 in Rostock-Lichtenhagen sowie Mölln und im Mai 1993 in Solingen zu verzeichnen. In Schleswig-Holstein bildete das Jahr 1992 den vorläufigen Höhepunkt bei den rechtsextremistischen Gewalttaten. Die Beweggründe und Ursachen für die damalige Gewaltwelle sind multi-kausal, teilweise auch dem Umstand der Wiedervereinigung und den damit einhergegangenen sozialen Umbrüchen und Ängsten geschuldet.

Seit dem hat sich die hiesige gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich verändert:

Die Neonazis

Neonazis im Sinne der ursprünglichen Definition streben eine Fortsetzung des vom historischen Nationalsozialismus bekannten Staats- und Gesellschaftssystems an. Aufgrund des offenkundigen „Gegenmodells“ zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Übereinstimmung mit dem Vorgehen der NSDAP wäre eine Umsetzung der politischen Ziele der Neonazis nur mit Gewalt möglich. Aus taktischen Gründen üben die ideologisch gefestigten Anführer der Neonazi-Szene jedoch zumeist Gewaltverzicht.

Infolge der rechtsextremistischen Gewaltwelle Mitte der 1990er Jahre wurden die Strukturen der damals überwiegend vereinsrechtlich organisierten neonazistischen Szene weitestgehend zerschlagen. In Schleswig-Holstein etablierten sich 1997 die „Freien Nationalisten“ und bildeten später die „Kameradschaften“. Die Neonazis konnten in dieser Form noch bis zu Beginn der 2000er Jahre durch Führungspersonen zusammengehalten und organisiert werden. Sie waren sehr in tradierten nationalsozialistischen Werten verankert. An die Stelle der Kameradschaften traten mit der Zeit die noch weniger strukturierten so genannten „Aktionsgruppen“. Diese zogen vor allem erlebnisorientierte Rechte an. Diesen Gruppierungen gehören vor allem jüngere männliche Personen an. Ihr Kleidungs- und Ausdrucksstil ist für Außenstehende kaum von der linksextremistischen Szene zu unterscheiden. Eine Folge dieser

„rechts-autonomen“ Strukturen war eine nachlassende Mobilisierbarkeit der aktionistischen Szene, die sich in Schleswig-Holstein durch sinkende Zahlen an zentralen rechtsextremistischen Veranstaltungen belegen lässt. Dazu kommt, je nach Gruppierung, eine weite Auslegung des ideologischen Fundaments. Eine wirkliche Homogenität konnte somit weder in der Struktur noch in der Strategie erreicht werden. In den letzten Jahren verlagerte sich die strategische Ausrichtung immer mehr zu einem „Do it yourself“ – Aktionismus. Damit wird ein „selbstorganisierter Kampf“ bezeichnet. Die Taten werden meistens spontan von Einzeltätern oder in Kleinstgruppen begangen. Diese Taktik, verbunden mit der derzeitigen Strukturlosigkeit der Szene birgt wegen der daraus folgenden Unberechenbarkeit erhebliche Risiken für die innere Sicherheit.

Die subkulturelle Szene

Zu Beginn der 1990er Jahre prägte noch das Bild der „Skinhead-Horde“ die rechtsextremistische Szene. Die Skinheads stellten damals die größte Gruppe der Gewaltbereiten und galten immer als Sinnbild für den Gewaltstraftäter -rechts-. Sie waren aber in der Regel ideologisch nicht gefestigt und politisch eher inaktiv. Daher sahen sie die Ausübung von Gewalt häufig als „Freizeitaktivität“ an. Sie begingen Gewaltdelikte überwiegend geschlossen als Mitglieder in größeren Zusammenschlüssen. Große Skinhead-Gruppierungen gehören in Schleswig-Holstein längst der Vergangenheit an. Die heutige marginale Skinhead-Szene beschränkt sich vor allem auf den Konsum rechtsextremistischer Musik.

Die rechtsextremistische subkulturelle Szene zeichnet sich durch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und Orientierung der Mitglieder an den eigenen Normen und Werten ihrer „Unterkultur“ aus. Diese können je nach Subkultur unterschiedlich stark von denen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abweichen bzw. in ihrer Ausprägung variieren. Das hat zur Folge, dass Verhaltens- und Handlungsmuster der Akteure an die damit verbundenen Erwartungen der Subkultur angepasst werden und somit - entsprechend der herrschenden Auffassungen - abweichen. Kleidungsstil und Symbolik sind allein nicht geeignet eine komplexe Subkultur zu beschreiben.

Diskursorientierter Rechtsextremismus

Weltanschauliche Gruppen und Rechtsextremisten, die sich als „Gegenbewegung“ zur bestehenden Gesellschaftsordnung sehen, gehören grundsätzlich nicht zum gewaltbereiten Personenpotenzial. Eine Radikalisierung von Einzelpersonen ist allerdings nicht auszuschließen.

NPD

Den wohl größten Wandel in der Geschichte der NPD stellt die Mitte der neunziger Jahre begonnene Öffnung für Neonazis dar. Einige dieser Neonazis wurden nicht nur in Schleswig-Holstein zu Funktionsträgern innerhalb der NPD. Der Eintritt in die NPD wird vielfach auch als Disziplinierung der Neonazis bewertet. Bei öffentlichen Auftritten wurde der „taktische Gewaltverzicht“ etabliert, durch welchen sich die NPD nicht als Täter sondern als Opfer darstellen wollte. Diese Strategie konnte vor allem im Zusammenhang mit Demonstrationen und Informationsständen beobachtet werden, insbesondere dann, wenn Störaktionen durch den „linken Gegner“ geführt wurden. Zu deren Durchsetzung durch Linksextremisten wird Gewalt mit dem Ergebnis eingesetzt, dass polizeiliche Maßnahmen erforderlich werden. Das Bild der Rechtsextremisten soll dagegen ein „Saubermann-Image“ vermitteln. Kennzeichnend für den taktischen Gewaltverzicht ist, dass es ausschließlich um den überschaubaren Moment geht, in dem die Szene in der Öffentlichkeit steht. Denn sowohl zum Zeitpunkt der An- als auch der Abreise sind durchaus auch gewalttätige Übergriffe von -rechts- zu registrieren. Die Szene ist also nicht weniger gewaltorientiert geworden. Einem „taktischen Gewaltverzicht“ geschuldet, können zwar die Zahlen in der Statistik sinken, die Gefährdungslage an sich bleibt jedoch unverändert.

In Schleswig-Holstein ist die NPD selbst nur in wenigen Fällen als gewalttätig aufgefallen. Durch ihre Äußerungen z.B. in Bezug auf die Asylpolitik, kann sie jedoch potentiellen Gewalttätern eine „Rechtfertigungsgrundlage“ liefern.

Neue Strategien

Politisch motivierte Gewaltkriminalität -rechts- stellt den geringsten Anteil der politisch motivierten Kriminalität -rechts-. Dennoch erregen gerade diese Taten in der Bevölkerung das größte Aufsehen. Infolgedessen hat die Szene ihre Themenfelder im Laufe der Jahre immer „bürgerlicher“ aufbereitet, um eine vermeintliche Legitimation gewaltorientierter Strategien von der Gesellschaft zu erhalten. Durch ein Anpassen

der Agitationsfelder zu aktuellen politischen Belangen und „verpacken“ rechter Ideologien in augenscheinlich rechtmäßige Forderungen, wird von Rechtsextremisten der Schulterschluss mit dem bürgerlichen Spektrum gesucht. Nachdem trotz dieser Taktik die Akzeptanz aus dem bürgerlichen Spektrum lange ausblieb, wird wieder vermehrt mit dem Phänomen der Kriminalitätsfurcht gearbeitet. Hier liefern Rechtsextremisten eine vermeintlich „schnelle Lösung“ der mutmaßlichen Kriminalitätslage. Es werden radikale Ansätze geliefert, die konsequent durch Gewaltanwendung umgesetzt werden sollen.

Bei einer Demonstration zu dem Thema „Umgang mit pädophilen Sexualstraftätern“ im März 2012 in Leck, Nordfriesland, ließ sich das bürgerliche Spektrum von anwesenden Rechtsextremisten dazu instrumentalisieren, Gewalt gegen den Täter anzuwenden. Zwar konnte das Vorhaben zunächst durch einen Polizeieinsatz verhindert werden, dennoch kam es einige Wochen nach dieser Demonstration dann doch zu einem gewalttätigen Übergriff auf den Täter. Die Tat wird im Zusammenhang mit dem Gewaltaufruf der Rechtsextremisten auf der Demonstration gesehen.

Neue Gefährdungslagen

Für Schleswig-Holstein bleibt festzuhalten, dass sich die Gewalttaten auf einem niedrigen Niveau bewegen. Der Trend von Großgruppentaten ist bundesweit seit 1992 rückläufig. Um Aussagen über die Gefährdungslage der inneren Sicherheit für Schleswig-Holstein zu treffen, ist nicht nur der Blick auf größere Personenzusammenschlüsse, sondern auch ein Blick auf die Kleinstgruppen und einzelne Akteure bedeutsam.

Ein Zusammenschluss von Rechtsextremisten mit terroristischen Gewaltphantasien zu Kleinstgruppen birgt erhebliches Gefährdungspotential, wie jüngst die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds zeigten.

Radikalisierungsprozesse sind jedoch nicht an Gruppenprozesse gebunden. So können auch Einzeltäter ein hohes Risiko bergen, wie hinlänglich durch die Taten des Anders Behring Breivik bewusst wurde.

4 Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten

4.1 Südöstlicher Landesteil

Der Großraum Lübeck gehört nach wie vor zu den regionalen Schwerpunkten des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Erkennbar ist das nicht nur an der Straftatenstatistik (siehe II. 3.2). In Lübeck fand mit dem alljährlichen Gedenkmarsch „Bomben für den Frieden?“ wiederum die bedeutendste Veranstaltung der schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten statt. Dominierende Person in der Region ist der Neonazi und NPD-Kreisvorsitzenden Jörn Lemke. Wie kein anderer schleswig-holsteinischer Rechtsextremist beherrschte er in den vergangenen Jahren den Spagat zwischen aktionistischer Szene und der NPD. Dennoch gelang es zuletzt auch ihm immer weniger, die aktionistischen Kräfte in NPD-Kampagnen einzubinden. Darüber hinaus war er in der nicht mehr durch die ursprünglichen „Freien Nationalisten“ dominierten Szene umstritten. Trotz leicht zurückgehender Mitgliederzahlen sind die NPD-Strukturen in Lübeck immer noch vergleichsweise deutlich ausgeprägt. Zurückzuführen ist das wohl wiederum im Wesentlichen auf die Aktivitäten des Lemke.

Neben den vorstehend beschriebenen, seit langem bestehenden Strukturen hat sich im südöstlichen Landesteil eine neue Gruppierung gebildet, die unter dem Namen Aktionsbündnis Lübeck/Stormarn (ABLS) firmiert. Laut „Selbstauskunft“ soll diese Gruppierung aus einem Zusammenschluss der „Autonomen nationalen Sozialisten Stormarn“ und des „Nationalen Widerstandes Lübeck“ entstanden sein. Unter der Rubrik „Wer wir sind - Was wir wollen“ wird der Nationale Sozialismus als das politische Ziel des ABLS genannt. Unter der Rubrik „Aktionschronik“ wird auf der Internetpräsenz aufgelistet, an welchen Veranstaltungen das ABLS bereits teilgenommen hat. Auffällig ist hier, dass Aktivisten des Bündnisses teilweise auch weite Strecken in Kauf nehmen, um an Demonstrationen teilzunehmen.

Als Beispiele sind hier anzuführen:

- 1. Mai Demonstration in Wittstock (MV)
- 4. August Marsch der Ehre in Bad Nenndorf (NI)
- 18. August Demonstration gegen §129 StGB in Koblenz (RP)
- 20. Oktober Demonstration „Wir wollen Leben“ in Wismar (MV)

Eine enge Zusammenarbeit scheint es mit dem Hamburger Nationalkollektiv (HNK) zu geben. So konnte man auf mehreren Veranstaltungsberichten nachlesen, dass das ABLs mit dem HNK zusammen zu Veranstaltungen fährt und auch gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden. Aufschluss über die aktuelle Mitgliederzahl des ABLs gibt ein Propaganda-Video im Internet. Hier sind ca. 14 verummte Personen zu erkennen, die zumindest dem engeren Umfeld des ABLs zugerechnet werden müssen.

Im Kreis Stormarn gehen die maßgeblichen Impulse für rechtsextremistische Aktivitäten neben dem ABLs vom NPD-Kreisverband Lauenburg/Stormarn aus. Die Lage im Kreis stellt sich derzeit entspannter dar, als noch vor Jahresfrist. Die im Verfassungsschutzbericht 2011 beschriebenen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppierungen konnten im Jahr 2012 nicht mehr beobachtet werden. Die aktionistische Szene im Kreisgebiet kann insgesamt als exemplarischer Beleg für veränderte Strukturen im aktionistischen Rechtsextremismus bewertet werden. Führungspersonen und Aktivisten sind kaum auszumachen. Dementsprechend gibt es auch keine regelmäßige Einbindung in überregionale Aktivitäten, die von den Protagonisten der Neonazi-Szene gesteuert werden.

Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg gibt es eine gefestigte rechtsextremistische Szene. Herausragend waren in Ratzeburg und Mölln verübte Sachbeschädigungen und Farbschmierereien. Dominierend ist hier die „Nationale Offensive Herzogtum-Lauenburg“ (NASO-LB), die schon in der Vergangenheit immer wieder durch provokative Aktionen auffiel. Abgesehen von Einzelkontakten und der angeblichen Teilnahme von schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten an rechten Konzerten gibt es keine Hinweise auf eine strukturelle oder strategische Zusammenarbeit von Rechtsextremisten beider Bundesländer.

4.2 Südwestlicher Landesteil

Der südwestliche Landesteil bildet keinen Schwerpunkt im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus. Dennoch sind im Kreis Pinneberg rechtsextremistische Strukturen erkennbar. Rechtsextremistische Einzelaktivisten gibt es jedoch an zahlreichen Orten. Die Statistik der rechtsextremistischen Straftaten zeigt ebenfalls, dass es in dieser Region durchaus Bezüge zum Rechtsextremismus gibt.

Hervorzuheben in dieser Region ist insbesondere der NPD-Bezirksverband Westküste. Er gehört zu den wenigen tatsächlich aktiven NPD-Gliederungen im Land. Treibende Kraft ist der NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz. Die NPD versucht, sich insbesondere im Kreis Pinneberg z.B. durch Infostände in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Hierbei kommt es immer wieder zu Konfrontationen mit Anhängern der linksextremistischen Szene.

4.3 Nördlicher Landesteil

Im Jahre 2012 hat sich der im Jahresbericht 2011 explizit genannte „Freie Widerstand Südschleswig“ (FWSS) von seiner Internetpräsenz gelöst. Gleichzeitig wurde die Auflösung des FWSS erklärt. Hierdurch sollten offenbar die Strukturen des in der Region weiterhin durchaus stark vertretenen aktionistischen Rechtsextremismus verschleiert werden. Wie schon im Vorjahr beschränkt sich das Personenpotential in 2012 auf wenige Einzelpersonen, die hauptsächlich durch Teilnahme an bundesweiten Aktionen wie Trauer- und/oder Gedenkmärschen in Erscheinung getreten sind. Beispielhaft ist die unter II. 3.1 dargestellte Aktion der so genannten „Unsterblichen“, für die nordfriesische Rechtsextremisten verantwortlich waren. Öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Region konnten bis auf eine Demonstration im September in Schleswig zum Thema „Todesstrafe für Kinderschänder“ sowie eine Aktion in Friedrichstadt am 28. Juli (siehe II. 3.1) nicht beobachtet werden.

Die nordfriesischen Rechtsextremisten nutzen nunmehr offenkundig die Internetseite „leuchtsignale.info“. Die dort eingestellten Einlassungen zu der Aktion am Volkstrauertag zeigen, dass die schon aus den vergangenen Jahren bekannten ungewöhnlich offenen Bezüge zum historischen Nationalsozialismus weiterhin Gültigkeit haben. Beispielhaft ist ein am 7. November unter der Überschrift „Weltanschauung und Partei“ veröffentlichter Beitrag:

„Nicht wenige erblicken einen Gegensatz in den Größen „Weltanschauung“ und „Partei“ – doch diese Größen im politischen Ringen stehen sich polar gegenüber und bedingen einander. Verdeutlicht wird das, wenn wir stattdessen die Begriffe Idee und Organisation einsetzen. Das Problem besteht nun heute darin, daß dieser Zusammenhang nicht in seiner ganzen Bedeutung erkannt wird – tatsächlich wird sogar der Glaube vertreten, nur eine realpolitische nationale Partei ohne weltanschauliche Grundlage könne wesentliche Veränderungen im politischen System erzwingen.“

Diese Gedanken zeigen die Idee zu einer Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates durch eine nationalistische Bewegung – und damit den Bezug zum historischen Nationalsozialismus - nur zu deutlich. Erkennbar wird das NS-Vorbild der Internet-Seite aber auch noch an anderen Beiträgen, wie zum Beispiel in einem am 21. Oktober unter der Überschrift „Opfergang“ veröffentlichten Beitrag in dem die Ermordung eines Deutschen am 7. September 1939 in Polen geschildert und die Opferbereitschaft des später Ermordeten als vorbildhaft dargestellt wird. „Opfergang“ war einer der bekanntesten Propagandafilme der Nationalsozialisten.

Aufgrund der schon aus den vergangenen Jahren bekannten überdurchschnittlich hohen Aktionsbereitschaft von Rechtsextremisten aus dem nordwestlichen Landesteil und der Unterlegung mit nationalsozialistischer Rechtfertigung unterscheidet sich diese Szene auch in Bezug auf die Außenwirkung beträchtlich von den übrigen aktionistischen Gruppierungen in Schleswig-Holstein.

4.4 Kiel und Umgebung

Auch die Situation in Kiel zeigt die momentane Unbeständigkeit im Rechtsextremismus auf. Zeitweilig gehörte die Kieler-Szene zu den Schwerpunkten im Land. Nach dem Rückzug ehemaliger Protagonisten stellt der Rechtsextremismus in Kiel gegenwärtig ein geringeres Problem als noch vor wenigen Jahren dar. Bei einer Mobilisierung des auch in Kiel durchaus vorhandenen gewaltbereiten aktionistischen Personenpotenzials ist aber auch hier eine kurzfristige Änderung dieser Gefährdungseinschätzung vorstellbar. Auch der sehr eng mit der aktionistischen Szene verflochtene NPD-Kreisverband zeigt Zerfallserscheinungen. Die wenigen derzeit vorhandenen Protagonisten wurden zudem noch durch linksextremistische Outing-Aktionen und

Sachbeschädigungen unter Druck gesetzt. Exekutivmaßnahmen der Polizei in dieser Szene bewirkten eine zusätzliche Verunsicherung.

4.5 Neumünster und Umgebung

Ähnlich ist die Situation in Neumünster. Auch hier fehlte ein Szene-Anführer. In der Stadt Neumünster kommt hinzu, dass einige der Hauptakteure sich inzwischen einer Gruppierung aus dem Rocker-Milieu angeschlossen haben, wodurch deren politische Gesinnung in den Hintergrund getreten ist. Hinweise auf eine „strategisch motivierte“ Zusammenarbeit von Rockern und Rechtsextremisten gibt es weder in Neumünster noch im sonstigen Landesgebiet. Diese Einschätzung wird durch bundesweit durchgeführte Untersuchungen unter Beteiligung aller Polizei- und Verfassungsschutzbehörden bestätigt.

Der Einfluss und die Bedeutung der rechtsextremistischen Szene Neumünsters sind schon seit etwa 10 Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Die Anziehungskraft des landesweit bekannte „Club 88“ beschränkt sich inzwischen im Wesentlichen auf die rechtsextremistische Subkulturszene.

Die Aktivitäten des NPD-Kreisverbandes Segeberg-Neumünster leiden unter der mangelnden Bereitschaft des durchaus vorhandenen rechtsextremistischen Personenpotenzials, sich für die Belange der NPD einzusetzen. Dennoch sind die öffentlichen Aktivitäten seit der Wahl eines neuen Kreisvorsitzenden stark angestiegen. So gab es im Jahr 2012 diverse Informationsstände, jedoch ganz überwiegend im Bereich des Kreises Segeberg. Diese blieben aber abgesehen von Gegenaktionen des politischen Gegners weitestgehend unbeachtet. Die in den jeweiligen Anmeldungen angekündigten Teilnehmerzahlen von 15 – 20 Personen wurden in keinem Fall erreicht, meist fanden sich nur vier bis sechs Aktivisten vor Ort ein.

5. Rechtsextremistisches Schrifttum und Verlagswesen

Von Unternehmen, die u. a. von dem Vertrieb von rechtsextremistischer oder geschichtsrevisionistischer Literatur, NS-Devotionalien und rechtsextremistischer Musik leben, gehen nur selten politische Aktivitäten aus, die unmittelbar auf die Beseitigung

6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010 bis 2012

	2010	2011	2012
NPD/JN	220	210	200
DVU	200	20	*
Sonstige:			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	100	180	180
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	180	170	210
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	640	590	630
Gesamt Land	1.340	1.170	1.220
davon als gewaltbereit eingeschätzte Rechtsextremisten	640	590	620
Gesamt Bund	25.000	23.100	21.150

*Die DVU wurde 2012 aufgelöst.

III. Linksextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Linksextremisten in Schleswig-Holstein richteten 2012 ihr politisches Handeln ganz wesentlich an dem öffentlichen Diskurs zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU), den Überlegungen zum möglichen NPD-Verbotsverfahren und der Teilnahme der NPD an den Landtagswahlen aus. In der Folge behielt der Themenzusammenhang „Anti-Faschismus“ eine dominierende Stellung für die Szene in Schleswig-Holstein.

Dabei war der Linksextremismus von einer hohen Aktionsfähigkeit und -bereitschaft der „klassischen“ autonomen Szene gekennzeichnet. Ihre Bestrebung zu größerer Eigenständigkeit ist weiter fortgeschritten. Sie geht einher mit einer unverändert hohen Bereitschaft zur Begehung strafrechtlich relevanter Aktionen. Die weiterhin aktive Organisation „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) vermied aus bündnistaktischen Erwägungen jedoch die offene Unterstützung von gewalttätigen Aktionen. Es verstetigte sich der prägende Einfluss der undogmatischen Szene auf den Phänomenbereich Linksextremismus in Schleswig-Holstein.

Der dogmatische Linksextremismus, also weitgehend die parteigebundenen Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), verliert zunehmend an Bedeutung für die linksextremistische Szene. Kennzeichnend waren inhaltliche Stagnation und marginale Aktionsfähigkeit.

Im Berichtszeitraum konnten dem Bereich des Linksextremismus rd. 730 Personen (2011: rd. 750 Personen) zugerechnet werden, davon waren rd. 300 Personen (2011: rd. 300 Personen) als gewaltbereit anzusehen. Das unveränderte Personenpotenzial in diesem Bereich zeigt, dass es speziell der „klassischen“ autonomen Szene gelang, die in diesem Bereich szenetypischen Abgänge durch Neuzugänge auszugleichen. Gerade junge Menschen wurden durch die altersspezifisch ausgerichtete Agitation der Szene angesprochen. Auch offen propagierte, strafrechtlich relevante Aktionen schmälerten die Akzeptanz dabei kaum. Die erneut rückläufige

Anzahl an Personen im dogmatischen Bereich war der demografischen Entwicklung geschuldet, zeigte aber auch, dass allgemein kaum noch nennenswertes Interesse an einer Mitarbeit oder gar Mitgliedschaft in diesen Organisationen bestand.

Mit der Kampagne „Farbe bekennen!“ wurde u.a. offen zu Straf- und Gewalttaten gegen Rechtsextremisten und die NPD aufgerufen, wie auch dazu, über diese „aufzuklären“ (siehe III. 4.1.4). Der Kampagnenaufruf bezog sich zwar auf „den rassistischen Wahlkampf in Schleswig-Holstein“ und insbesondere auf den Auftritt der NPD, gleichwohl ist er für 2012 als eine Art „geistige Plattform“ mit Initialcharakter für Aktionen gegen vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten zu bewerten. In diesem Zusammenhang hat im Berichtszeitraum das sog. „Outing“ von Personen der rechten Szene einen besonderen Stellenwert erlangt (siehe III. 3.2). Neben dem bekannten „Verbalradikalismus“ der Szene folgten dann tatsächlich Straf- und Gewalttaten verschiedener Qualität – bis hin zu gezielten, organisierten Aktionen gegen einzelne Protagonisten der rechten Szene.

Neben einer Vielzahl an Farbschmierereien kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der rechten Szene im Zusammenhang mit einer Gegen demonstration zu einer NPD-Demonstration am 1. Mai in Neumünster. Eine „Spontandemo“ zum „Tag der Befreiung“ der autonomen Szene in Lübeck am 8. Mai endete in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei; dabei erfolgten 20 Festnahmen. Am 18. November wurde dann ein NPD-Mitglied gezielt körperlich angegangen. Ebenso kam es zu Brandanschlägen an und gezielter Demolierung von Fahrzeugen von Rechtsextremisten.

Deutlich wird, dass der Szene 2012 insbesondere der Bereich „Anti-Faschismus“ als „geistige Grundlage“ zur Begehung von Straf- und Gewalttaten diene. Die Bereitschaft, bei gegebenen Anlässen jederzeit auch in anderen Begründungszusammenhängen gewalttätige Aktionen durchzuführen, zeigten die Brände an zwei Fahrzeugen eines Unternehmens, das auch im Rüstungs- und Logistikbereich tätig ist, in Kiel am 29. August sowie diverse Sachbeschädigungen in der Zeit um den 1. September in Kiel und Lübeck. Hierbei wurde Bezug auf die bundesweite Anti-Militarismus-Kampagne „Krieg beginnt hier. War starts here - Kampagne gegen die kriegerische Normalität“ genommen (siehe III. 4.2).

Neben der Betrachtung des Gewaltaspekts legen die Aktionen nahe, dass in Teilen der linksextremistischen Szene weiterhin landesweit gute Kontakte bestehen bzw. der Aufbau solcher betrieben wird. Gleiches gilt für die Informationsgewinnung über den politischen Gegner, die sog. „Antifa-Recherche“.

Im Themenzusammenhang „Anti-Rassismus“ wurde anlässlich des 20. Jahrestages fremdenfeindlicher Ausschreitungen in Mölln in der linksextremistischen Szene zu Gedenkdemonstrationen mobilisiert; am 17. November in Mölln und am 24. November in Kiel. Während die Veranstaltung in Mölln von Teilen der „klassischen“ autonomen Szene initiiert wurde, beschränkten sich in Kiel linksextremistische Organisationen wie Avanti und die DKP auf die Unterstützung eines Aufrufes meist bürgerlicher Gruppierungen (siehe III. 4.3). Beide Veranstaltungen verliefen weitgehend störungsfrei. Über 700 Teilnehmer in Mölln und rd. 500 Teilnehmer in Kiel zeigen, dass einerseits innerhalb der Szene erhebliches Mobilisierungspotenzial besteht, andererseits die Mobilisierungsfähigkeit des bürgerlichen Spektrums für die eigene Sache genutzt wird.

Im Ausblick auf 2013 dürfte der Bereich „Anti-Faschismus“ Grundlage für eine weiterhin verstärkte Agitation und Aktionen der linksextremistischen Szene sein. Dabei wird die Teilnahme der NPD an den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Frühjahr und der Bundestagswahl im Herbst thematisiert werden, ebenso aber auch der öffentliche Diskurs zum möglichen NPD-Verbotsverfahren und zum NSU. Damit einhergehend muss von einer unveränderten Bereitschaft zu strafrechtlich relevanten Aktionen ausgegangen werden. Dies gilt ebenso für die Qualität einzelner strafrechtlicher Aktionen.

Während die Straf- und Gewalttaten in den Vorjahren meist spontaner Ausdruck der nach wie vor vorhandenen „latenten“ Gewaltbereitschaft der gesamten undogmatischen Szene waren, war in einigen Landesteilen im Berichtszeitraum eine weitgehend planvolle und zielgerichtete Vorgehensweise festzustellen. Im Zusammenwirken mit der hohen Bereitschaft zu strafrechtlichen Aktionen und der Überzeugung sich „moralisch“ vermeintlich im Recht zu befinden, resultiert ein unverändert hohes Gefährdungspotenzial des gewaltbereiten Linksextremismus.

2012 wurden 225 (Vorjahr: 193) politisch motivierte Straf- und Gewalttaten mit links-extremistischem Hintergrund erfasst, davon 34 (Vorjahr: 43) Gewalttaten. Die Zahl der Straf- und Gewalttaten verdeutlicht die unveränderte Bereitschaft gewaltbereiter Linksextremisten, mit strafrechtlich relevanten Aktionen gegen die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung vorzugehen. Eine Vielzahl dieser Straf- und Gewalttaten hatten im Vergleich zu den Vorjahren weniger den Charakter von spontanen sondern vielmehr von planvollen und zielgerichteten Handlungen. Über diese Veränderung kann auch der Rückgang der erfassten Gewalttaten nicht hinweg täuschen. So wurden z. B. Fahrzeugbrände, Demolierungen von Fahrzeugen oder umfangreiche Farbschmierereien im Zusammenhang mit Kampagnen vorbereitet und durchgeführt.

Die Gefahr von personenbezogenen Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der rechten Szene ist gestiegen. Erkenntnisse für den Übergang zu linksterroristischen Strukturen liegen jedoch nicht vor.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Undogmatischer Linksextremismus

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Die Anzahl undogmatischer Linksextremisten lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2012 wie im Vorjahr bei rd. 300 Personen. Der zuvor festgestellte Rückgang hat sich also nicht fortgesetzt.

Diese Konsolidierung kann aber nicht als Trendwende verstanden werden. Bei der Betrachtung der einzelnen Regionen fällt auf, dass die Mehrzahl der lokalen Szenen hinsichtlich ihrer Mitgliederanzahl höchstens stagnieren, eher sogar leicht rückläufig waren. Dagegen gab es nur wenige Orte mit steigenden Zahlen. Allerdings sind in diesen Fällen deutliche Zunahmen festzustellen, wodurch die Gesamtzahl im Land ungefähr konstant blieb. Insbesondere den „klassischen“ Autonomen gelang es, Ereignisse wie die Teilnahme der NPD an der Landtagswahl so für ihre Agitation zu nutzen, dass sich gerade junge Menschen angesprochen fühlten. Darüber hinaus

üben neu formierte Szenen ohnehin zunächst eine hohe Anziehungskraft insbesondere auf diesen Personenkreis aus. Erfahrungsgemäß wenden sich dann nach und nach viele der Neulinge von den wirklich überzeugten Extremisten wieder ab.

Die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch linksextremistischen Szene liegen szenetypisch in den beiden größten Städten des Landes, weiterhin in Kiel und nach einer längeren Phase des Rückgangs wieder in Lübeck.

2.1.2 Entwicklung der undogmatischen Szene

Innerhalb der undogmatisch linksextremistischen Szene wurde in den vergangenen Jahren eine Verschiebung der internen Kräfteverhältnisse zugunsten der „klassischen“ Autonomen und zulasten der Organisierten Undogmaten festgestellt. Die Reaktion der Szene auf die Beteiligung von Rechtsextremisten am Landtagswahlkampf 2012 bestätigte diesen Trend und steht beispielhaft für die unterschiedliche Ausrichtung der beiden Flügel.

Das Konzept der Organisierten Undogmaten bei den Wahlen der vergangenen Jahre bestand darin, unter dem gemeinsamen Dach einer Kampagne in möglichst vielen Orten Gruppen mit interessierten Teilnehmern auch aus dem demokratischen Spektrum zu bilden und friedliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Neben dem Ziel, damit von der Wahl rechtsextremistischer Parteien abzuhalten, sollte die Bündnisfähigkeit verbessert und der Bekanntheitsgrad erhöht werden. Im Jahr 2012 war eine derartig koordinierte landesweite Kampagne praktisch nicht zu beobachten. Gegenaktionen fanden lediglich vereinzelt und ohne größere Wirkung statt.

Bei linksextremistischen „klassischen“ Autonomen gibt es keine selbst auferlegte Beschränkung der Mittel, somit auch keinen taktisch motivierten Gewaltverzicht. Folgerichtig bedeutet ein Vorgehen gegen rechtsextremistischen Wahlkampf eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner. Anstatt des sonst „üblichen“ Entfernens von Wahlplakaten wurden im Berichtsjahr unter dem Begründungszusammenhang der Kampagne „Farbe bekennen“ Straftaten wie das Beschädigen von Fahrzeugen verübt. Aktionen wurden auch noch nach der Wahl durchgeführt und gipfelten in ei-

nem geplant durchgeführten Angriff mit einem Stock auf einen Rechtsextremisten (siehe III. 3.1).

Inhaltlich sind die Kampagnen der Organisierten Undogmaten und der „klassischen“ Autonomen näher im III. 4.1 beschrieben.

Nicht nur der aktuelle Stand, sondern die gesamte gegenläufige Entwicklung der beiden Ausrichtungen innerhalb der linksextremistischen undogmatischen Szene lässt sich anhand der Wahlkämpfe der letzten Jahre festmachen:

Im Landtagswahlkampf 2005 dominierte die von Organisierten Undogmaten maßgeblich geprägte Kampagne „Keine Stimme den Nazis“. Mangels eigener Durchsetzungsfähigkeit beteiligten sich hieran sogar Autonome. Im Kommunalwahlkampf 2008 prallten beide Ausrichtungen aufeinander. Die autonome Szene ließ sich immer weniger in die Strategie der Kampagne einbinden. Es kam zunächst zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen autonomen Linksextremisten und Rechtsextremisten. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfs konnten sich die Vertreter der moderateren Linie noch einmal behaupten und die friedlich angelegte Kampagne durchführen. Wie bereits beschrieben, überwog im Jahr 2012 dann ganz deutlich die von Autonomen inszenierte gewalttätig angelegte Kampagne „Farbe bekennen“.

Diese Entwicklung war ebenso im Zusammenhang mit dem sog. „Outing“ von Personen der rechten Szene zu beobachten. Eine Vielzahl dieser Aktionen gingen einher mit Straftaten; getragen insbesondere durch Teile der „klassischen“ Autonomen (siehe III. 3.2).

Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der undogmatisch linksextremistischen Szene, die hier beispielhaft am Themenfeld „Anti-Faschismus“ dargestellt wurde, war generell zu beobachten.

Das Spektrum der Organisierten Undogmaten, das in Schleswig-Holstein weitgehend durch die Organisation „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) repräsentiert wird, fand in keinem Themenbereich dominierenden Zugriff. Nominell mit vier Ortsgruppen landesweit stark vertreten, entfaltete Avanti praktisch noch weniger Außen-

wirkung und Einfluss auf die lokalen Szenen, als im Vorjahr festgestellt wurde. Die Ortsgruppe Flensburg scheint nur noch auf dem Papier zu bestehen. Nach eigenem Bekunden bringt sich die Ortsgruppe Norderstedt „vor allem in die Aktivitäten rund um das Soziale Zentrum“ ein, während weitere Aktivitäten nicht nennenswert sind. Auch die beiden Gründungsortsgruppen von Avanti, Kiel und Lübeck, werden ihrem eigenen Anspruch, eine vor Ort verankerte Organisation zu sein, immer weniger gerecht. Offensichtlich binden die sich hinziehenden bundesweiten Diskussionen mit weiteren Gruppen und Personen aus dem gleichen politischen Spektrum um einen verbindlichen Zusammenschluss mehr Kapazitäten als verkraftbar ist. Geplant ist, aus den unter dem Dach der „Interventionistischen Linken“ vernetzten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen eine feste Organisation unter Aufhebung der eigenen Gruppenstrukturen zu machen. Der Ansatz, gleichermaßen eine Organisation auf Bundesebene sein und aus organisationsprägenden Gruppen mit örtlicher Identität bestehen zu wollen, scheint allerdings nicht umsetzbar.

Demgegenüber sind „klassische“ Autonome im Vorteil. Vernetzungen auf persönlicher Schiene oder über das Internet werden in kleinen Schritten immer dann vorgenommen, wenn sich kleine Teilszenen über einen solchen Schritt einig werden. Ein großes Ganzes muss dabei niemand im Blick haben. Anderen Teilszenen bleibt es unkompliziert überlassen, sich an solchen Konstrukten zu beteiligen oder es eben zu unterlassen.

Das die Agitation der „klassischen“ Autonomen nicht nur in der linksextremistischen Szene auf Akzeptanz stieß, sondern gerade auch junge Menschen außerhalb der Szene anzusprechen scheint, dürfte die Verschiebung des szeneeinternen Kräfteverhältnisses weiter vorantreiben. Damit einhergehend muss von einer weiter steigenden Bereitschaft zu strafrechtlich relevanten Aktionen ausgegangen werden. Dies gilt ebenso für die Qualität einzelner strafrechtlicher Aktionen.

2.2 Dogmatischer Linksextremismus

2.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene

Dem dogmatischen Linksextremismus werden Parteien und Gruppierungen zugeordnet, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Ziel ist die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozialismus als „höhere“ Gesellschaftsform und damit einhergehend die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung.

Der dogmatische Linksextremismus in Schleswig-Holstein unterliegt seit Jahren inhaltlicher Stagnation bei einem erneut rückläufigen Personenpotenzial. Seine Bedeutung und Einflussnahme in der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins ist gering; die Aktionsfähigkeit marginal.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rd. 430 Personen (Vorjahr: 450 Personen).

2.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Dem schleswig-holsteinischen Landesverband der DKP fehlten auch im Berichtszeitraum die materiellen und personellen Mittel, um Bündnis- und Kampagnenpolitik im klassischen Sinne zu betreiben.

Auf ihrer Internetseite nimmt die DKP zu aktuellen regionalen Ereignissen mit sozial-kritischem, antimilitaristischem oder antifaschistischem Hintergrund Stellung und ruft zur Teilnahme an den dann stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen auf. Vereinzelt sind örtliche Gruppen der DKP bemüht, stärker mit Gruppen des linksextremistischen sowie des demokratischen Spektrums zusammenzuarbeiten.

Die DKP ist zur Landtagswahl am 6. Mai in Schleswig-Holstein nicht angetreten. Letztmalig nahm der schleswig-holsteinische Landesverband 2009 an der Europawahl teil und erreichte 0,1% der Stimmen.

Im Schreiben zum Jahresende an die Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landesverbandes beschwören beide Vorsitzenden ihre Mitglieder

„(...) das gemeinsame Handeln in den Vordergrund zu stellen und die Meinungsverschiedenheiten durch eine solidarische Diskussion längerfristig auch in der Aktion zu lösen. Wir alle sind uns bewusst, dass das nicht ganz einfach ist. Wenn der feste Wille aber vorhanden ist, lässt es sich lösen. (...) Gefragt ist eine Partei, die eingreift, diskutiert und an der Weiterentwicklung fortschrittlicher Bewegung mitwirkt“.

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in Führungsgremien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten.

2.2.3 Weitere Organisationen

Der marxistisch-leninistisch orientierte Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) ist – formal unabhängig – eng mit der DKP verbunden. Ihr Themenschwerpunkt ist im Berichtszeitraum wieder im Aktionsfeld „Anti-Militarismus“ und im Bildungsbereich mit dem Schwerpunkt „Schule“ zu finden. Nennenswerte Aktivitäten in Schleswig-Holstein waren nicht zu verzeichnen.

Zu den weiteren in Schleswig-Holstein vorhandenen linksextremistisch dogmatischen Organisationen gehören unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie trotzkistische Organisationen wie die „Sozialistische Alternative VORAN“, die „Sozialistische Arbeitergruppe“ und „Marx 21“.

Traditionell anarchistische Gruppen der Graswurzelbewegung sowie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) organisierten Anarcho-Syndikalisten zählen ebenfalls zu diesem Spektrum.

2.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) versteht sich selbst als strömungsübergreifende Hilfs- und Solidaritätsorganisation mit bundesweit gut 5.500 Mitgliedern in 48 Ortsgruppen und neun Kontaktadressen. In Schleswig-Holstein gibt es eine Ortsgruppe in Kiel sowie eine Kontaktadressen in Rendsburg bei einem Mitgliederbestand von rd. 270 Personen. Die öffentlichen Aktivitäten der Ortsgruppe in Kiel sind im Berichtszeitraum zurückgegangen. Im Gegensatz zu den Vorjahren ist die RH in Schleswig-Holstein auch nicht bei der Stellung oder Unterstützung von sog. „Ermittlungsausschüssen“ im Zusammenhang mit Demonstrationsgeschehen aufgefallen.

Der Verein publiziert die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Die Rote Hilfe Zeitung“ (RHZ) mit einer Auflagenhöhe von 7.650 Exemplaren, die seit 2010 auch am Kiosk erhältlich ist. Der in Kiel ansässige Literaturvertrieb der RH kümmert sich auch um den Vertrieb der RHZ. Die RH ist am „Hans-Litten-Archiv“ beteiligt; benannt nach dem für sie in den 1920er Jahren aktiven Rechtsanwalt Hans Litten. Das Archiv befasst sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Den Jahresetat finanziert die RH über Beiträge und Spenden. Unterstützungsgelder werden an Mitglieder gezahlt, die in die sog. „Repressionsmühlen“ des Staates geraten sind. Im Zusammenhang mit einer Kampagne zur Mitgliederwerbung kommt die RH zur Aussage:

„(...) die Repression gegen linke Strukturen und Aktivst_innen in der BRD nimmt weiter zu, und die Notwendigkeit praktischer Solidarität und aktiver Unterstützung wächst stetig an. Wenn einzelne von staatlichen Repressionsmaßnahmen betroffen sind, dürfen wir sie nicht alleine lassen, sondern müssen ihnen unsere politische, juristische und finanzielle Hilfe anbieten.“

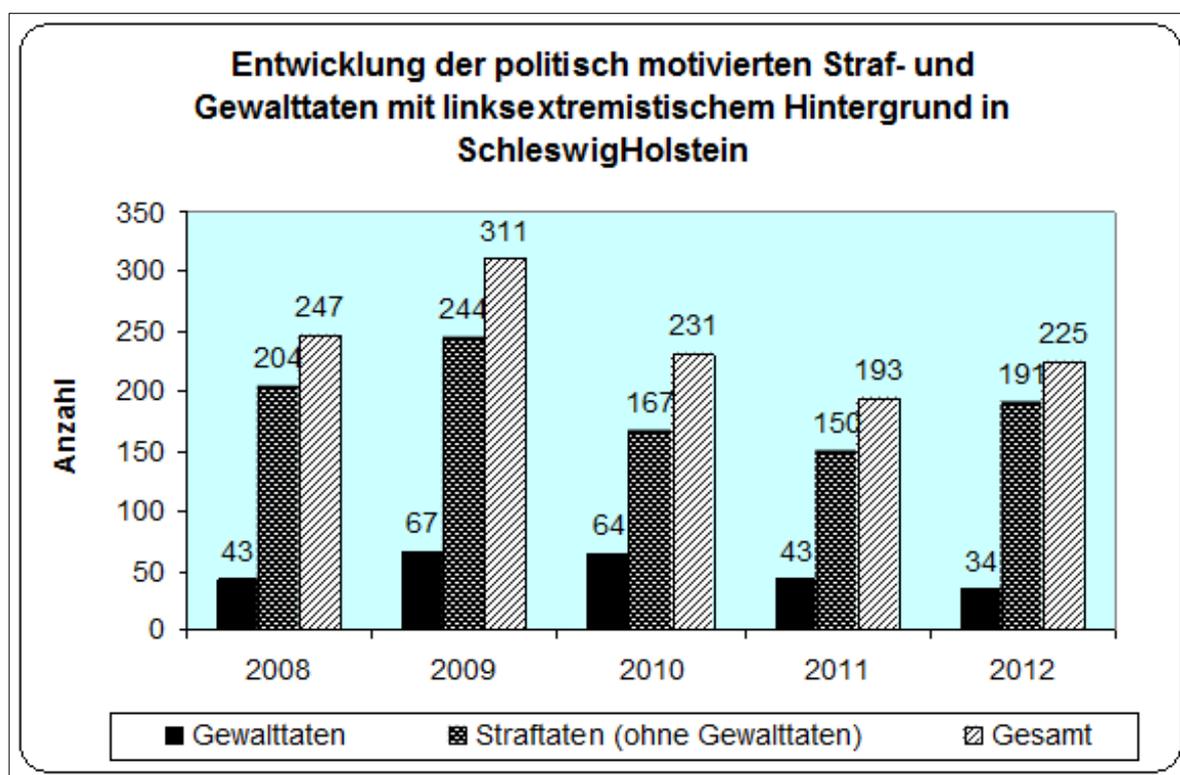
Die RH unterstützt Beschuldigte, Angeklagte und Straftäter aus dem linken Spektrum, darunter auch aus vermeintlich „politischen Gründen“ Inhaftierte. Hauptsächlich wird bei der Suche nach Anwälten geholfen und die Bezahlung von Anwalts- und Gerichtskosten oder Geldstrafen unterstützt. Zu den Unterstützungsleistungen gehören auch Beratung, gezielte Pressearbeit, Organisation von Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen sowie Unterstützung von Kampagnen. Die RH setzt sich gegen

das Verbot der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ein und unterstützt den Rechtshilfefonds „azadi“.

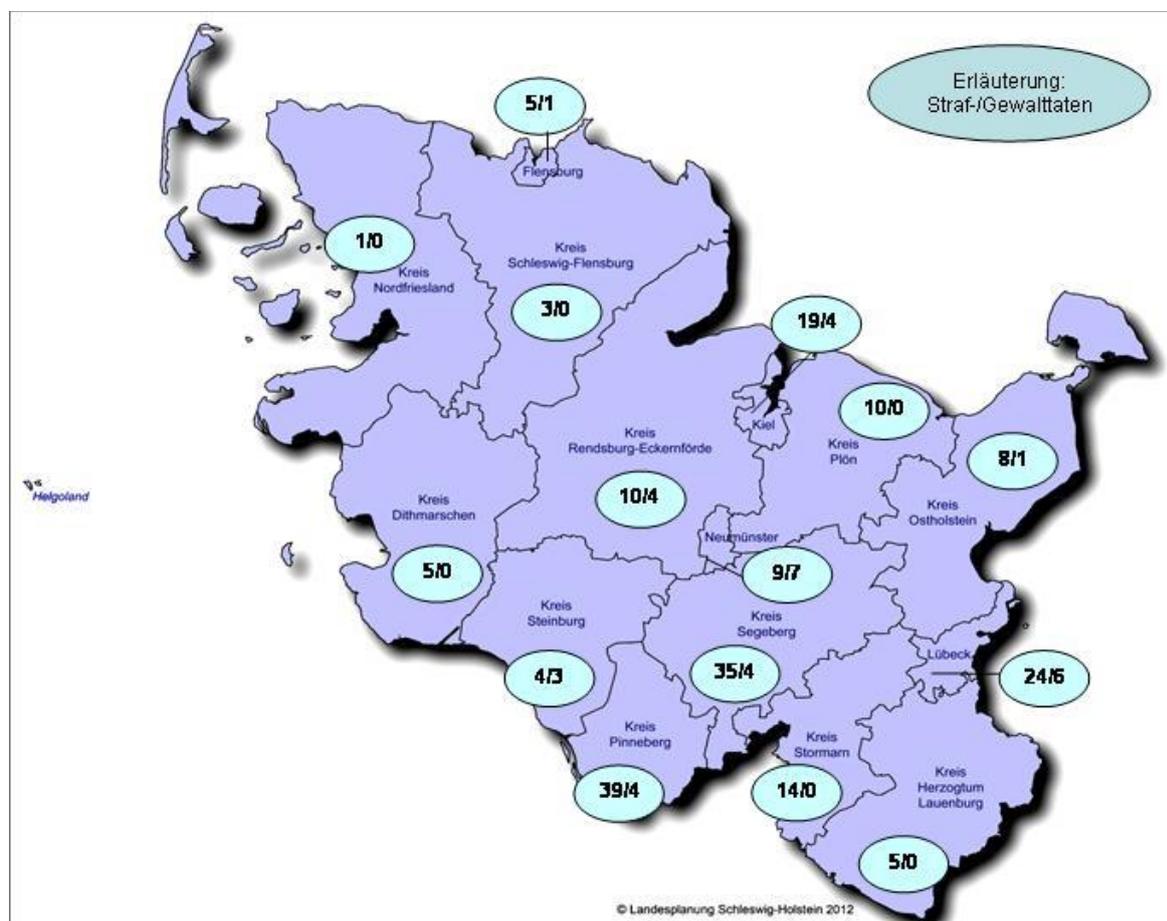
3 Aktionsformen

3.1 „Gewalt“

2012 wurden 225 (Vorjahr: 193) politisch motivierte Straf- und Gewalttaten mit links-extremistischem Hintergrund erfasst, davon 34 (Vorjahr: 43) Gewalttaten. Die gestiegene Anzahl an Straftaten insgesamt verdeutlicht die unverändert hohe Bereitschaft gewaltbereiter Linksextremisten, auch mit strafrechtlich relevanten Aktionen gegen die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorzugehen. Im Zusammenwirken mit der hohen Bereitschaft zu strafrechtlichen Aktionen und der Überzeugung sich „moralisch“ vermeintlich im Recht zu befinden, resultiert ein unverändert hohes Gefährdungspotenzial des gewaltbereiten Linksextremismus. Viele der Gewaltdelikte wurden im Zusammenhang mit Themenfeldern begangen, die in der Lage sind, die Szene stark zu emotionalisieren und somit zu einem hohen Zustimmungsgangrad beitragen. Dies traf auch 2012 wieder in besonderer Weise auf den Bereich „Anti-Faschismus“ zu. Zum Ausdruck kommt diese Entwicklung im Anstieg der Gesamtanzahl an Straftaten.



Die im Berichtszeitraum erfassten politisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund verteilten sich auf Landesebene wie folgt:



Dabei hat sich im Berichtszeitraum gezeigt, dass die Regionen Kiel und Lübeck sowie die Stadt Neumünster im Berichtszeitraum die Brennpunkte linksextremistischer Straf- und Gewalttaten bildeten. In allen drei Bereichen resultierten die Fallzahlen insbesondere aus Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner. In den Regionen Kiel und Lübeck kam es dabei vielfach zu Aktionen im Begründungszusammenhang „Farbe bekennen“ (siehe III. 4.1.4) und dem sog. „Outing“ (siehe III. 3.2). Für den Bereich Segeberg stehen die Straftaten im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Farbschmierereien im Rahmen der Räumung und des Abrisses des Jugendzentrum „Hotel am Kalkberg“ (HaK). In der Stadt Neumünster waren insbesondere linksextremistische Aktionen anlässlich einer NPD-Wahlkampfveranstaltung am 1. Mai Grund für ein erhöhtes Straftatenaufkommen (siehe III. 4.1.2). Die Fallzahlen im Kreis Pinneberg sind insbesondere auf konzentrierte polizeiliche Maßnahmen gegen sog. „Graffiti-schmiererei“ zurück zu führen.

Gerade aus dem öffentlichen Diskurs zum NSU versuchte die linksextremistische Szene, eine „moralische“ Berechtigung für ihren sog. „antifaschistischen Kampf“ abzuleiten und damit Straf- und Gewalttaten zu rechtfertigen. Aber auch in anderen Begründungszusammenhängen war eine gestiegene Bereitschaft zu strafbaren Aktionen, insbesondere Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien zu beobachten. Neben der „moralischen“ Berechtigung ist besonders die veränderte Art der Gewaltbereitschaft zu beobachten.

Auf der Internetseite der Kampagne „Farbe bekennen“ wurde offen zu Straf- und Gewalttaten gegen Rechtsextremisten und die NPD aufgerufen (siehe III. 4.1.4):

„Flyer können zu Konfetti und Infostände zu Kleinholz verarbeitet werden. Nazis können sich auf Kundgebungen nicht mehr sicher fühlen, denn sie haben Namen und Adressen, die auf den öffentlich einsehbaren Wahllisten auftauchen. Türschlösser können verklebt, Autos zerdeppert werden. Plakate können farblich umgestaltet werden, genauso wie Nazis und Rassist_innen an sich. Homepages können gehackt und lahm gelegt (...) werden.“

Dieser Aufruf aus dem März 2012 stand nicht nur für einen bekannten „Verbalradikalismus“ der Szene; ihm folgten dann tatsächlich eine Vielzahl an Straf- und Gewalttaten verschiedener Qualität – bis hin zu gezielten, organisierten Aktionen gegen einzelne Protagonisten der rechten Szene. Im Frühjahr und Frühsommer 2012 kam es landesweit wiederholt zu Angriffen auf Mitglieder, insbesondere Landtagswahlkandidaten, der NPD und andere Angehörige der rechten Szene. Fahrzeuge wurden beschädigt, Häuser mit grüner Farbe beschmiert und Fensterscheiben eingeworfen. Das landesweite Aufgreifen des Kampagnenaufwurfes zeigt, dass zwischen gewaltbereiten Linksextremisten in Schleswig-Holstein gute Kontakte bestehen.

Wenn auch gewaltbereite Linksextremisten immer wieder versuchten, Demonstrationen als Basis für gewalttätige Aktionen zu nutzen, konnte dies von der Polizei weitgehend unterbunden werden. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der rechten Szene kam es im Zusammenhang mit einer Gegendemonstration zu einer NPD-Demonstration am 1. Mai in Neumünster. Auch ist es der linksextremistischen Szene gelungen, „kleinere“ Ereignisse als „Bühne“ für gewalttätige Aktionen zu nutzen. Im Verlauf einer unangemeldeten „Spontandemo“ zum „Tag der Befrei-

ung“ am 8. Mai in Lübeck kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen der autonomen Szene mit der Polizei; dabei erfolgten 20 Festnahmen (siehe III. 4.1.2 und III. 4.1.3).

Es waren aber auch gewalttätige Aktionen zu beobachten, deren Vorbereitung und Umsetzung geheimen Charakter hatten und die mit einer erhöhten Risikobereitschaft verbunden waren. Der Brandanschlag auf zwei Fahrzeuge eines Unternehmens, das auch im Rüstungs- und Logistikbereich tätig ist, in Kiel am 29. August zeigt ein Beispiel für dieses Vorgehen. Auch die gezielt durchgeführte Gewaltaktion gegen eine Person der rechten Szene deutet in diese Richtung. Am 18. November wurde ein Protagonist der rechtsextremen Szene in Lübeck von verummten Personen überfallen und mit einem Stock geschlagen. Die linksextremistische Szene versuchte, diese Aktion als szeneeinterne Auseinandersetzung unter Rechtsextremsten darzustellen. Der geplant durchgeführte Angriff zeigte nahezu anschlagähnlichen Charakter. Die Gefahr von gezielten personenbezogenen Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der rechten Szene ist gestiegen; eine gezielte Tötungsabsicht wird dabei nicht gesehen.

Die offensive Propagierung von gewalttätigen Aktionen durch die „klassischen“ Autonomen hat sich weiter verfestigt. Der offene Aufruf zu Straf- und Gewalttaten im Zusammenhang mit der Kampagne „Farbe bekennen“ und die tatsächliche Umsetzung in Aktionen bestätigten dies. Auf Grund der strafrechtlichen Relevanz des Aufrufes, wie auch der Aktionen, zeigt die offene Sympathisierung mit der Kampagne im „klassischen“ autonomen Bereich nur einen Teil der befürwortenden Grundhaltung der Szene; ein erheblicher Anteil an Zustimmung erfolgt im Stillen. Dies zeigt die Gegensätzlichkeit der undogmatischen Szene in der Frage von Gewaltanwendung als politisches Mittel. Während im Bereich der „klassischen“ Autonomen die Anwendung von Gewalt mit steigender Vehemenz offen befürwortet wurde, übte sich der Bereich der Organisierten Undogmaten aus bündnistaktischen Gründen in mehr oder minder deutlicher Zurückhaltung. Als „Grenzziehung“ hat sich dabei der sog. „zivile Ungehorsam“ herausgebildet. Auch 2012 wurde dadurch versucht, Personen aus dem bürgerlich-demokratischen Spektrum in einen linksextremistischen Argumentationsrahmen einzubinden und somit größere Zustimmung in diesem Bereich zu erlangen. Linksextremistische Begründungsschemata sollen in den demokratischen

„Mainstream“ übergehen. Diese Strategie wurde im Berichtszeitraum auch wieder von „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) verfolgt.

2012 konnten dem Bereich des Linksextremismus rd. 730 Personen (2011: rd. 750 Personen) zugerechnet werden; rd. 300 Personen (2011: rd. 300 Personen) waren als gewaltbereit anzusehen. Das unveränderte Personenpotenzial in diesem Bereich zeigt, dass es besonders der „klassischen“ autonomen Szene gelang, mit ihrer Agitation Interesse bei „Neulingen“ zu wecken. Damit konnten die gerade in diesem Bereich szenetypischen Abgänge ausgeglichen werden. Schwerpunkte bildeten dabei Ereignisse wie die Teilnahme der NPD an der Landtagswahl, die Diskussionen zum möglichen NPD-Verbotsverfahren und der Themenkomplex der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Speziell junge Menschen fühlten sich davon angesprochen. Auch offen propagierte, strafrechtlich relevante Aktionen schmälerten die Akzeptanz dabei offensichtlich kaum.

3.2 „Outing“

Bereits in der Vergangenheit kam es auch in Schleswig-Holstein immer wieder zur Veröffentlichung vor allem persönlicher Informationen über tatsächliche oder vermeintliche Personen der rechten Szene durch Linksextremisten. Diese Form der Agitation gegen den politischen Gegner, von Linksextremisten als „Outing von Nazis“ bezeichnet, hat in Schleswig-Holstein im Jahr 2012 einen hohen Stellenwert eingenommen. Gefördert durch eine im Berichtszeitraum allgemein starke Konzentration auf den Themenbereich „Anti-Faschismus“ sowie die Teilnahme der NPD an der Landtagswahl im Mai 2012 kam es im gesamten Jahr zu einer Vielzahl von sog. „Outing-Aktionen“ gegen NPD-Mitglieder, insbesondere Kandidaten der NPD zur Landtagswahl aber auch gegen andere Personen, die Linksextremisten der rechten Szene zuordneten. Auch die Kampagne „Farbe bekennen“ (siehe III. 4.1.4) mit ihrem Aufruf, die Öffentlichkeit über Personen der rechten Szene „aufzuklären“, dürfte diese Entwicklung forciert haben.

Erklärtes Ziel war die Offenlegung von Aktivitäten, Strukturen und Vernetzungen der rechten Szene in Schleswig-Holstein und die „Aufklärung“ der Gesellschaft – unter Parolen wie „das Leben zur Hölle machen“ oder „Nazi sein heißt Probleme kriegen!“.

Diese wurden gleichzeitig mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit verbunden, dem Rechtsextremismus Rückhalt und Akzeptanz zu entziehen und somit Mitglieder der rechten Szene öffentlich zu ächten, ihnen das alltägliche Leben zu erschweren und somit soziale Isolation zu erzeugen. Dazu sollten Rechtsextreme unter dem Motto „Nazis aus der Deckung holen“ und „Nazi-Watch-SH“ ihrer Anonymität beraubt werden und unbeteiligte Dritte, wie Nachbarn, Kollegen oder Arbeitgeber von deren politischer Gesinnung erfahren. Die Komplexität in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus wurde zumeist auf ein schlichtes „schwarz-weiß“ bzw. „Gut gegen Böse“-Denken reduziert.

Die Veröffentlichung der zusammengetragenen Informationen und Erkenntnisse zu den jeweiligen Personen erfolgte durch die Verteilung von Flugblättern und Plakatierungen im Wohn-, Schul- und Arbeitsumfeld sowie durch sog. „Home-Visits“, bei denen Nachbarn via Megafon, Transparent und Flugzettel über die politische Gesinnung informiert wurden. Parallel erfolgte eine Veröffentlichung auf einschlägigen Internetseiten, sog. „Recherche-Archiven“ der örtlichen Antifa und Szenezeitschriften wie z.B. der „Interim“. In Schleswig-Holstein konzentrierten sich solche Aktionen auf Personen in den Regionen Kiel, Lübeck und dem südlichen Schleswig-Holstein.

Regelmäßig verbunden waren solche Veröffentlichungen mit direkten oder indirekten Aufrufen auch zu strafrechtlich relevanten Aktionen. Hinweise auf „Verschönerungsaktionen“ am Wohngebäude, Nennung von Fahrzeugkennzeichen oder Ankündigungen „antifaschistischer Besuche“ wurden von der Szene in diesem Zusammenhang verwandt. Diesen Ankündigungen folgten 2012 auch mehrere strafbare Aktionen gegen die betroffenen Personen.

So wurden seit dem Frühsommer unter dem Motto „Nazis aus der Deckung holen“ verschiedene Personen aus der Region Lübeck und Kiel, vornehmlich Mitglieder der NPD und der ehemaligen Deutschen Volksunion (DVU), mittels Veröffentlichungen im Internet und in ihrem persönlichen Lebensumfeld öffentlich bekannt gemacht. In diesem Zusammenhang kam es insbesondere in der Region Lübeck zusätzlich zu entsprechenden Farbschmierereien an den Wohngebäuden der betroffenen Personen. In einem anderen Fall kam es vor dem Wohnhaus einer betroffenen Person zu einer Demonstration unter Skandierung einschlägiger Parolen.

Die Vorgehensweise der Linksextremisten im Rahmen sog. „Outing“-Aktionen zeigt, dass es den Akteuren nicht um die Bekämpfung des Rechtsextremismus als verfassungsfeindliche Ideologie, sondern um die Schwächung und Zerstörung der Strukturen des politischen Gegners und bekannt gewordener Einzelpersonen geht.

Anders ist es nicht zu erklären, dass persönliche, wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für die von den Aktionen betroffenen Einzelpersonen, die zur sozialen Isolation und letztendlich zu ihrem dauerhaften Verbleib in der rechten Szene führen können, nicht reflektiert oder sogar bewusst herbeigeführt werden. Dabei ist eine „Rückgewinnung“ von Rechtsextremisten für das demokratische Lager schon deshalb nicht intendiert, da die Linksextremisten die Freiheitlich Demokratische Grundordnung selbst ablehnen und bekämpfen.

Unter dem Titel „Nazi-Watch-SH“ fanden seit Ende November 2012 „Outing-Aktionen“ mittels Internetveröffentlichungen über vorwiegend bekannte Rechtsextremisten statt. In einem Beitrag auf dem Medienportal „linksunten.indymedia“ beschreiben die Verfasser unter dem Titel „Nazi-Watch-SH#1“ sich und ihre Ziele:

„Wir sind ein loser Zusammenschluss von Antifaschist_innen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Neonazis aus Schleswig-Holstein ihrer Anonymität zu berauben. (...) Dabei wird es sowohl bekannte Kader als auch einige „neue Gesichter“ treffen. (...) Unser Ziel ist es, neonazistische Aktionsräume effektiv einzuschränken.“

Die 2012 bekannt gewordenen „Outing-Aktionen“ zeigten überwiegend regionale Bezüge und die Fokussierung auf bestimmte Gruppierungen. Ferner erfolgten sie oft systematisch über einen längeren Zeitraum, wobei einzelne Personen auch mehrfach „geoutet“ wurden. Der Umfang der veröffentlichten Daten verdeutlicht die Bemühungen der Szene, die Informationsgewinnung über den politischen Gegner, die sog. „Antifa-Recherche“, weiter voran zu treiben. Dazu werden Aufgaben verteilt. Auf Grundlage der Informationsbeschaffung wie z.B. durch Internetrecherche, Foto- und Videodokumentation und dem Informationsaustausch kommt es dann zur tatsächlichen Umsetzung konkreter Aktionen. Beide Bereiche können dabei auf gezielte Unterstützung aus der Szene setzen. Hierzu werden innerhalb der Szene Kontakte neu aufgebaut und bestehende Kontakte weiter ausgebaut bis hin zu teilweise netzwerk-

ähnlichen Strukturen. Diese reichen auch in angrenzende Bundesländer wie z.B. nach Hamburg und Niedersachsen und zeigen die überregionale Ausrichtung der sog. „Antifa-Recherche“. Die überregionale und teilweise länderübergreifende Zusammenarbeit von „Recherche“ und „Hilfe-Teams“ erschwert die polizeiliche Aufklärungsarbeit bei einschlägigen Straftaten.

„Outing-Aktionen“ wurden von der Szene als „Erfolge“ im eigenen „antifaschistischen Kampf“ gewertet; genutzt zur Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls untereinander, andererseits auch dazu, die Szene für mögliche Neueinsteiger interessant erscheinen zu lassen. Besonderes Interesse an dieser Szene war bei jungen Menschen zu beobachten.

Die Anzahl an sog. „Outing-Aktionen“ ist 2012 sichtlich gestiegen. Besonders für die „klassischen“ Autonomen erlangten sie als Mittel der Agitation eine gewisse „Popularität“. Trotz großer Zustimmung in der Szene sind mitunter kritische Äußerungen aus der Szene zu Schwächen dieser Aktionsform zu beobachten. Thematisiert werden in diesem Zusammenhang z.B. die Fehleranfälligkeit. Jeder könne Daten melden oder veröffentlichen ohne dass die erforderlichen Sorgfaltspflichten immer ernst genommen werden. Ebenso wird thematisiert, dass man sich mit der Art und Weise der öffentlichen Diffamierung nicht anders verhalte, wie die Gesellschaft, die man ablehne.

Unter Berücksichtigung, dass 2012 die Gefahr von personenbezogenen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der rechten Szene und den „klassischen“ Autonomen gestiegen ist, könnten „Outing-Aktionen“ zukünftig gewalttätige Gegenreaktionen der rechten Szene heraufbeschwören.

4 Aktionsfelder

Linksextremisten in Schleswig-Holstein konzentrierten ihre verfassungsfeindliche Agitation 2012 ganz überwiegend auf das Aktionsfeld „Anti-Faschismus“. Daneben wurden vor allem die Gebiete „Militarismus“ und „Rassismus“ anlassbezogen thematisiert.

Eine nach wie vor latent hohe Aktionsbereitschaft bestand auch 2012 gegen die vermeintliche Zerstörung von sog. „Freiräumen“. Anlässlich des „Jahrestages“ der Räumung besetzter Häuser in Berlin (Rigaer Straße 94 und Liebigstraße 14) im Jahr 2011 kam es am 31. Januar in Kiel zu einer unangemeldeten Solidaritätsdemonstration. Ebenso wurde die Räumung und der Abriss des selbstverwalteten Jugendzentrums „Hotel am Kalkberg“ (HaK) in Bad Segeberg am 1. November in der linksextremistischen Szene aufgenommen. Jugendzentren werden als Räume angesehen, in denen man so leben kann, wie man will – als „Freiraum“. Die Szene unterstützte die vom bürgerlichen Spektrum initiierte Kampagne „STAY HAK“ und mobilisierte landesweit zu Aktionen; so auch zu Demonstrationen im Vorfeld der Räumung und des Abrisses des HaK im Juli in Kiel und im September in Bad Segeberg. Während der gesamten Zeit kam es zu einer Vielzahl von Farbschmierereien mit Schwerpunkten in Bad Segeberg und Kiel sowie während der Räumung zu Blockadeaktionen.

4.1 „Anti-Faschismus“

Der Bereich „Anti-Faschismus“ stellte das dominierende Aktionsfeld der linksextremistischen Szene dar. Neben der bekannten Überzeugung, der demokratische Verfassungsstaat sei von Grund her faschistisch und daher zu bekämpfen, wurde das Aktionsfeld 2012 insbesondere vom öffentlichen Diskurs zum „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), den Überlegungen zum möglichen NPD-Verbotsverfahren und der Teilnahme der NPD an den Landtagswahlen getragen. Die Aktionsbereitschaft in diesem Bereich war prägend für die Szene. Mit der Kampagne „Farbe bekennen“ nahm die Bereitschaft zu Aktionen gegen Personen der rechten Szene zu. Diese spiegelte sich auch in der Vielzahl an „Outing-Aktionen“ wieder. In diesem Zusammenhang kam es auch nach der Landtagswahl insbesondere zu Sachbeschädigungen zum Nachteil Angehöriger der rechten Szene. Die Akzeptanz strafrechtlich rele-

vanter Aktionsformen ist angestiegen. Dabei kam dem Bereich der „klassischen“ Autonomen eine besondere Bedeutung zu.

Neben einer offen propagierten Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung kennzeichnet „klassische“ Autonome eine grundsätzlich organisationskritische Haltung. Dessen ungeachtet bildete sich im Berichtszeitraum gerade in diesem Teil der Szene eine sog. „Antifaschistische Koordination Lübeck“ (AKL), die ihren Aktionsschwerpunkt im Begründungszusammenhang „Anti-Faschismus“ sieht und dazu auf der eigenen Internetseite erklärt:

„Die Antifaschistische Koordination Lübeck ist ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Wir haben uns mit dem Ziel zusammengeschlossen, der Präsenz rechter und faschistischer Überzeugungen und Gruppierungen wirksam entgegenzutreten.“

Zwar wird der Zusammenschluss in der Selbsterklärung auf der entsprechenden Homepage im Nachgang relativiert:

„Wir sind keine homogene Gruppe, sondern als ein Netzwerk zu verstehen.“

Ein Aufbau grundsätzlicher Strukturen ist jedoch erkennbar, auch wenn die Gruppe versucht, Autonomie zu suggerieren. Ähnliche Überlegungen waren in den Jahren zuvor bereits bei der „Autonomen Antifa-Koordination Kiel“ (AAKK) zu beobachten.

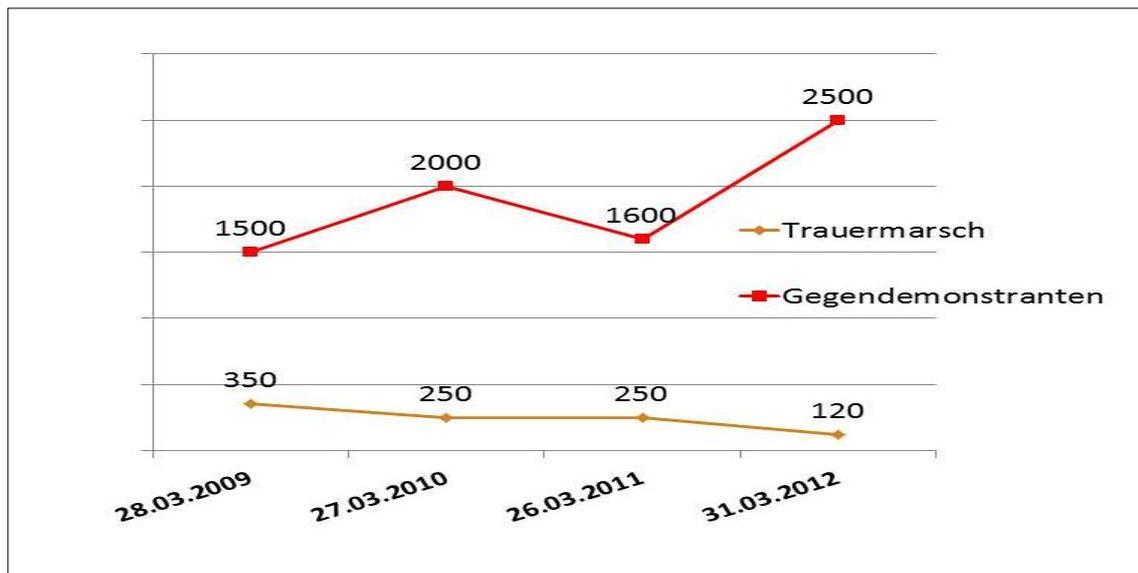
Im Bereich von Demonstrationsgeschehen hatten im Berichtszeitraum die Demonstration gegen den rechtsextremistischen „Trauermarsch“ am 31. März in Lübeck, die Blockade der NPD-Demonstration in Neumünster am 1. Mai sowie die Spontandemonstration zum „Tag der Befreiung“ am 8. Mai in Lübeck besondere Bedeutung für die Szene.

4.1.1 Aktionen gegen „Trauermarsch“ der rechten Szene in Lübeck

Am 31. März mobilisierte die rechtsextreme Szene erneut zu dem seit 2006 stattfindenden „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe im Jahre 1942. Die als „Trauermarsch“ deklarierte Demonstration mit der Bezeichnung „Bomben für den Frieden?“ hat sich zur herausragenden Veranstaltung im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus entwickelt. Ein zunächst verfügtes Verbot durch die Stadt Lübeck wurde vom Obergericht Schleswig aufgehoben, so dass der Marsch unter engen Auflagen stattfinden konnte. Die Teilnehmerzahl der Rechtsextremisten ist im Vergleich zu den Vorjahren stark rückläufig. Insgesamt nahmen nur rd. 120 Rechtsextremisten an dem Trauermarsch teil (2011: 250, 2010: 250, 2009: 350).

Das seit Jahren bestehende Bündnis „Wir können Sie stoppen!“ rief zur Gegendemonstration auf. Sowohl auf einschlägigen Internetseiten als auch mittels regionaler und überregionaler Mobilisierungsveranstaltungen wurde die Gegendemonstration beworben. Neben Vertretern von Kirchen, Gewerkschaften sowie anderen Organisationen aus dem bürgerlichen Bereich waren auch linksextremistische Gruppierungen Teil dieses Bündnisses. Besonders stark engagiert sich hier die linksextremistische Organisation „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (Avanti). Sie versuchte Einfluss auf das Bündnis zu nehmen und es für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Insgesamt vermochte das Bündnis rd. 2.500 Personen (2011: 1.600, 2010: 2.000, 2009: 1.500) zu mobilisieren; größtenteils aus Schleswig-Holstein, aber auch aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen. Unter den Teilnehmern befanden sich rd. 160 gewaltbereite Autonome.

Teilnehmerzahlen Trauermarsch Lübeck und Gegendemonstranten:



Ziel war es, die auflagenbedingt ohnehin sehr kurze Wegstrecke der Rechtsextremisten zu blockieren. Weiterhin versuchten die Gegendemonstranten durch Erhöhung des Lärmpegels, die Abschlusskundgebung ungehört zu lassen.

Es konnte ein größtenteils friedlicher Verlauf festgestellt werden. Allerdings wurde ein aus Richtung Kiel kommender Zug mit anreisenden Rechtsextremisten in Höhe der Stadt Bad Schwartau mit Gegenständen beworfen, darüber hinaus versuchten Linksextremisten, den Lautsprecherwagen der Rechtsextremisten anzugreifen. Hierbei wurde ein Polizeifahrzeug beschädigt, zwei eingesetzte Polizeibeamte erlitten leichte Verletzungen. Bedingt durch den sehr kurzen Auftritt der Rechtsextremisten gab es für autonome Kleingruppen kaum Gelegenheit, gewalttätig in Erscheinung zu treten. Innerhalb der linksextremistischen Szene wurde die Gegendemonstration als großer Erfolg gewertet.

Ihre Flexibilität und gute Vernetzung zeigten die Autonomen dann in Bezug auf eine Zusatzveranstaltung der Rechtsextremisten am selben Tag in Plön. Unter den 300 Menschen, die sich der rechtsextremistischen Kundgebung in Plön entgegenstellten, befanden sich rd. 150 spontan aus Lübeck angereiste Linksextremisten.

4.1.2 Aktionen gegen NPD-Wahlkampfveranstaltung in Neumünster

Für den 1. Mai meldete die NPD eine Wahlkampfkundgebung in Neumünster unter dem Motto „Wir arbeiten – Brüssel kassiert“ an. In diesem Zusammenhang stand am Vorabend des 1. Mai eine „revolutionäre & antifaschistische 1. Mai-Vorabend-Demonstration in Kiel“ unter dem Motto „Geschichte wird gemacht – Kapitalismus zu Geschichte machen!“. Hieran nahmen gut 200 Personen aus dem linksextremistischen Umfeld teil. In diesem Zusammenhang wurde auf einschlägigen Internetseiten propagiert:

„(...) den Naziaufmarsch in Neumünster mit geballter antifaschistischer Kraft von der Straße zu fegen.“

Zur zentralen Gegenveranstaltung am 1. Mai in Neumünster wurde unter dem Motto „Neumünster ist bunt statt braun“ auch in der linksextremistischen Szene mobilisiert. Neben rd. 3.000 Personen des bürgerlichen Spektrums nahmen ebenfalls rd. 500 gewaltbereite Linksextremisten teil; auch aus anderen Bundesländern.

Gegen Mittag stiegen rd. 100 Personen der rechtsextremistischen Szene vorzeitig am Südbahnhof Neumünster aus, um von dort durch die Stadt zum Versammlungsort auf dem Großflecken zu ziehen. Aufgrund der Gesamtlage wurde dieses Vorhaben durch die Polizei unterbunden. Der ausgesprochenen Auflösungsverfügung wurde ebenso nicht Folge geleistet wie den verhängten Platzverweisen. In der Folge nahm die Polizei die Teilnehmer in Gewahrsam.

Zwischenzeitlich errichteten Gegendemonstranten Sitzblockaden auf dem geplanten Demonstrationzug der NPD. Autonome Gewalttäter versuchten, die in Gewahrsam Genommenen anzugreifen, wobei es zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Linksextremisten kam. Weitere 40 am Hauptbahnhof Neumünster angereiste Rechtsextremisten verließen, nachdem versammlungsrechtliche Vorgaben nicht erfüllt werden konnten, Neumünster und fuhren geschlossen mit der Bahn nach Kaltenkirchen. Der Versuch, dort eine Anschlussveranstaltung durchzuführen, wurde durch Kräfte der Bundespolizei unterbunden.

Aus Sicht der linksextremistischen Szene war dies neben der Demonstration in Lübeck am 31. März der zweite große Erfolg innerhalb kürzester Zeit. Der überwiegende Teil der Organisatoren sowie Teilnehmer der Protestaktionen war jedoch dem demokratischen Spektrum zuzuordnen. Linksextremisten konnten keinen großen Einfluss auf die vielfältigen Aktionen ausüben und wirkten nur am Rande mit. Deshalb kam es nur zu einigen wenigen strafrechtlich relevanten Aktionen.

4.1.3 Spontandemonstration von „klassischen“ Autonomen in Lübeck

Am 8. Mai kam es anlässlich des Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Lübeck zu einer Spontandemonstration mit rd. 60 zumeist sehr jungen Teilnehmern der örtlichen linksextremistischen Szene. Unter Mitführen von Transparenten und Skandieren von Sprechchören wurden Böller sowie bengalische Feuer entzündet. Als auch nach Eintreffen der Polizei das Werfen von Böllern in Geschäftseingänge und gegen Schaufensterscheiben nicht unterlassen wurde, stoppte die Polizei den Aufzug. Infolge dessen wurden die Polizisten unmittelbar von rd. 30 verummten Personen angegriffen und mit Faustschlägen traktiert. Insgesamt wurden 20 Personen in Gewahrsam genommen. Bei einer späteren Lagesondierung durch die Polizei, so auch vor dem Szenetreff „alternative“ in der Willy-Brandt-Allee in Lübeck, wurde dort eine durch Müllcontainer errichtete Blockade vorgefunden, die Zufahrt zum Gelände der „alternative“ war verbarrikiert. Es kam jedoch nicht zu erneuten Angriffen auf Polizisten, obwohl dort auch weitere Wurfgeschosse wie Steine und Flaschen bereit gelegt worden waren.

4.1.4 Kampagne „Farbe bekennen“

Im Zuge der Teilnahme der NPD an den Landtagswahlen im Mai 2012 startete am 19. März die Kampagne „Farbe bekennen“. Mit der Kampagne wurde von „autonomen und antifaschistischen Gruppen“ aufgerufen, „den rassistischen Wahlkampf in Schleswig-Holstein [zu] sabotieren!“. „Ein paar gute Ideen“, so wörtlich, wurden im Aufruf gleich mitgeliefert. So sollten Plakate gepflückt, Flyer und Infostände zerstört werden. Aber auch zu schwerwiegenderen Straf- und Gewalttaten wurde auf der Internetseite der Kampagne animiert:

„Nazis können sich auf Kundgebungen nicht mehr sicher fühlen, denn sie haben Namen und Adressen, die auf den öffentlich einsehbaren Wahllisten auftauchen. Türschlösser können verklebt, Autos zerdeppert werden. Plakate könne farblich umgestaltet werden, genauso wie Nazis und Rassist_innen an sich. Homepages könne gehackt und lahm gelegt (...) werden.“

In der Folge kam es zu einer Vielzahl strafrechtlich relevanter Aktionen gegen Mitglieder, insbesondere Landtagswahlkandidaten, der NPD und anderen Angehörigen der rechtsextremen Szene. Die Schwerpunkte der Aktionen lagen in den Regionen Kiel und Lübeck; es kam aber auch in anderen Landesteilen im Rahmen der Kampagne zu Straftaten. So wurden im März und April in der Region Kiel mehrfach Fahrzeuge von NPD-Mitgliedern mit Farbe beschmiert, Reifen zerstochen und die Wohngebäude dieser Personen ebenfalls mit Farbe verunstaltet. Im Mai kam es zu einem Fenstereinwurf mit Steinen in Kiel gegen eine Person der rechten Szene und einer Flugblattaktion im Wohnumfeld eines NPD-Mitglieds im Kreis Herzogtum Lauenburg; jeweils mit Farbschmierereien an den Wohngebäuden. Ferner wurden immer wieder Informationsstände, Unterschriftensammlungen und Kundgebungen der NPD im gesamten Landesgebiet gestört.

Über die vermeintlichen „Erfolge“ fanden sich regelmäßig Berichte auf dem Medienportal „linksunten.indymedia“ und der Internetseite der Kampagne. Dadurch sowie durch die Verwendung von - überwiegend - grüner Farbe wurde der Bezug zur Kampagne hergestellt.

4.1.5 Kampagne „Keine Stimme den Nazis!“

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Landtagswahl startete am 21. April die Kampagne „Keine Stimme den Nazis!“ mit einer Flugblattverteilung in Kiel. Die Kampagne richtete sich gegen die Teilnahme der NPD an der Landtagswahl; sie wurde von der linksextremistischen Organisation Avanti unterstützt. Im Internet wird das Ziel der

Kampagne unter der Aussage „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ wie folgt formuliert:

„Die NPD ist eine undemokratische, rassistische, antisemitische Partei. Wir wollen nicht, dass sie sich bei der Landtagswahl am 6. Mai als „normale“ Partei darstellen kann. Das sind wir den Opfern des Nazi-Terrors schuldig.“

Aktivitäten im Zusammenhang mit dieser Kampagne waren öffentlich kaum wahrnehmbar; auch eine wahrnehmbare Unterstützung innerhalb der Szene schien es kaum zu geben.

Die Kampagne „Farbe bekennen“ war im Gegensatz mit ihrem offenen Aufruf zu Straf- und Gewalttaten merklich präsenter und wurde in der Szene positiv aufgenommen. Deutlich wurde, dass die von Avanti aus taktischen Überlegungen geübte Zurückhaltung gegenüber gewalttätigen Aktionen von den „klassischen“ Autonomen einmal mehr nicht mitgetragen wurde.

4.1.6 Sonstige Aktionen

Für den 16. Juli hatte die NPD Kundgebungen im Rahmen ihrer „Sommertour“ in Kiel und Neumünster beantragt und genehmigt bekommen. Die Kundgebung in der Kieler Innenstadt musste innerhalb der Stadt verlegt werden, da die Zugangsmöglichkeit zum Veranstaltungsort für den dafür genutzten LKW, das sog. „Flaggschiff“ der NPD, durch Proteste aus dem linksextremistischen und bürgerlichen Lager verhindert worden waren. Auf der Internetseite der AAKK war im Vorfeld dazu aufgerufen worden:

„Sollte das Nazi-Flaggschiff (...) noch einsatzbereit und nicht, was zu hoffen ist, den antifaschistischen Gegenaktionen am Wochenende zum Opfer gefallen sein, rufen wir alle Antifaschist_innen dazu auf, der NPD gemeinsam und entschlossen die Tour zu vermasseln. Haltet Euch und andere auf dem Laufenden, denkt Euch was aus, kommt am Montag-

vormittag mit Euren Freund_innen in die Kieler Innenstadt, seit flexibel gekleidet und passt auf Euch auf!“

4.2 „Anti-Militarismus“

„Anti-Militarismus“ ist ein klassisches kommunistisches Agitationsfeld. Karl Liebknecht hatte 1907 im Aufsatz „Militarismus und Antimilitarismus“ die doppelte Funktion des Militärs dahingehend beschrieben: Zum einen diene es der Durchsetzung kapitalistischer Expansionsbestrebungen und zum anderen der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsstrukturen innerhalb der kapitalistischen Staaten. Dieser Ansatz wird seitens der linksextremistischen Szene aktuell auf die heutige Bundesrepublik übertragen. Ziel der Agitation ist es, insbesondere die Bundeswehr und Unternehmen, die in ihrem Umfeld tätig sind, als einen Arbeitgeber zu diffamieren, der Menschen beschäftigt, damit sie ihre Aufgabe als vermeintlich „weltweit agierende Interventionsarmee erfüllen (...) könne“.

In den vergangenen Jahren ist der Themenbereich „Anti-Militarismus“ gegenüber dem Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ in den Hintergrund getreten. Dennoch waren auch im Berichtszeitraum immer wieder Aktionen im Bereich „Anti-Militarismus“ zu beobachten.

So versuchten Mitglieder der „Autonomen Antifa-Koordination Kiel“ (AAKK) am 20. Februar vor dem regionalen Berufsbildungszentrum in Kiel-Gaarden, mit einer unangemeldeten Kundgebung gegen die vermeintliche Anwesenheit von Wehrberatern nebst Infomobil zu agitieren. Darüber hinaus kam es zu Versuchen, Informationsstände der Bundeswehr in weiteren Schulen, ein Konzert des Marinemusikkorps Ostsee und den Besuch eines Militärschiffs im Flensburger Hafen mit antimilitaristischen Parolen und Farbschmierereien zu stören.

In der Nacht zum 29. August wurden zwei Fahrzeuge eines Unternehmens, das auch im Rüstungs- und Logistikbereich tätig ist, in Kiel in Brand gesetzt und ein Gebäude des Unternehmens mit der Parole „WAR STARTS HERE“ beschmiert. Zu diesen Aktionen wurde auf dem Medienportal „linksunten.indymedia“ ein Bekenner schreiben mit der Aussage veröffentlicht: „Kriegstreiberei und Militarisierung markieren, blockie-

ren, sabotieren!“. Diese Aussage findet sich auch auf der Internetseite der seit 2011 bundesweit aktiven Kampagne „Krieg beginnt hier. War starts here - Kampagne gegen die kriegerische Normalität“ und wird dort ausdrücklich als „unterstützenswert“ beurteilt. Linksextremisten rufen immer wieder zur Beteiligung an dieser Kampagne auf. Bereits vorher wurden Plakatierungen mit der Aussage „KRIEG BEGINNT HIER - WAR STARTS HERE“ in Kiel bekannt. Die Plakate bildeten eine Art Stadtplan Kiels ab, in dem diverse militärische Einrichtungen wie auch Rüstungsfirmen namentlich mit Anschriften aufgeführt wurden. Im gleichen Begründungszusammenhang kam es zu weiteren Farbschmierereien z.B. an Denkmälern und am Tor eines weiteren auch im Rüstungsbereich tätigen Unternehmens in Kiel.

4.3 „Anti-Rassismus“

Das linksextremistische Verständnis von „Rassismus“ fußt auf der Überzeugung, dass der Staat in seiner Gesamtheit faschistisch und rassistisch sei. So heißt es im Aufruf zur Kampagne „Farbe bekennen“:

„(...) weder NPD noch (...) haben ein Copyright auf Rassismus und Menschenverachtung, denn (staatlicher) Rassismus hat viele Gesichter. CDU/SPD/Grüne/FDP haben genauso Blut an ihren Händen, wie der Pöbel auf der Strasse, der jene staatlich inszenierte Propaganda in die Tat umsetzt.“

Als Ursache für Rassismus wird die von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägte kapitalistische Gesellschaft gesehen. Den EU-Staaten im Allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland im Speziellen wird vorgeworfen, Europas Wirtschaftsmacht weiter auszubauen und all jene abzuschieben, die nicht der „Profitgier der kapitalistischen Verwertungsolitik“ entsprechen würden. Flüchtlinge in Deutschland würden kriminalisiert, verfolgt und „weggesperrt“. Das Asylrecht sei mit „rassistischen Sondergesetzen“ vergleichbar.

Das Aktionsfeld „Anti-Rassismus“ stand im Berichtszeitraum vorwiegend im Zeichen des 20. Jahrestages der ausländerfeindlichen Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen und Mölln.

Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Rassismus tötet“ wurde überregional zu Gedenkdemonstrationen am 25. August in Rostock sowie am 17. November in Mölln aufgerufen.

Die Organisation und Mobilisierung der Gedenkveranstaltung in Mölln wurde überwiegend durch Teile der „klassischen“ Autonomen, insbesondere der „Antifa Herzogtum Lauenburg“, wahrgenommen.

Die Demonstranten in Mölln zogen am 17. November gegen 13 Uhr friedlich durch die Möllner Innenstadt zum Mühlenplatz. Die Route führte durch die Mühlenstraße, in welcher der Brandanschlag im Jahre 1992 verübt wurde. Im Anschluss an die Demonstration besuchte ein Großteil der Teilnehmer das Solidaritätskonzert in der Möllner Stadtwerke-Arena. Sowohl der Demonstrationzug als auch das anschließende Konzert verliefen störungsfrei.

Im Vorfeld wurde im gesamten norddeutschen Raum seitens der linksextremistischen Szene für diese Demonstration mobilisiert. So setzte sich der Demonstrationzug neben Vertretern von Gewerkschaften und Verbänden, politischen Mandatsträgern sowie sonstigen bürgerlichen Demonstranten zu großen Teilen aus Teilnehmern der linksextremistischen Szene zusammen.

Unter dem Motto „20 Jahre nach Mölln ,92: Wehret den Fortsetzungen!“ riefen meist bürgerliche Gruppierungen zu einer Demonstration am 24. November in Kiel auf. Linksextremistische Organisationen wie „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) und die „Deutsche Kommunistische Partei“, aber auch Teile der „klassischen“ Autonomen wie die „Autonomen Antifa-Koordination Kiel“ beschränkten sich dabei auf die Unterstützung des Aufrufes. So formulierte Avanti auf seiner Internetseite:

„Nehmen wir den 20. Jahrestag des Brandanschlages in Mölln zum Anlass, der vielen Opfer faschistischer und rassistischer Morde in Deutschland gemeinsam zu gedenken. Bringen wir gemeinsam unseren Protest gegen jede Form des Rassismus und Faschismus in Politik und Gesellschaft zum Ausdruck. (...) Wir wenden uns gemeinsam gegen eine Politik, die Opfer zu TäterInnen erklärt, die auf rassistische Hetze und tätliche Angriffe mit Gesetzesverschärfungen gegen die Betroffenen reagiert, Menschen anderen Glaubens diffamiert oder unter

Generalverdacht stellt und gegen eine Politik, die FaschistInnen vor Strafverfolgung schützt. (...) Wiederherstellung und Ausweitung des Asylrechts im Grundgesetz! Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen!“

Beide Veranstaltungen verliefen weitgehend störungsfrei. Über 700 Teilnehmer in Mölln und rd. 500 Teilnehmer in Kiel zeigen, dass einerseits innerhalb der Szene erhebliches Mobilisierungspotenzial besteht, andererseits die Mobilisierungsfähigkeit des bürgerlichen Spektrums für die eigene Sache genutzt wird. Darüber hinaus zeigt insbesondere die Demonstration in Mölln die anhaltende Bestrebung der „klassischen“ autonomen Szene zu größerer Eigenständigkeit innerhalb der undogmatischen Szene.

5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010 bis 2012

	2010	2011	2012
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	450	430
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	330	300	300
Gesamt Land	830	750	730
Gesamt Bund	32.200	31.800	29.400

IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG

1 Überblick

Deutschland steht weiterhin im Fokus des internationalen islamistischen Terrorismus. Dies wurde auch im Jahr 2012 deutlich, u.a. aufgrund der zahlreichen deutschsprachigen Videobotschaften, in denen sowohl die Bundesrepublik als auch deutsche Interessen im Ausland massiv mit Terrorakten bedroht wurde. Maßgeblich verantwortlich für einige dieser Drohbotschaften ist die Vereinigung „Millatu Ibrahim“. Sie wurde im Juni 2012 in Deutschland verboten, führt ihre jihadistischen Propagandaaktivitäten nun jedoch aus dem Ausland fort. Schleswig-Holstein ist – unabhängig von konkreten Gefährdungserkenntnissen, die sein Territorium betreffen – Teil dieses „deutschen Gefahrenraumes“.

Zwar kam es im Berichtszeitraum zu keinen konkreten Anschlägen im Bundesgebiet, es wurden jedoch zahlreiche Personen wegen islamistisch-terroristischer Straftaten verurteilt. Wie real die Bedrohung vor allem durch fanatisierte islamistische Einzeltäter jedoch ist, zeigten die Ereignisse in Toulouse/Frankreich vom März 2012, bei denen ein sich selbst der „al-Qaida“ zurechnender Franzose bei Mordanschlägen mehrere Personen, darunter auch Kinder, tötete.

Die Zahl der Personen im gesamten islamistischen Spektrum in Deutschland belief sich dabei im Jahr 2012 auf 42.550 (Vorjahr: 38.080), in Schleswig-Holstein auf 761 (Vorjahr 612) Personen.

Im Bereich des nicht gewaltbereiten Islamismus gab es im Jahr 2012 Entwicklungen in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, deren abschließende regionale Auswirkungen, aber auch deren Folgen für Europa und Deutschland noch nicht vollends abgeschätzt werden können. Die Ereignisse um den „Arabischen Frühling“, der seit Ende 2010 bestehenden Reformbewegungen in vielen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas, führten u.a. dazu, dass in Ägypten und Tunesien mittlerweile von der islamistischen „Muslimbruderschaft“ geprägte Parteien an der Regierung beteiligt sind. In Ägypten stellt seit Juni 2012 darüber hinaus die Partei der „Muslimbru-

derschaft“ mit Muhammad Mursi auch den derzeitigen Präsidenten. In beiden Ländern gibt es seither Tendenzen, die zumindest in Teilen die von der Muslimbruderschaft vertretene Ideologie auch im politischen Prozess stärker zum Tragen kommen zu lassen.

Die Situation in Deutschland war darüber hinaus geprägt durch einen neuen Aspekt im Bereich der „Salafistischen Bestrebungen“. Erstmals wurde eine anlassbezogene Straßengewalt im Rahmen von Demonstrationen festgestellt. Die Teilnehmer an diesen Ausschreitungen wurden bisher dem politisch salafistischen und damit in der Regel nicht gewaltbereiten Klientel zugerechnet. Auch wenn die dort festgestellten Aktionsformen bisher keine Übergänge zum Jihadismus aufweisen, so sind sie doch ein Beispiel dafür, wie fließend die Übergänge für Gewaltorientierung innerhalb des Salafismus sind. Auch eine Reihe von Personen aus dem salafistischen Milieu in Schleswig-Holstein waren an diesen Ausschreitungen beteiligt. Gegen sie sind im Berichtszeitraum Strafverfahren anhängig gewesen.

Besondere Aktivitäten entfalteten die Salafisten im Rahmen der sog. da‘wa oder Missionierungsarbeit. Die deutschlandweite kostenlose Koranverteilung, initiiert durch das salafistische Netzwerk „Die Wahre Religion“, erregte bundesweit Aufsehen. Bei dieser Aktion wurden an Infoständen oder von Einzelpersonen in einer Vielzahl deutscher Städte kostenlos Korane sowie Handzettel für die Internetseite von „Die Wahre Religion“ verteilt. Die kostenlose Koranverteilung ist aus Sicht der Sicherheitsbehörden dabei unproblematisch. Bedeutung erlangte die Aktion, weil sich vorrangig Personen aus dem salafistischen Spektrum an den Verteilungen beteiligten und somit auch als Ansprechpartner bei eventuellen Fragen zur Religion zur Verfügung standen und dabei ihre salafistische Ideologie verbreiten. In Schleswig-Holstein beteiligten sich Salafisten in Kiel, Lübeck und Neumünster mit entsprechenden Infoständen.

Neben den bereits o.g. Ausformungen islamistischer Bestrebungen spielten auch die legalistisch-islamistischen Organisationen im Berichtszeitraum eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese agieren gewaltlos und versuchen unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten, ihre islamistischen Ziele umzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Bereich nach wie vor die größte legalistische islamistische Organisation in Deutschland, die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG), die auch mit mehreren Vereinen in Schleswig-Holstein vertreten ist.

Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich „Extremismus mit Auslandsbezug“ bilden Organisationen, die keine religiösen Bezüge aufweisen. Von zentraler Bedeutung ist hier seit Jahrzehnten die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) mit ihren Nachfolgeorganisationen. In der Türkei, dem Ursprungsland der PKK, verfolgt die Gruppierung ihre Ziele gewaltsam. Deutschland wird tendenziell eher als Rückzugsraum angesehen und man beschränkt sich auf weitgehend friedliche Demonstrationen, Propagandatätigkeit und Spendensammlungen. In Schleswig-Holstein gelten unverändert etwa 650 Personen als Anhänger der PKK, von denen sich ein Großteil an den vorgenannten Aktionen hier beteiligt.

In nahezu allen Bereichen der extremistischen Bestrebungen mit Auslandsbezug ist auch in Schleswig-Holstein nochmals eine Zunahme der internetbasierten Kommunikation und Propagandatätigkeit festzustellen. Soziale Netzwerke wie Facebook und andere Internetdienste wie Twitter, YouTube spielen im Jahr 2012 eine noch größere Rolle für die Betrachtung dieser Bestrebungen.

2 Islamismus

In Deutschland leben rd. vier Millionen Muslime, das sind 5% der Gesamtbevölkerung. Damit ist der Islam nach dem Christentum die Glaubensrichtung mit den zweitmeisten Anhängern in Deutschland. Auch in Schleswig-Holstein leben Muslime. Eine statistische Erfassung für die Zahl der Muslime in Deutschland und Schleswig-Holstein gibt es nicht. Sie unterscheiden sich durch ihre Herkunft, ihrer Sprache und sie leben ihre Religion vielfältig und friedlich aus.

Innerhalb dieser Vielfalt haben sich Szenen entwickelt, die das Ziel verfolgen, aus den Quellen des Islam umfassende religiöse Verhaltensregeln sowie Vorschriften in der hiesigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen, die in Teilen der freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen. Von den in Schleswig-Holstein lebenden Muslimen sympathisiert nur eine Minderheit mit diesem Gedankengut oder sind Mitglieder islamistischer Organisationen. Nur diese Personen stehen unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Das gesamte islamistische Personenpotenzial in Deutschland beträgt 42.550. In Schleswig-Holstein sind im Berichtszeitraum 761 Personen islamistischen Organisationen zuzurechnen. Hiervon wiederum lässt sich nur ein kleiner Teil dem gewaltbereiten Jihadismus zuordnen.

Der islamistische Extremismus ist vielschichtig und kann sich in unterschiedlichen Strömungen und verschiedenen Organisationen darstellen. Diese unterscheiden sich vor allem in ihrer Art und Weise der Rechtfertigung und Anwendung von Gewalt.

Er kann von politisch legalistischen Vereinen und Organisationen über die salafistische Bewegung bis hin zu jihadistischen Einzeltätern und Netzwerken reichen.

Charakteristika des Islamismus

Der Islamismus erhebt wie andere religiöse extremistische Ideologien den Anspruch, das ganze Leben der Individuen zu bestimmen, keine kritischen Nachfragen zu dulden und keine Kompromisse einzugehen. Der Islam, so die Islamisten, müsse in seiner reinen Lehre gelebt und in wahre Gläubige einerseits und Ungläubige andererseits aufgeteilt werden. Von den Ungläubigen solle man sich fernhalten und, nach Auffassung gewaltbereiter Islamisten, sie sogar bekämpfen. Im Internet sind zahlreiche Beispiele dafür vorhanden, was Islamisten unter einem gottgefälligen Leben verstehen:

„[...] so sage ich ganz klar und deutlich: Wir machen was Allah uns befiehlt. Und es interessiert uns nicht wie die Kuffar (Ungläubige) darauf reagieren. Wenn Allah uns etwas befohlen hat, dann machen wir das! Wir werden nicht aufhören uns von den Kuffar loszusagen [...].“

Nach den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Islamisten ist die Demokratie nicht mit den Lehren des Islam vereinbar. Islamisten berufen sich auf die Zeit von vor 1.400 Jahren auf der arabischen Halbinsel und idealisieren das damalige Leben:

„[...] so wie sie früher vor dem Schirk (Beigesellung) der Götzen im Sinne von Statuen aus Datteln, Bäumen und Steinen gewarnt haben, so ist heute der Schirk vor allem im Sinne von Demokratie, Laizismus und Nationalismus vertreten. Deswegen warnen wir vor diesem Schirk [...].“

Für Islamisten liegen im Glauben sowie in den Lehren des Islam die Antworten auf alle Fragen des privaten und öffentlichen Lebens: Sie verstehen die heiligen Texte

wörtlich, lehnen Diskussionen über die eigenen Prinzipien ab und sind intolerant gegenüber jeglichem anderen Standpunkt.

Selbst die Ausschreitungen der eigenen Anhängerschaft bei Demonstrationen in Bonn und Solingen im Mai 2012 (siehe IV. 3.4) werden von Islamisten aufgegriffen und für ihre Propaganda ausgenutzt. Das Zeigen von Muhammad-Karikaturen wird als feindseliger Akt gegen alle Muslime in Deutschland interpretiert. Im Internet sowie auf sozialen Netzwerken stilisieren sie Muslime als Opfer und versuchen sich als Interessenvertreter der Muslime in Deutschland darzustellen. Den Anhängern gegenüber soll die Mehrheitsgesellschaft als islamfeindlich abgestempelt werden. Die vermeintlich unüberwindbare Kluft zwischen „dem Westen“ und der „islamischen Welt“ sowie eine gegen „die Muslime“ gerichtete Hetze in Deutschland werden somit verstärkt in islamistischen Kreisen thematisiert. Dies wird auch an folgendem Zitat auf einer islamistischen Internetseite deutlich:

„Du hast bzgl. deiner Religion, deiner Ehre, deiner Frau, euren Kindern und ihrer Religion keine Sicherheit solange du unter den Kuffar lebst. Daher: Sachen zusammenpacken und auswandern! Geht euren Pflichten nach, wie es im Qur'an und in der Sunnah steht und unterstützt eure Ummah! Es ist eine Schande, dass wir in Deutschland im Luxus leben, während unsere Ummah in Syrien und anderswo abgeschlachtet wird.“

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden islamistische Organisationen vor allem in ihrer Haltung zur Gewalt. Während einige Islamisten jegliche Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele (siehe IV. 5) befürworten, sind andere Organisationen zwar für den Einsatz von Gewalt, aber wenden sie in Deutschland nicht an. So z.B. die libanesische Organisation „Hizb Allah“ (siehe IV. 6.4), deren Anhänger in Deutschland organisatorische sowie finanzielle Unterstützungsleistungen erbringen.

Legalistische Islamisten lehnen dagegen Gewalt ab. Diese Organisationen streben eine islamische Gesellschaftsordnung unter Ausnutzung der bestehenden rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung an. Die größte legalistisch-islamistische Organisation ist die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“.

Gemeinsam ist allen Islamisten letztlich, dass sie versuchen, einen religiösen Staat auf der alleinigen Grundlage des islamischen Rechts einzuführen. Dieses von Islamisten verfolgte Ziel ist nicht mit den im Grundgesetz verankerten Prinzipien der

Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und dem universalen Menschenrechtsverständnis vereinbar. Die Verfassungsschutzbehörden beobachten, dass in den letzten Jahren vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, auch ohne Migrationshintergrund, sich dem Islamismus zuwenden. Insbesondere der Salafismus, eine Spielart des Islamismus, der ein sehr spezifisches Islamverständnis vermittelt, wirkt besonders anziehend für junge Muslime in Deutschland.

3 „Salafistische Bestrebungen“

Der Salafismus bezeichnet die derzeit deutschlandweit aktivste und dynamischste Strömung im Bereich des Islamismus. Es handelt sich dabei mehr um eine Bewegung und nicht um eine feste Organisation, die in vergleichbarer Form auch in anderen Ländern vertreten ist und sich konstant ausweitete. Die von Salafisten verfolgten Ziele richten sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung in Deutschland. Weiterhin besteht die Gefahr der Beförderung von Radikalisierungsprozessen durch das salafistische Milieu, weshalb die salafistischen Bestrebungen seit 2011 Beobachtungsobjekt im Verfassungsschutzverbund sind.

3.1 Begriffsbestimmung und Charakteristika

Der Begriff Salafismus bezieht sich auf die sog. „as-salaf as-Salih“, arab. für die „Frommen Altvorderen“ und meint damit die Lebensweise zur Zeit des Propheten Muhammads sowie der ersten drei nachfolgenden Generationen. Die aus dieser Zeit in verschiedenen religiösen Quellen wiedergegebenen Regeln und Verhaltensweisen sowie der wortgetreue Text des Korans sind absolutes und unveränderliches Dogma für Salafisten. Jegliche Interpretationen der Schrift sowie religiöse Entwicklungen oder Neuerungen, welche im Laufe der Zeit die Religion des Islams prägten und weiterentwickelten, werden von ihnen kategorisch als „bid'a“, arab. für „unerlaubte Neuerung“, abgelehnt. Problematisch aus Sicht des Verfassungsschutzes sind dabei nicht nur die Ziele, die sich aus dieser wortgetreuen Religionsauslegung ergeben, sondern vor allem auch die Ausgrenzung Andersdenkender.

Der Salafismus ist ein Teilbereich des Islamismus. So stützt man sich, wie oben beschrieben, auf dieselben Grundlagen wie die wortgetreue Auslegung und Befolgung

von Koran und Prophetentraditionen. Auch die Ziele sind vergleichbar. Salafisten sind - in letzter Konsequenz ebenso wie andere islamistische Bewegungen auch - bestrebt, einen Staat nach ausschließlich islamischen Regeln zu errichten und lehnen jegliche weltliche Herrschaftsform, also auch die Demokratie sowie von Menschen geschaffene Gesetze, strikt ab. Folge ihrer Glaubensauslegung ist u.a. die Verneinung jeglicher Geschlechtergleichstellung. Auch Nichtmuslimen werden nicht dieselben Rechte zugesprochen wie Muslimen. Weiterhin ist nach mehrheitlicher islamistischer wie salafistischer Auffassung u.a. das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Meinungs- und Religionsfreiheit nicht mehr gegeben. So umfasst eine salafistische Forderung auch die Anwendung der sog. hadd-Strafen (Körperstrafen), die nach strenger Auslegung die Amputation von Gliedmaßen bei Diebstahl oder das Auspeitschen bei unehelichem Geschlechtsverkehr einschließen.

3.2 Politischer und Jihadistischer Salafismus

Das salafistische Spektrum lässt sich sowohl in nicht gewaltbereite, politische Salafisten, als auch die dem terroristischen Spektrum angehörenden, sogenannte jihadistische Salafisten, einteilen. Auch wenn der überwiegende Teil der hiesigen Anhänger dem politischen Salafismus zuzurechnen ist, kommt der deutlich geringeren Zahl der jihadistischen Salafisten eine besondere Bedeutung zu. Sie propagieren u.a. die Rechtmäßigkeit von Gewalt als legitimum Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele und befürworten terroristische Methoden im Kampf gegen „die Ungläubigen“. Wie fließend der Übergang vom politischen zum gewaltbereiten Spektrum sein kann, zeigten vor allem die Ausschreitungen bei den Demonstrationen in Bonn und Solingen im Mai 2012 (siehe IV. 3.4). Dabei konnte festgestellt werden, dass fast alle in Deutschland erkannten islamistischen Terroristen über Kontakte in das salafistische Spektrum verfügten. Vor allem in der Verbindung mit der intensiven Nutzung moderner Medien und Kommunikationsmittel durch Salafisten entsteht so ein Milieu, das islamistische Radikalisierungsprozesse in besonderer Weise fördern kann.

Traditionell existieren in salafistischen Personenzusammenschlüssen keine festen organisatorischen Strukturen. Zum Teil sind sie von „Lehrer-Schüler“-Beziehungen geprägt. Eine weitere Besonderheit des Salafismus sind die sog. „Wanderprediger“. Hierbei handelt es sich um Personen, teilweise ohne abgeschlossenes religiöses

Studium, die durch Deutschland reisen, um Vorträge und Predigten zu verschiedenen Themen zu halten. Die dabei vermittelten Inhalte spiegeln vielfältige Aspekte der salafistischen Glaubensauslegung wider, wie beispielsweise die Rolle von Mann und Frau in der Religion, das Verhältnis zwischen Gläubigen und Ungläubigen oder Regeln und Gebote im alltäglichen Leben (z.B. Umgang mit Musik oder Massenmedien). Zu den bekanntesten Personen gehören u.a. Pierre Vogel oder die Prediger um das Netzwerk „Die Wahre Religion“.

Ein weiteres spezifisch salafistisches Charakteristikum dieser sog. Dawa-Arbeit (arab. Missionierung) ist die intensive Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen (siehe IV. 4). So stehen im Internet eine Vielzahl von Vorträgen salafistischer Prediger zur Verfügung, die zum Teil mit aufwendigem Vorspann, Übersetzungen oder Untertiteln für Gehörlose versehen sind. Diese werden zumeist in deutscher Sprache angeboten oder können als Video- oder Audiodatei zur mobilen Verwendung heruntergeladen werden. Sie enthalten in der Regel Kommentare bzw. Antworten auf bestimmte Fragen der Religionsausübung oder des täglichen Lebens, welche im salafistischen Sinne erläutert und beantwortet werden. Alarmierend erscheint, dass die salafistische Propaganda mittlerweile vor allem im Internet stark an Deutungshoheit in bezug auf die islamische Religionsauslegung in Form von religiöser Aufklärung gewonnen hat. So ist etwa bei der Onlinerecherche nach islamischen religiösen Begriffen die Chance groß, zunächst auf mehrheitlich salafistische Angebote in unterschiedlichster Form zu stoßen. Wie erfolgreich salafistische Propaganda sein kann und wohin sie sich weiter entwickelt, zeigt sich auch an der aktuellen Entwicklung in Deutschland.

3.3 Aktuelle Entwicklungen in Deutschland und Schleswig-Holstein

Neben den gängigen Aktivitäten von Salafisten im Internet sowie den bundesweiten Vorträgen durch die o.g. salafistischen Prediger gab es im Jahr 2012 eine besondere Aktion im Rahmen der sogenannten Dawa-Tätigkeit: die deutschlandweite kostenlose Koranverteilung, initiiert durch das salafistische Netzwerk „Die Wahre Religion“ (DWR). Die Aktion unter dem Titel „LIES!“ begann bereits im Oktober 2011. An sog. „Islam-Infoständen“ oder durch Einzelpersonen wurden Übersetzungen des Ko-

rans kostenlos in Fußgängerzonen verteilt. Die Stände sowie dort verteilte Handzettel verwiesen dann für weitere Informationen auf die Internetpräsenz von „Die Wahre Religion“.

Das kostenlose Verteilen des Korans ist aus Sicht der Sicherheitsbehörden in Ausübung des Grundrechts auf Religionsfreiheit unproblematisch. Relevanz hat die Aktion durch die Initiatoren und Aktivisten aus dem salafistischen Spektrum erlangt, die gleichzeitig als Ansprechpartner salafistisches Gedankengut verbreiten konnten. Insgesamt wurden mehrere hunderttausend Koranexemplare auf diesem Weg verteilt. Auch in Schleswig-Holstein haben sich eine Reihe von Personen aus dem salafistischen Spektrum an diesen Aktionen beteiligt. So fanden u.a. in Lübeck (März bis Mai 2012, mind. sieben Veranstaltungen), Kiel (März/April 2012, mind. drei Veranstaltungen) und Neumünster (April 2012, eine Veranstaltung) teilweise unter großer medialer Beachtung Koranverteilungen statt.

Im Herbst 2012 kündigte der bekannte salafistische Prediger Pierre Vogel ein weiteres Projekt im Rahmen der „deutschlandweiten Dawa-Arbeit“ an. Nach eigener Aussage sei es sein Ziel, mit Hilfe von Freiwilligen salafistisches Propagandamaterial wie DVDs und Broschüren in großen Mengen zu produzieren und zu verteilen. Inwieweit das Projekt ähnlich Resonanz finden wird wie die Koranverteilung und ob sich auch Personen aus Schleswig-Holstein daran beteiligen, lässt sich noch nicht beurteilen.

3.4 Gewaltbereiter Salafismus

Neben der Koranverteilung konnten erstmals gewalttätige Ausschreitungen anlässlich demonstrativer Versammlungen beobachtet werden. Die rechtsgerichtete Bürgerbewegung „pro NRW“ führte im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen 2012 eine sogenannte „Moscheentour“ unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ durch. In diesem Zusammenhang wurden in der Zeit vom 28. April bis zum 8. Mai insgesamt 25 Moscheen aufgesucht und Kundgebungen abgehalten. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen verlief friedlich und verzeichnete nur geringe Teilnehmerzahlen.

Als jedoch Teilnehmer der „pro NRW“-Veranstaltung am 1. Mai in Solingen sogenannte „Muhammad-Karikaturen“ des bekannten dänische Karikaturisten Kurt Westergaard zeigten, kam es zu gewalttätigen Übergriffen aus einer Gegendemonstration der salafistischen Szene heraus. Die Salafisten versuchten, eine polizeiliche Abspernung zu durchbrechen und griffen „pro NRW“-Teilnehmer sowie Polizisten an.

Bei einer weiteren Kundgebung der Bürgerbewegung „pro NRW“ am 5. Mai in Bonn, welche ebenfalls von einer Gegendemonstration durch Personen aus dem salafistischen Spektrum begleitet wurde, eskalierte die Lage erneut. Wiederum ausgelöst durch das Zeigen der Muhammad-Karikaturen, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen von Seiten der Salafisten, in deren Verlauf zwei Polizeibeamte mit Messern schwer verletzt wurden. Für beide Gegendemonstrationen konnten auch Personen aus dem salafistischen Spektrum Schleswig-Holsteins mobilisiert werden.

In der Folge der Ausschreitungen kam es zu mehreren Festnahmen. Unter den Festgenommenen befanden sich ebenfalls einige Personen aus Schleswig-Holstein. Gegen sie sind im Berichtszeitraum Strafverfahren anhängig gewesen. Auch wenn die abstrakte Gefahr durch gewaltbereite Salafisten in Deutschland bereits seit mehreren Jahren anhaltend hoch ist, zeigt sich mit dieser Form der anlassbezogenen Straßengewalt ein neuer Aspekt innerhalb der salafistischen Bestrebungen. Bislang weisen die aktuellen Aktionsformen jedoch keinen Bezug zum Jihadismus auf. Sie sind jedoch ein Beleg dafür, wie fließend der Übergang zwischen den verschiedenen Extremismusbereichen sein kann.

Ebenfalls kam es im Jahr 2012 zu Exekutivmaßnahmen des Bundes gegen die salafistische Szene. So wurde am 14. Juni mit „Millatu Ibrahim“ erstmals in Deutschland eine salafistische Vereinigung verboten. Gegen zwei weitere Organisationen wurden Ermittlungsverfahren auf der Grundlage des Vereinsrechts eingeleitet. Im Rahmen dieser Maßnahmen kam es u.a. auch zur Durchsuchung eines Objekts in Husum.

Im Berichtszeitraum kam es noch mehrfach zu dem Versuch, durch gezielte Provokationen gewaltsame Reaktionen insbesondere des islamistischen Lagers hervorzurufen. Der auch in das Arabische übersetzte Trailer des islamkritischen Films „Innocence of Muslims“ führte im September 2012 zu weltweiten Protesten. Diese nahmen u.a. in Ägypten, Tunesien und im Jemen auch gewaltsame Formen an. Auch in Deutschland gab es Versuche von Organisationen, diesen Film in ihrem Sinne zu

instrumentalisieren. In einigen größeren deutschen Städten fanden Demonstrationen gegen den Film statt, die jedoch überwiegend friedlich verliefen. In Schleswig-Holstein konnten keine Demonstrationen in diesem Kontext beobachtet werden.

Das salafistische Potential in Schleswig-Holstein beträgt wie im Vorjahr etwa 200 Personen. Diese konzentrieren sich in der Regel auf die Städte Kiel, Lübeck und Neumünster, welche u.a. auch Schauplatz der erwähnten Koranverteilungen waren. Die überwiegende Zahl der Personen sind dem politisch-salafistischen Spektrum zuzurechnen. Die aus Schleswig-Holstein stammenden Teilnehmer an den Ausschreitungen im Rahmen von Demonstrationen in Bonn und Solingen im Mai 2012 haben jedoch gezeigt, dass auch hier Personen leben, die dem gewaltbereiten salafistischen Spektrum zugerechnet werden. Vor allem in Kiel fanden Vorträge mit deutschlandweit bekannten salafistischen Predigern statt.

4 Nutzung internetbasierter Kommunikationsformen durch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen

Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Propaganda- und Kommunikationsmedium innerhalb islamistischer Gruppierungen in aller Welt entwickelt. Sowohl in Europa als auch in vielen islamisch geprägten Ländern wird das Internet daher von Jihadisten und Salafisten für unterschiedlichste Zwecke genutzt.

So kann über das Internet mit geringem Aufwand eine große Anhängerschaft erreicht, vernetzt und weiter ausgebaut werden. Dies geschieht insbesondere durch das Verfügbarmachen von Propagandamaterial oder durch das Bereitstellen von Foren zur Bildung und Vertiefung eines gemeinsamen islamistischen Weltbildes. Im vergangenen Jahr hat vor allem die Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook und anderer Internetdienste wie Twitter oder YouTube weiter zugenommen.

Bundesweit sorgte im Juni 2012 das Verbot der Organisation „Millatu Ibrahim“ für Aufsehen. Dieser Verein verfügte seit seiner Gründung über eine sehr professionell gestaltete und gepflegte Internetpräsenz, über welche umfangreiche jihadistische Propaganda betrieben wurde. Verantwortlich für die Vereinsseite zeichnete unter anderem ein einschlägig bekannter Islamist aus Husum, welcher bereits als Inhaber mehrerer salafistischer Internetpräsenzen aufgefallen war.

Nach der Ausreise einiger Protagonisten von „Millatu Ibrahim“ nach Nordafrika im Frühjahr 2012 sowie dem Verbot der Vereinigung im Juni war zunächst auch deren Aktivität im Internet unterbrochen. Bereits seit Herbst 2012 existierte wieder ein umfangreicher Blog der Gruppierung, auf dem auch weiterhin massiv jihadistische Propaganda betrieben wurde. Dieser wurde jedoch aufgrund von Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen des Betreibers Anfang des Jahres 2013 wieder gesperrt.

Die Nutzung sozialer Netzwerke, insbesondere von Facebook, bildete im Jahr 2012 wiederum einen Schwerpunkt islamistischer Propaganda. Regelmäßig werden bisher unbekannte Nutzer festgestellt, welche die vermeintliche Anonymität der Plattform nutzen, um islamistisches Gedankengut zu verbreiten und sich untereinander zu vernetzen. Auch salafistische Gruppierungen verfügen in der Regel über ein oder mehrere Facebook-Profile. Dabei beschränkt sich die Nutzung von Facebook nicht nur auf die jüngeren Anhänger. Auch bereits seit langem bekannte Protagonisten der Szene werden immer häufiger als neue Nutzer festgestellt.

In Schleswig-Holstein nutzen Einzelpersonen und Gruppierungen aus dem islamistischen Spektrum die ihnen im Internet zu Verfügung stehenden Verbreitungswege intensiv aus. Die aktivste Gruppierung verfügt derzeit über sieben hier bekannte Internetauftritte. Genutzt werden unter anderem Facebook, Twitter, Myspace und YouTube. Unter besonderer Beobachtung der Verfassungsschutzbehörde stehen hierbei Einzelpersonen, die offen jihadistische Inhalte, wie etwa Videos von Kampfhandlungen oder Predigten jihadistischer Ideologen unter anderem auf Facebook verknüpfen.

5 Islamistischer Terrorismus

5.1 Jihadismus

Der „Jihad“ im Sinne des Korans kann primär als „sich bemühen“ und „anstrengen“ verstanden werden. Diese Interpretationsform wird als „großer Jihad“ innerhalb der Religion bezeichnet. Der größte Teil der Muslime praktiziert diese Form des

„Jihads“ durch Spenden an Bedürftige, durch das Gebet, durch Geduld sowie die persönliche Suche nach „Gottesnähe“. Der „kleine Jihad“ wird wiederum nur von muslimischen Randgruppen als eine militante Aktionsform deklariert und hauptsächlich für ihre ideologischen Zwecke instrumentalisiert. Diese „Jihadisten“ sehen sich als Opfer einer „Vernichtungskampagne“ und argumentieren, dass die USA und der Westen, einen Krieg gegen den Islam und die Muslime führen. Somit wird die Verteidigung des Islam durch den „globalen Jihad“ wie beispielsweise in Afghanistan moralisch von ihnen gerechtfertigt. Dabei ist das Internet auch für Jihadisten zu einer unverzichtbaren Kommunikations- und Propagandaplattform geworden. Über dieses Medium sollen insbesondere junge Menschen, die westlich sozialisiert sind, dazu motiviert werden, terroristische Anschläge zu begehen. Nur eine kleine Gruppe des islamistischen Personenspektrums in Deutschland ist dem Phänomenbereich des „Jihadismus“ zuzurechnen.

5.2 Aktuelle internationale Entwicklungen im Jahr 2012

Die massive Gefährdung der internationalen Staatengemeinschaft durch den globalen islamistischen Terrorismus hat sich auch im Jahr 2012 fortgesetzt und stellt weiterhin eine der größten Gefahren für die innere Sicherheit Deutschlands dar.

Auch wenn die von der „al-Qaida“-Führung angekündigte Vergeltung für die Tötung des „al-Qaida“-Chefs Usama bin Ladin im Mai 2011 sowie für die Tötung bzw. Festnahme weiterer Führungspersonen bisher ausgeblieben ist, muss dennoch jederzeit mit Anschlägen dieser Terrororganisation oder mit ihr assoziierten Gruppierungen gerechnet werden.

Dem Nachfolger bin Ladins, dem Ägypter Aiman al-Zawahiri, ist es gelungen, seine eigene sowie die ideologische Führungsrolle von Kern-„al-Qaida“ innerhalb der internationalen jihadistischen Netzwerke zu verfestigen. Ausschlaggebend hierfür war u.a. seine Anerkennung als neuer Anführer durch alle Regionalorganisationen, wie beispielsweise „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“.

Die Umbrüche in den arabischen Staaten Nordafrikas und auf der Arabischen Halbinsel dauern an und beeinflussen dabei auch die Entwicklung des islamistischen Ter-

rorismus. Diese Wandlungsprozesse bergen die Gefahr, dass sich in dort entstandenen staatlichen Machtvakuen terroristische Strukturen etablieren, die nicht nur dortige westliche Interessen tangieren, sondern darüber hinaus die Gefahr begründen, terroristische Anschläge in Europa einschließlich Deutschlands zu befördern.

Im Zusammenhang mit dem ersten vollendeten islamistisch motivierten Terroranschlag auf deutschem Boden kam es am 10. Februar zur Urteilsverkündung. Der 22-jährige kosovarisch-serbische Staatsangehörige Arid U. wurde wegen des Attentats am 02. März 2011 am Frankfurter Flughafen wegen Mordes und versuchten Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Bei dem Attentat wurden zwei Angehörige der US-amerikanischen Streitkräfte getötet und zwei andere lebensgefährlich verletzt. Nach Feststellung des Gerichts war der Hass auf US-amerikanische Soldaten, die U. als Repräsentanten der „imperialistischen und anti-islamischen USA“ ansah, Motiv für die Tat.

Ein ähnlicher Fall eines - zum Teil organisationsunabhängigen – Einzeltäters ereignete sich im März 2012 in Frankreich. Ein 24-jähriger Franzose algerischer Abstammung tötete in einer Mordserie im März 2012 zunächst drei französische Soldaten und danach drei Kinder sowie einen Lehrer einer jüdischen Schule. Als Begründung seiner Taten gab er an, dass er den gewaltsamen Tod palästinensischer Kinder rächen und ein Zeichen gegen die französische Militärpräsenz in Afghanistan setzen wollte. Der Attentäter, der beim Versuch seiner Festnahme durch französische Sicherheitskräfte ums Leben kam, rechnete sich selbst zwar dem Terrornetzwerk „al-Qaida“ zu, ob er tatsächlich in deren Auftrag handelte, ist nicht belegt.

5.3 „al-Qaida“-Netzwerk

Es ist davon auszugehen, dass Kern-„al-Qaida“ sowie deren assoziierte Regionalorganisationen beabsichtigen, ihre globalen wie auch regionalen Agenden selbst unter Einsatz terroristischer Mittel umzusetzen.

Dabei tritt Kern-„al-Qaida“ als „virtuelle“ Organisation und als propagandistischer Meinungsführer des internationalen Jihads auf. Das Hauptziel der Organisation ist nach wie vor das Zurückdrängen westlicher Einflüsse aus muslimischen Ländern

sowie die Beseitigung der aus Sicht von „al-Qaida“ vom „wahren Glauben abgefallenen“ muslimischen Regierungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika. Das verbindende Element der Anhänger von „al-Qaida“ ist die pan-islamische Ideologie, nach der weltweit eine „Verteidigung der muslimischen Gemeinschaft gegen Ungläubige“ sowie eine militante Ablehnung der westlichen Welt einschließlich ihrer Werte notwendig ist. Deshalb muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Organisation trotz der derzeitigen operativen Schwächung bemüht ist, mittel- bis langfristig symbolträchtige Großanschläge gegen die westliche Welt durchzuführen.

Offenbar ist es Kern-„al-Qaida“ gelungen, die Schwächung der Führungsstrukturen, u.a. durch die Tötung bin Ladins, trotz des andauernden massiven Verfolgungsdrucks durch neue Kräfte zu kompensieren. Al-Zawahiri konnte seine Position als neuer Anführer von „al-Qaida“ festigen und wurde von allen „al-Qaida“-Regionalorganisationen als sog. „Emir“ anerkannt.

Auf der propagandistischen Ebene hat sich „al-Qaida“ insbesondere mit den Umbrüchen in der arabischen Welt auseinander gesetzt und veröffentlichte eine große Anzahl von Video- und Audiobotschaften. So richtete al-Zawahiri insgesamt elf Videobotschaften an das ägyptische Volk. Neben theologisch geprägten Ansprachen versucht al-Zawahiri sich auch realpolitischen Themen zu nähern. So setzt er sich unter anderem mit der aktuellen politischen Situation in Ägypten oder in Tunesien auseinander und forderte die dortige Bevölkerung auf, sich für die Einführung der Scharia einzusetzen. Daneben versuchte al-Zawahiri mit mehreren Botschaften das Leben von bin Ladin für den Jihad zu glorifizieren und thematisierte die von Muslimen als besonders empörend empfundene Verunglimpfung des Propheten Muhammad durch den US-amerikanischen Filmausschnitt „Innocence of Muslims“.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass „al-Qaida“ noch immer die ideologische Meinungsführerschaft im Hinblick auf den internationalen Jihadismus für sich beansprucht und tatsächlich auch besitzt. Die Organisation fungiert als die „Marke“, die für alle Jihadisten weltweit das Symbol für den militanten Kampf gegen die westliche Welt darstellt. Unter diesem Banner wird gemeinsam für die jihadistische Ideologie gekämpft. Daraus resultiert auch die ungebrochene Anziehungskraft der Organisation. Ob es allerdings al-Zawahiri gelingen wird, aus dem „Schatten“ seines Vorgängers bin Ladin hervorzutreten und zukünftig als eigenständiger „starker Anführer“

rer“ wahrgenommen zu werden, bleibt abzuwarten. Die Glorifizierung und Heroisierung von bin Ladin als identitätsstiftendem und motivationsförderndem Faktor für die Bewegung setzt sich weiter fort. Fraglich ist, ob sich der Führungsanspruch Kern-„al-Qaidas“ dauerhaft aufrechterhalten lässt, wenn es der Organisation neben ihren propagandistischen Aktivitäten nicht gelingen sollte, mit symbolträchtigen Terroranschlägen in Erscheinung zu treten.

Neben der Kernorganisation „al-Qaida“ haben die assoziierten Regionalorganisationen insbesondere aufgrund ihrer operativen Fähigkeiten weiter an Bedeutung gewonnen. Diese Gruppen verfolgen überwiegend eine regionale Agenda, haben sich allerdings ebenfalls dem Gedanken des internationalen Jihadismus verschrieben.

Hierbei ist insbesondere „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) zu nennen. Der Organisation ist es gelungen, neben ihrem regionalen Kampf gegen ausländische Einflüsse auf der Arabischen Halbinsel und gegen die dortigen, aus ihrer Sicht unislamischen Regierungen, auch über die Region hinaus Anschläge bzw. Anschlagversuche gegen westliche Staaten durchzuführen. Hervorzuheben sind vor allem die versuchte Sprengung eines US-amerikanischen Verkehrsflugzeugs am 25. Dezember 2009 über Detroit sowie mehrere Entführungen westlicher Staatsangehöriger im Laufe der nachfolgenden Jahre.

Darüber hinaus ist es AQAH, die im Jahre 2009 durch die Fusion der „al-Qaida“-Ableger aus Saudi-Arabien und Jemen entstanden ist, gelungen, neben ihrer operativen Komponente eine intensive Propagandaarbeit zu leisten. Mit der Etablierung des englischsprachigen Online-Magazins „Inspire“ hat sie ihr weltweites Ansehen innerhalb der jihadistischen Szene erheblich steigern können. Das Magazin, von dem bisher neun Ausgaben erschienen sind, richtet sich insbesondere an Jihadwillige in westlichen Staaten und erläutert u.a., wie diese mit einfachen Mitteln in ihren Aufenthaltsländern Anschläge verüben können. „Inspire“ rühmt sich selbst damit, dass Acid U., der Attentäter des Schusswaffenanschlags auf US-amerikanische Militärangehörige am Frankfurter Flughafen am 02. März 2011 durch die Zeitschrift inspiriert wurde.

Die örtlichen Sicherheitsbehörden haben auf diese terroristischen Aktivitäten der Organisation mit einem besonderen Verfolgungsdruck reagiert. Im Zuge dessen wurden mehrere Führungspersonen der AQAH, darunter der US-amerikanische Prediger al-

Awlaki, getötet. Deshalb bleibt es abzuwarten, ob es der Terrorgruppe gelingen wird, neben der unveränderten regionalen Bedrohung, die von ihr ausgeht, ihre führende Beteiligung am internationalen Jihad fortzusetzen.

Ihre regionalen operativen Fähigkeiten hat die Terrorgruppe insbesondere am 21. Mai unter Beweis gestellt. An diesem Tag fanden in Sana'a/Jemen Übungen für eine Militärparade anlässlich des Nationalfeiertags statt. AQAH ist es unter Einsatz eines Selbstmordattentäters gelungen, mehr als 90 Militärangehörige zu töten.

An Bedeutung für den internationalen Jihad hat die Terrororganisation „al-Qaida im Islamischen Magreb“ (AQM) gewonnen. Vorgänger der Organisation war die „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“, die bereits seit Ende der 1990er Jahre als Terrororganisation in Algerien aktiv war. Diese hat sich am 11. September 2006 offiziell „al-Qaida“ angeschlossen. AQM ist es gelungen, sich als größte und erfolgreichste islamistische Terrorgruppe im Maghreb zu etablieren. Ihr Aktionsraum erstreckt sich auf Algerien, Mauretanien, den Norden von Mali und den Nordwesten von Niger. Die AQM konnte im Zuge der staatlichen Unsicherheiten, die durch den „Arabischen Frühling“ ausgelöst wurden, ihren Einflussbereich festigen und ausbauen. Ihr Operationsspektrum reicht dabei von Angriffen auf staatliche Einrichtungen und Strukturen bis hin zu Entführungen von westlichen Staatsbürgern. Im Zuge der fortdauernden Expansionsbestrebungen der Terrororganisation musste mit verstärkten Angriffen auf den Süden Malis, wie auch auf alle angrenzenden Staaten in der Region gerechnet werden.

Insbesondere die Situation in Mali selbst hat sich seit Anfang 2012 deutlich verschärft. AQM konnte in Kooperation mit örtlichen islamistischen Terrorgruppen weitere Bereich Nordmalis erobern, und ist Ende 2012/Anfang 2013 bis nach Zentralmali vorgestoßen. Als die Hauptstadt Bamako durch die Terrorgruppen bedroht wurde, bat die malische Regierung Frankreich um militärische Unterstützung. Durch die militärische Intervention Frankreichs konnte der Vormarsch der Terroristen gestoppt und diese zurückgedrängt werden. Als Reaktion AQMs wurde Mitte Januar 2013 in Algerien ein Gasfeld überfallen und diverse Geiseln genommen. Algerische Sicherheitskräfte beendeten mit militärischer Gewalt die Geiselnahme. Insgesamt kamen ca. 80 Menschen ums Leben, unter ihnen 37 ausländische Geiseln.

In dem Aktionsbereich der Terrororganisation besteht darüber hinaus die Gefahr,

dass sich dort terroristische Strukturen, ähnlich wie in der Region Afghanistan/Pakistan, einschließlich terroristischer Ausbildungslager, etablieren. Diese terroristischen Kapazitäten, aber auch Unterstützungsnetzwerke der AQM in Europa stellen eine Bedrohung der gesamteuropäischen Sicherheit dar. Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass die Unterstützungsnetzwerke aufgrund der aktuellen militärischen Auseinandersetzung in Mali mögliche Anschlagplanungen in Europa vorantreiben.

Neben der AQM hat sich auf dem afrikanischen Kontinent eine zweite „al-Qaida“-Regionalorganisation, die „al-Shabab“ etabliert. Die „al-Shabab“, die im Jahr 2006 in Somalia durch die Abspaltung der militanten Gruppe „Union der islamischen Gerichtshöfe“ entstanden ist, wurde im Februar 2012 durch Kern-„al-Qaida“ offiziell als Regionalorganisation anerkannt. Ziel der „al-Shabab“ ist es weiterhin, die als unislamisch und verwestlicht angesehene Übergangsregierung in Somalia zu stürzen, um eine auf dem Scharia-Recht basierende Herrschaft, ein großsomalisches Kalifat einzurichten. Auch wenn diese Agenda eine vorrangig regionale Zielsetzung beinhaltet, verfolgt „al-Shabab“ darüber hinaus auch die international ausgerichtete Zielsetzung „al-Qaidas“. So besteht auch durch „al-Shabab“ die Gefahr von Anschlägen auf westliche Interessen und es ist mit Entführungen von westlichen Staatsbürgern zu rechnen.

Trotz der weiter verbesserten Sicherheitslage im Irak kommt es dort noch immer zu einer erheblichen Anzahl von Anschlägen. Diese treffen neben staatlichen Einrichtungen und deren Repräsentanten insbesondere auch unterschiedliche ethnische und konfessionelle Gruppen im Lande. Die aktivste Terrorgruppe ist dabei „al-Qaida“ im Irak, die bereits seit 2006 unter der Bezeichnung „Islamischer Staat im Irak“ auftritt. Gegründet wurde die Organisation im Jahr 2003 durch den Jordanier Abu Musab al-Zarqawi, der im Jahr 2006 bei einem gezielten Luftangriff durch US-amerikanische Streitkräfte ums Leben kam. Ziele der Terrorgruppe sind die Beseitigung der als unislamisch und westlich angesehenen irakischen Regierung, die Zurückdrängung westlicher Einflüsse sowie der Kampf gegen die schiitische Dominanz im Lande.

5.4 Regionale islamistische Terrororganisationen

Die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU), die 1998 in Kabul gegründet wurde, hat zum Ziel, die säkulare Regierung in Usbekistan zugunsten eines islamischen Kalifats in Zentralasien zu beseitigen. Dazu agiert die IBU vorwiegend aus Afghanistan heraus und unterhält dort paramilitärische Ausbildungslager.

Seit dem Jahr 2011 verstärkt die IBU ihre internationale Präsenz und nutzt dazu intensiv das Internet als Medium, um ihre Video- und Textbotschaften zu verbreiten. Dazu unterhält die Gruppierung eine eigene Medienstelle und verfügt über eine eigene Homepage. Die IBU ist trotz ihrer regionalen Agenda insbesondere für Deutschland von besonderer Bedeutung. Dies resultiert daraus, dass die Gruppierung seit dem Jahr 2009 durch die beiden aus Bonn stammenden Brüder Monir und Yassin Chouka Verlautbarungen der Organisation in deutscher Sprache veröffentlicht. Ziel der Botschaften der IBU ist es zum einen, Islamisten zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad zu rekrutieren und zur Ausreise in die Kampfgebiete zu motivieren, und zum anderen über die aktuellen Entwicklung in den Kampfgebieten zu informieren. Bei diesen Veröffentlichungen wird regelmäßig die deutsche Beteiligung an der ISAF-Mission in Afghanistan aufgegriffen.

Hervorzuheben ist u.a. die Veröffentlichung der IBU vom 9. Februar. Darin wird in deutscher Sprache die Zusammenarbeit Deutschlands mit den USA im „Kampf gegen den Terror“ sowie der Umgang mit Terrorverdächtigen und Personen, die in die Jihad-Gebiete ausreisen wollen, kritisiert. Deshalb wurden direkte Drohungen gegen Deutschland einschließlich der Bevölkerung ausgesprochen und eine Serie von Anschlägen in Deutschland angekündigt. Daneben rief Yassin Chouka im Namen der IBU am 18. Mai im Nachgang zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen von gewaltbereiten Salafisten und Mitgliedern der rechtsgerichteten „pro NRW“-Bewegung zum Mord an „pro NRW“-Mitgliedern sowie deutschen Journalisten auf.

Zuletzt drohte die IBU in einer Veröffentlichung vom 29. November erneut mit Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen in Zusammenhang mit einem im Juni 2012 verübten Massaker von Buddhisten an der muslimischen Minderheit in Myanmar.

Nach Auffassung der IBU habe der Bundesaußenminister, der das Land während der Massaker besuchte, angeblich die Buddhisten unterstützt.

5.5 Islamistisch-kurdische Netzwerke

Im Norden des Irak sind verschiedene islamistisch-kurdische Netzwerke aktiv. Diese Netzwerke vertreten eine radikale salafistisch-jihadistische Ideologie. Sie werden geeint durch die Zielsetzung, im Nordirak einen eigenen kurdischen islamischen Gottesstaats auf Grundlage der Scharia schaffen zu wollen. Beispielsweise zählen Anhänger und Sympathisanten der terroristischen Organisation „Ansar al-Islam“ (AAI) zu diesem Personenpotenzial, wobei sich die AAI als Teil des sunnitisch-terroristischen „Widerstands“ im Irak versteht und mutmaßlich über Verbindungen zum Terrornetzwerk „al-Qaida“ verfügt.

Viele Anhänger der AAI befürworten dabei grundsätzlich jihadistische Aktivitäten im Irak, dabei auch die Aktionen anderer gewaltbereiter Gruppierungen, so dass nicht immer ein konkreter Bezug zur AAI gegeben sein muss.

Als zentrale Leitfigur islamistisch-irakischer Kurden in Deutschland und Europa gilt Najmuddin Faraj Ahmad alias Mullah Krekar, der 2001 die AAI gegründet hat, zwischenzeitlich allerdings diese Führungsfunktion aufgab. Mullah Krekar lebt seit 1991 in Norwegen, das ihm politisches Asyl gewährt. Bislang ist es nicht gelungen, Krekar als Terroristen zu verurteilen. Im Dezember 2012 wurde Krekar in Oslo allerdings zu einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Bedrohung einer norwegischen Politikerin verurteilt.

In Deutschland leben eine Reihe irakischer Kurden, die islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak als legitim ansehen. Anhänger dieser irakisch-kurdischen Netzwerke fungieren dabei weitgehend als logistische Unterstützer.

5.6 Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)

Die „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB) hat die Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit Tschetscheniens zum Ziel. Der radikale Flügel der Gruppierung um Doku Umarov - das islamistisch-terroristisch ausgerichtete „Kaukasische Emirat“ - lehnt dabei eine politische Lösung ab und strebt einen unabhängigen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus auf Grundlage der Scharia an.

Nordkaukasische Separatisten tragen für viele Anschläge gegen militärische und zivile Einrichtungen in Russland die Verantwortung. Ihnen werden auch die Geiselnahmen in Russland im Jahr 2002 in einem Moskauer Theater und 2004 in einer Beslauer Schule zugeschrieben. Zu den Anschlägen in der Moskauer Metro im Jahr 2010 bekannte sich Umarov ebenfalls in einem Video auf der Internetseite kavkaz.tv. und kündigte weitere Racheakte an. Angesichts der in der kommenden Monaten anstehenden Sportgroßereignisse in der Russischen Föderation wie die Leichtathletik-WM in Moskau im Jahr 2013 sowie die Olympischen Winterspiele in Sotschi im Jahr 2014 muss daher weiterhin von einer erhöhten Gefährdung durch die Separatisten ausgegangen werden.

Die in Europa lebenden tschetschenischen und dagestanischen Personen, die sich dem nordkaukasischen Widerstand verpflichtet fühlen, betrachten Europa und damit auch Deutschland primär als Rückzugsraum. Sie unterstützen die Bewegung vorrangig mit Propaganda, Spendensammlungen und logistischer Hilfe.

5.7 Entwicklungen in Deutschland

Trotz der vom islamistischen Terrorismus ausgehenden angespannten allgemeinen Sicherheitslage kam es im Jahr 2012 zu keinem vollendeten Terroranschlag auf deutschem Boden. Ob bei dem versuchten Bombenanschlag auf dem Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember ein islamistischer Hintergrund vorliegt, ist noch ungeklärt. Hierzu bleibt die weitere Aufklärung des Anschlagsversuchs abzuwarten. Dennoch würde sich dieser in die aktuelle Bewertung der Sicherheitslage einfügen, nach der sich Deutschland fortdauernd im direkten Zielspektrum des islamistischen Terrorismus befindet.

Diese Einschätzung stützt sich in erster Linie auf folgende Aspekte: Die langfristige strategische Zielsetzung und Planungstreue von Kern-„al-Qaida“, den aktuellen entsprechenden Erkenntnissen aus dem jihadistischen Spektrum, der Existenz eines gewaltbereiten islamistischen Personenpotenzials in Deutschland, die anhaltenden Reisebewegungen dieses Spektrums in Jihadgebiete, die anhaltende Thematisierung Deutschlands in einschlägigen jihadistischen Verlautbarungen sowie das militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan.

Das islamistisch-terroristische Spektrum in Deutschland stellt keine homogene Gruppe dar. Vielmehr reicht es von Zusammenschlüssen, die über enge Beziehungen zu ausländischen Islamistengruppen verfügen über unabhängige Kleinstgruppen bis hin zu selbstradikalisierten Einzelpersonen. Eine konkrete organisatorische Anbindung an eine Terrorgruppe ist überwiegend nicht gegeben.

Jihadistischen Kleinstgruppen und Einzelpersonen kommt hierbei eine besondere Rolle zu, da diese durch die Propaganda des „al-Qaida“-Netzwerkes und anderer Terrorgruppe radikalisiert und inspiriert werden. Sie verfolgen ohne Steuerung und Auftrag von außen ihren eigenen Jihad. Dies stellt die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen, eventuelle Radikalisierungsverläufe bis hin zu einer möglichen terroristischen Anschlagsvorbereitung rechtzeitig zu identifizieren.

5.8 Ausreisefälle

Ein besonderes Augenmerk der Sicherheitsbehörden liegt auf denjenigen Personen, die die Absicht erkennen lassen, sich aktiv am internationalen Jihad zu beteiligen. Seit dem Jahr 2009 ist ein verstärkter Trend zu Ausreisen festzustellen. Personen, die dem islamistisch-terroristischen Spektrum zuzurechnen sind, planen Reisen in Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie das nördliche Afrika durchzuführen. In diesen Ländern (Afghanistan, Pakistan, Jemen, Somalia, Libyen) befinden sich Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen. Die Ausreise in ein Ausbildungslager erfolgt in der Regel nicht direkt. Als erster Schritt ist oftmals der Besuch einer Sprach- oder Koranschule zu sehen. In diesen Schulen erfolgen in diesen Fällen weitere Schritte der Radikalisierung sowie der Anwerbeversuch für die Ausbildung in den Terrorcamps. Ägypten entwickelt sich in diesem Zusammenhang als Drehscheibe für ausreisewillige Islamisten.

Das erfolgreiche Durchlaufen eines terroristischen Ausbildungslagers wirkt auf die radikalisierten Personen identitätsstiftend und steigert sowohl unter den Jihadisten im Terrorcamp als auch innerhalb der Gemeinschaft in Deutschland deren Ansehen und Reputation. Grund dafür sind die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen, die wäh-

rend eines solchen Terrorcampaufenthaltes erworben werden. Damit bergen Absolventen terroristischer Ausbildungslager ein hohes Gefahrenpotential in sich.

Die weitere Entwicklung nach dem Absolvieren eines Terrorcamps ist dabei vielschichtig. Im Anschluss an die Ausbildung können sich diese Rekruten einerseits dem internationalen Jihad anschließen. Dem Kampf gegen die ISAF-Schutztruppe in Afghanistan kam dabei in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung zu. Eine Verlagerung in andere Konfliktgebiete wie Syrien, Somalia oder aktuell Mali zeichnet sich jedoch schon jetzt ab. Ferner besteht für die Rekruten die Möglichkeit einer Rückkehr in ihre Heimatländer, um dort den Jihad auszuüben oder aber andere Unterstützungsleistungen für den internationalen Jihad zu erbringen. Da sie sozial integriert, sprachlich versiert und mit den Lebensverhältnissen vertraut sind, sind sie durch Verdachtsraster der Sicherheitsbehörden schwieriger zu detektieren.

Den Sicherheitsbehörden liegen derzeit Informationen zu insgesamt rund 235 Personen mit Deutschland-Bezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten. Zu ca. 100 Personen existieren ganz konkrete Hinweise, die für eine tatsächlich absolvierte paramilitärische Ausbildung sprechen. Es wird davon ausgegangen, dass sich mehr als die Hälfte dieser Personen wieder in Deutschland aufhält. Hiervon sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand 10 Personen derzeit inhaftiert.

Weiterhin ist bekannt, dass sich aktuell Personen mit Deutschland-Bezügen in Regionen wie z.B. dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhalten, in denen sich Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden.

Unter den Ausgereisten und Ausreisewilligen befinden sich auch Personen aus Schleswig-Holstein.

5.9 Entwicklungen in Schleswig-Holstein

Die Sicherheitsbehörden des Landes konnten bisher in Schleswig-Holstein keine Hinweise auf tatsächliche Strukturen mit einem islamistisch-terroristischen Hintergrund feststellen. Dennoch liegen zu einer Reihe von Einzelpersonen im Land Anhaltspunkte für Verbindungen und Kontakte zu islamistisch-terroristischen sowie jihadistischen Strukturen vor.

Diese Verbindungen traten unter anderem im Zuge des bundesweiten Verbots der islamistischen Vereinigung „Millatu Ibrahim“ am 14. Juni zu Tage, bei dessen Umsetzung es auch in Schleswig-Holstein zu Durchsuchungsmaßnahmen bei mutmaßlichen Vereinsangehörigen kam. Daneben wurden bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen im Mai 2012 in Bonn und Solingen gegen Wahlkampfveranstaltungen der rechtsgerichteten Partei „pro NRW“ auch Personen aus Schleswig-Holstein festgenommen. Gegen sie sind im Berichtszeitraum Strafverfahren anhängig gewesen.

Ferner leben in Schleswig-Holstein Einzelpersonen mit irakisch-kurdischem Hintergrund, von denen bekannt ist, dass sie islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak befürworten oder die sogar konkret der Anhängerschaft der Terrorgruppe „Ansar al-Islam“ zugerechnet werden. Hinweise auf ein strukturiertes islamistisch-kurdisches Netzwerk liegen in Schleswig-Holstein nicht vor. Auch wurden keine aktiven Unterstützungsleistungen zugunsten irakisch-kurdischer Gruppierungen im Jahr 2012 beobachtet.

Unter den tschetschenischen und dagestanischen Personen die in Schleswig-Holstein leben, sind mutmaßliche Sympathisanten der „Nordkaukasischen Separatistenbewegung“ (NKSB) bekannt. Allerdings sind bislang weder feste organisatorische Strukturen der NKSB noch aktive Unterstützungshandlungen zugunsten der Gruppierung in Schleswig-Holstein bekannt geworden.

Am 27. März ist Harry M. vom Oberlandesgericht Schleswig wegen Werbens um Mitglieder oder Unterstützer für zwei terroristische Vereinigungen im Ausland in elf Fällen zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt worden.

Harry M. veröffentlichte auf der von ihm seit Dezember 2010 betriebenen Internetseite

te „Islamic-Hacker-Union“ bis zu seiner Festnahme im Juni 2011 139 teilweise mit Videos oder Lichtbildern verbundene Textbeiträge und 83 reine Videobeiträge radikal-islamischen und jihadistischen Inhalts. Er verherrlicht darin fortlaufend den bewaffneten Kampf der aus seiner Sicht „rechtgeleiteten Muslime“ gegen die „Feinde des Islams“, die Tötung von „Ungläubigen“ und die Teilnahme am gewaltsamen Jihad.

In mindestens elf dieser Videos warb er wissentlich und willentlich um Mitglieder oder Unterstützer für die mit „al-Qaida“ assoziierten ausländischen terroristischen Vereinigungen „Islamische Bewegung Usbekistan“ und „Islamischer Staat Irak“.

Seit Herbst 2012 existiert wieder ein für die Öffentlichkeit einsehbares Facebook-Konto des wegen Propagandadelikten verurteilten und inhaftierten Harry M. Dieses Konto, das bereits über 250 Freunde verfügt, wird offensichtlich von einer unbekanntem dritten Person im Auftrag geführt.

6 Organisationen und Gruppierungen

6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Eingebunden in die türkische - weltweit aktive - „Milli-Görüs“-Bewegung stellt die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) in Deutschland mit ca. 31.000 Mitgliedern die größte legalistische Organisation dar, wovon ca. 470 Personen auf Schleswig-Holstein entfallen. Angesprochen werden vermutlich aber mehr als 100.000 Menschen. Dies geschieht durch zahlreiche Veranstaltungen, Zeitschriften wie z.B. „Milli Gazete“ oder „IGMG Perspektif“ sowie eine Internetpräsenz.

Ende 1960 wurde die Milli-Görüs Bewegung von dem im Jahr 2011 verstorbenen Politiker Necmettin Erbakan u.a. mit dem Ziel gegründet, ein national-türkisches Großreich zu schaffen. Grundlage hierfür war zu einem die „Milli Görüs“ (nationale Sicht) und zum anderen die „Adil Düzen“ (gerechte Ordnung). Nach der Ideologie Erbakans kann die „gerechte Ordnung“ nur mit dem Islam als Basis erreicht werden. Eine islamische Gesellschaftsordnung soll sich dann global durchsetzen. Die „Saadet

Partisi“ (SP - Partei der Glückseligkeit) steht in der Türkei für die „Milli-Görüs“-Bewegung.

In Deutschland hat die IGMG ihren Hauptsitz in Kerpen (Nordrhein-Westfalen) und verfügt über zahlreiche, teils hierarchisch strukturierte Abteilungen, wie z.B. einer Rechtsabteilung und einer Frauenabteilung. Sie deckt fast alle Bereiche des täglichen Lebens ab und dient ihren Mitgliedern somit als soziales Netzwerk. Vorsitzender der IGMG ist seit Mai 2011 Kemal Ergün, der als Wunschkandidat von Erbakan galt. Neben vielen strukturellen und personellen Veränderungen innerhalb der IGMG setzt Ergün seit seiner Wahl aber auch neue Schwerpunkte. Hierzu gehört insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit. So versuchte sich die Organisation z.B. bei Veranstaltungen wie dem deutschlandweiten „Tag der offenen Moschee“ als weltoffen und tolerant darzustellen. Am 3. Oktober zeigte sich mit eigenen Materialien zum Motto „Islamische Kunst und Kultur“, mit überarbeiteten IGMG-Broschüren und geschultem Personal für die Betreuung der Moscheebesucher die zunehmende professionelle Arbeit in diesem Bereich.

Die Bildungs- und Jugendarbeit mit dem Ziel, schon frühzeitig Kinder, Jugendliche und Studierende an die Organisation zu binden, steht ebenfalls im Fokus der IGMG. Mit kostenlosem Nachhilfeunterricht, Koranschulungen aber auch Freizeitangeboten und sonstigen Veranstaltungen wird in den IGMG-Vereinen versucht, dieses Ziel zu erreichen. So berichtete die ‚Milli Gazete‘ im August 2012 über eine Feier in Lübeck für Kinder anlässlich ihrer bevorstehenden Einschulung. Demnach hielt der Religionsbeauftragte des Vereins eine kurze Rede. Im Anschluss an die Gebete wurden an die Kinder Geschenke verteilt. Nach Aussage der Frauenorganisation soll diese Feier jährlich wiederholt werden.

Auch wenn die IGMG-Vereine in Schleswig-Holstein, die dem „Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschlands e.V.“ (BIG) angehören, nach außen kaum wahrgenommen werden, so finden sich in den Organisationsstrukturen und Veranstaltungen die Vorgaben der IGMG-Zentrale wieder. Nicht nur in Lübeck werden die intensiven Aktivitäten für und mit jungen Muslimen mit Sorge beobachtet, da eine ideologische Beeinflussung im Sinne Erbakans befürchtet wird. Die Mitgliederzahl der IGMG-Vereine in Kiel, Rendsburg, Lübeck, Neumünster und Glinde wird auf insgesamt 470 Personen geschätzt.

Gerade die Bemühungen der IGMG sich nach außen als rein religiöse Organisation darzustellen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die IGMG nach wie vor in die Milli-Görus-Bewegung eingebunden ist. Der 1. Todestag von Necmettin Erbakan am 27. Februar hat gezeigt, dass es weiterhin Tendenzen zu einer Loslösung von der türkischen Organisation gibt. Zum einen wurden zwar für Erbakan bundesweit zahlreiche Gedenkveranstaltungen in regionalen Vereinen abgehalten, zum anderen gab es aber in Deutschland keine zentrale Feier. Die „Milli Gazete“ berichtete sehr umfangreich über das Leben und Wirken von Necmettin Erbakan, die Zeitschrift „IGMG Perspektiv“ überhaupt nicht. Die Verehrung für den Gründer der Milli-Görus Bewegung und somit auch seiner Ideologie ist insgesamt aber gegeben.

6.2 „Tablighi Jama’at“

In Indien als Missionsbewegung gegründet, strebt die „Tablighi Jama’at“ (TJ) die Islamisierung der Gesellschaft mit dem Ziel an, einen auf islamischen Gesetzen basierenden Staat zu gründen. Die Organisation zählt weltweit mehr als 10 Millionen Anhänger.

Die TJ zeichnet sich vor allem durch ihr streng orthodoxes Islamverständnis aus, dessen Umsetzung von allen Anhängern gefordert wird. Freiwillige, regelmäßige und unentgeltliche Missionsarbeit sowie eine strikte Lebensweise nach Koran und Sunna werden von jedem erwartet. Im Rahmen von Missionsreisen der TJ-Anhänger, die von drei Tagen bis zu mehreren Monaten andauern können, wird insbesondere in Moscheen versucht, andere Muslime von der TJ zu überzeugen. Gleichzeitig soll aber auch die Frömmigkeit der jeweiligen TJ-Anhänger selbst gestärkt werden.

Obwohl die TJ auch das Internet für ihre Bewegung nutzt, so dient es aber nicht vorrangig zur Kommunikation untereinander. Die Abstimmung der Missionsreisen und Diskussionen untereinander finden hauptsächlich bei den Zusammenkünften der TJ-Anhänger statt. Diese regelmäßigen Treffen gibt es weltweit, wobei der indische Subkontinent mit Indien, Pakistan und Bangladesch einen Schwerpunkt bildet. Es

wurden aber auch Zusammenkünfte in Deutschland - auch im norddeutschen Raum - festgestellt.

In Schleswig-Holstein selbst konnte bisher kein regionales bzw. überregionales Treffen der TJ festgestellt werden. Vorrangig in Kiel und Lübeck werden aber immer wieder in den dortigen Moscheen missionarische Tätigkeiten von TJ-Anhängern beobachtet. Ob Schleswig-Holstein dabei nur die Funktion eines Durchreiselandes hat oder hier eine TJ-Basis entstehen soll, ist nicht erkennbar. Feste Organisationsstrukturen sind jedenfalls nicht zu beobachten.

Die TJ zeigt sich insgesamt nach außen eher unauffällig. Sie lehnt Gewalt grundsätzlich ab. Da die Bewegung aber die Etablierung einer islamischen Gesellschaft und letztlich eines entsprechenden Staates zum Ziel hat, steht die Organisation im Widerspruch zum Grundgesetz. Der Verfassungsschutz sieht eine Gefahr in dem strengen Islamverständnis der Bewegung, da dieses den Nährboden für radikale Prozesse bereiten kann. Auch wurde in der Vergangenheit die Infrastruktur der TJ von Mitgliedern terroristischer Organisationen für Reisezwecke genutzt.

6.3 „Die Muslimbruderschaft“ und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“

Die Muslimbruderschaft (MB) hat ihren Ursprung in Ägypten, ist aber nach eigenen Angaben mittlerweile in mehr als 70 Ländern aktiv. Sie ist damit eine der größten und mutmaßlich einflussreichsten islamistischen Organisationen weltweit. Im Zuge des sogenannten „Arabischen Frühlings“ (Reformbewegung in mehreren arabischen Staaten seit Ende 2010) zog die Muslimbruderschaft erstmals als Partei in das ägyptische Parlament ein, ist aktiv an der Regierung beteiligt und stellt den Präsidenten. In Deutschland gilt die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ als der Muslimbruderschaft ideologisch nahe stehend.

Ursprung und Entwicklung

Gegründet wurde die Muslimbruderschaft bereits 1928 als Reformbewegung vom ägyptischen Lehrer Hassan al-Banna. Im Laufe der Zeit radikalisierte sich die Organisation jedoch, unter anderem aufgrund der Schriften eines bekannten Ideologen

der Organisation: Sayyid Qutb. Neben den Schriften al-Bannas waren es vor allem sein Wirken und seine Lehren, die die Muslimbruderschaft entscheidend prägten. Qutb, der bereits 1966 starb, entwickelte in Werken wie „Ma'alim fi-t-Tariq“ (arab. „Wegzeichen“) zahlreiche bis in die heutige Zeit relevante Grundlagen der islamistischen Ideologie. So prägte er beispielsweise das moderne Verständnis vom Jihad, hier im islamistischen Sinne verstanden als „Heiliger Krieg/Kampf“.

Ziel der Muslimbruderschaft war zunächst, vor allem unter Rückgriff auf die Ursprünge des Islams, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern und den Einfluss Großbritanniens in Ägypten zurückzudrängen. Am Ende sollte die Schaffung eines „wahrhaft islamischen Staates“ stehen, in welchem die Scharia, das von Gott geschaffene Rechts- und Ordnungssystem, die Grundlage bildet. Dies führte in der Folge zu zahlreichen, z.T. gewaltsamen Konflikten zwischen der MB und dem ägyptischen Staat bis hin zum Verbot der Organisation. Obwohl die Gruppierung seit den 70er Jahren offiziell einen Gewaltverzicht bei der Umsetzung ihrer Ziele übt, gilt der Widerstand bzw. Kampf gegen „Besatzer“, gemeint ist hier bis heute vor allem Israel, weiterhin als legitim.

Aktuelle Situation

An den politischen Protesten in Ägypten zu Beginn des Jahres 2011 beteiligte sich die Muslimbruderschaft nur zögerlich. Allerdings trat die Organisation dann bei den Parlamentswahlen zwischen November 2011 und Januar 2012 mit einer eigenen Partei, der „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ an. Das von ihr dominierte Wahlbündnis mit anderen Gruppierungen konnte mit mehr als 47% als stärkste Kraft aus diesen Wahlen hervorgehen. Ein weiteres Wahlbündnis unter Führung der salafistischen „al-Nur“-Partei konnte sich an zweiter Stelle behaupten.

Darüber hinaus beteiligte sich die „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ auch an den ägyptischen Präsidentschaftswahlen im Mai und Juni 2012, aus denen ihr Kandidat Muhammad Mursi knapp als Sieger hervorging. Mursi war bereits seit vielen Jahren für die Muslimbruderschaft aktiv, bevor er zunächst Vorsitzender der „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ wurde und man ihn dann als Präsidentschaftskandidaten nominierte. Seitdem versucht er, trotz zum Teil anders lautender Rhetorik, die Politik Ägyptens im Sinne der Muslimbruderschaft zu beeinflussen. Welche konkreten Fol-

gen dies für das Land unter anderem im Zuge der Verfassungsreform sowohl innen- als auch außenpolitisch haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen.

„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ und „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“

In Deutschland leben etwa 1.300 Anhänger bzw. Mitglieder der Muslimbruderschaft. Eine große Zahl von ihnen ist in der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) organisiert, die ihren Hauptsitz in Köln hat. Daneben unterhält die IGD deutschlandweit sogenannte „Islamische Zentren“, so etwa in München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Braunschweig und Münster. Weiterhin ist die Organisation (Gründungs-)Mitglied der „Federation of Islamic Organisations in Europe“, in welcher auch zahlreiche MB-nahe Verbände aus anderen Ländern vertreten sind.

Ziel der IGD ist unter anderem die Verbreitung eines an der Ideologie der Muslimbruderschaft ausgerichteten Islamverständnisses. Zeitgleich versucht sie in Deutschland gesellschaftlichen und politischen Einfluss in ihrem Sinne zu nehmen. Offiziell ist die Gruppierung zwar bestrebt, keine Nähe zur Muslimbruderschaft erkennen zu lassen. Auf dem Jahrestreffen der Organisation 2012 in München und Bonn traten jedoch nach eigenen Angaben Redner wie der ehemalige Generalsekretär der Muslimbrüder in Syrien, Ali Sadreddin Bayanouni auf und eine Ansprache des Vorsitzenden des tunesischen Ablegers der Muslimbruderschaft „an-Nahda“, Rachid Ghannouchi, war zumindest geplant.

Die „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD) stellt sich zwar als unabhängige Jugendorganisation dar, es bestehen jedoch enge Verbindungen zwischen ihr und der IGD. Darüber hinaus unterhält die MJD ebenso Kontakte zu internationalen Gruppierungen, in denen auch MB-nahe Organisationen vertreten sind. Die in „Lokalkreisen“ organisierte MJD führt unter anderem religiöse Schulungen durch, veranstaltet verschiedene Freizeitaktivitäten für ihre Anhänger und ist darüber hinaus vermehrt im Internet vertreten. Ihren Hauptsitz hat die Gruppierung in Berlin.

In Schleswig-Holstein liegen keine Hinweise auf ein „Islamisches Zentrum“ der IGD oder auf andere Aktivitäten MB-naher Gruppierungen vor. Es gibt jedoch Einzelper-

sonen, die dem Spektrum der Muslimbruderschaft oder ihr nahe stehenden Organisationen zuzurechnen sind.

6.4 „Hizb Allah“ (Partei Gottes)

Die Organisation der „Hizb Allah“ ist dem schiitisch-islamistischen Spektrum zuzurechnen und hat ihren Ursprung im Libanon. Eines ihrer vorrangigen Ziele ist die „Befreiung der palästinensischen Gebiete“ von der als unrechtmäßig angesehenen Besetzung durch den Staat Israel. Dazu wendet die „Hizb Allah“ unter anderem auch terroristische Methoden an. Da sich die Propaganda der Gruppierung darüber hinaus auch gegen westliche Institutionen richtet, und die Organisation auch Anhänger in Deutschland hat, wird die „Hizb Allah“ durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Ursprung und Entwicklung

Die „Hizb Allah“ wurde im Jahr 1982 im südlichen Libanon gegründet. Zunächst handelte es sich um ein militantes Bündnis verschiedener schiitischer Splittergruppen, welche sich aufgrund des Einmarsches israelischer Truppen im Juni 1982 zusammenschlossen. Durch massive finanzielle und materielle Unterstützung aus dem Iran und Syrien baute die „Hizb Allah“ ihre organisatorischen Strukturen aus und ist seit 1992 auch als Partei im libanesischen Parlament vertreten. Seit 2005 ist sie darüber hinaus an der Regierung im Libanon beteiligt.

Auch wenn sich die Organisation im Laufe der Zeit karitativen und sozialen Belangen vor allem der schiitischen libanesischen Bevölkerung zuwandte, bleibt eines ihrer Hauptziele die Bekämpfung des Staates Israel. Dazu verbreitet die „Hizb Allah“ sowohl über eigene Publikationen, vor allem jedoch über den eigenen, seit 2008 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten, Fernsehsender „al-Manar“ („der Leuchtturm“) antijüdische und antiisraelische Propaganda. Darüber hinaus verfolgt der militante Arm der Gruppierung seine Ziele wie eingangs erwähnt auch weiterhin mit terroristischen Mitteln.

Aktuelle Situation

Die aktuelle Situation der Organisation ist stark geprägt von den Umbrüchen in der arabischen Welt und den Ereignissen in den Nachbarländern. Im seit 2011 beste-

henden Syrienkonflikt bezieht die „Hizb Allah“ rhetorisch Stellung für das Regime des syrischen Präsidenten Bashar al-Assads. Der Generalsekretär der Organisation, Hassan Nasrallah, bot sich schließlich im April 2012 als Vermittler zwischen den einzelnen Konfliktparteien an. Darüber hinaus scheint sich die „Hizb Allah“ jedoch aus aktiven Kampfhandlungen in ihrem Nachbarland bisher herauszuhalten. Eine ähnliche Strategie verfolgte die Organisation während der Auseinandersetzungen zwischen Israel und der palästinensischen „ Hamas“ im Gaza-Streifen im November 2012. Auch hier stellte man sich, gemeinsam mit dem Iran, rhetorisch auf die Seite der „ Hamas“. Weiterhin rief Generalsekretär Hassan Nasrallah im Programm des Senders „al-Manar“ auch andere arabische Staaten dazu auf, die „ Hamas“ mit Waffen zu unterstützen. Eine aktive Beteiligung an Kampfhandlungen durch die „Hizb Allah“ schien es jedoch auch hier nicht zu geben. Auch die weitere innen- wie außenpolitische Vorgehensweise der Organisation wird maßgeblich von den Entwicklungen in den angrenzenden Staaten bestimmt sein. Ob dies in der Folge zu einem Machtzuwachs der Organisation führt oder eher destabilisierend wirkt, lässt sich derzeit nicht prognostizieren.

Die Hizb Allah in Deutschland und Schleswig-Holstein

Außerhalb des Libanons scheint die „Hizb Allah“ keine einheitlichen Strukturen aufzuweisen. In Deutschland konnte festgestellt werden, dass die Anhänger der Organisation unter anderem über örtliche Moscheevereine in Kontakt stehen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass das Internet und soziale Netzwerke von zunehmender Bedeutung für die Kommunikation unter den Anhängern sind.

Die Finanzierung der „Hizb Allah“-nahen Vereine in Deutschland findet in erster Linie über Spenden statt. Weiterhin hat sich gezeigt, dass hier lebende Anhänger der Gruppierung diese im Libanon auch direkt finanziell unterstützen. Ebenso sind organisierte Spendensammlungen des in Göttingen ansässigen „Waisenkinderprojekts Libanon e.V.“ (WKP) bekannt. Diese in Deutschland gesammelten Gelder werden an eine libanesishe Stiftung transferiert, die Teil des Sozialnetzwerkes der „Hizb Allah“ ist, und somit letztlich auch der Organisation zugutekommen.

Insgesamt betrachtet halten sich die etwa 950 in Deutschland lebenden „Hizb Allah“-Anhänger mit öffentlichen Aktionen weitestgehend zurück. Lediglich vereinzelt finden

Kundgebungen statt, wie beispielsweise die einmal jährlich in Berlin organisierte Demonstration zum „al-Quds-Tag“ (Jerusalem-Tag). Diese fand im Berichtszeitraum am 18. August statt und war im Vergleich zum Vorjahr mit mehr als 1.000 Teilnehmern gut besucht. Darüber hinaus kam es 2012 deutschlandweit zu mehreren Kundgebungen mit „Hizb Allah“-Anhängern gegen den bereits angesprochenen islamkritischen Film „Innocence of Muslims“, welche jedoch friedlich verliefen.

In Schleswig-Holstein konnten bisher keine „Hizb-Allah“-nahen Moscheevereine festgestellt werden. Es sind jedoch Einzelpersonen bekannt, die Bezüge zur Organisation aufweisen.

6.5 „Türkische Hizbullah“ (TH)

Die „Türkische Hizbullah“ (TH) ist eine kurdisch-sunnitisch-islamistische Organisation und entstand Anfang der 1980er Jahre aus dem Zusammenschluss kleiner Gruppierungen im Raum Diyarbakir (Türkei). Synonym zu „Türkische Hizbullah“ wird die Gruppierung auch „Kurdische Hizbullah“ genannt. Die Organisation weist keine organisatorische Anbindung an die schiitische „Hizb Allah“ im Libanon auf (siehe IV. 6.4). Die TH rekrutiert vielmehr ihre Anhänger aus sunnitischen Muslimen.

Entwicklung und Ziel der Türkischen Hizbullah

Die „Türkische Hizbullah“ hat sich als Hauptziel die Beseitigung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei vorgenommen. Langfristig plant sie die Errichtung eines Gottesstaates auf türkischem Staatsgebiet. Die TH rechtfertigte in der Vergangenheit die Anwendung von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele. So führten Mitglieder der TH in den 1990er Jahren diverse Anschläge auf öffentliche Einrichtungen sowie Morde an Repräsentanten des türkischen Staates, beispielsweise an Politikern, Anwälten und Journalisten durch. Zeitgleich lieferte sie sich blutige Auseinandersetzungen mit der extremistischen „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK, siehe IV. 7.1). Am 17. Januar 2000 wurde der Anführer der TH bei Gefechten mit türkischen Sicherheitskräften getötet und zahlreiche Führungsfunktionäre verhaftet, was die Organisation deutlich schwächte.

Aus diesem Anlass sah sich die „Türkische Hizbullah“ in den letzten Jahren gezwungen, ihre Strategie zu ändern. Ehemalige Funktionäre und Anhänger der TH began-

nen in den kurdischen Gebieten der Türkei Vereine und Bildungseinrichtungen zu gründen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Über das Internet sowie durch zahlreiche Publikationen wurde die Legalisierung dieser Organisation weiter vorangetrieben. Zu einer zusätzlichen Erstarkung der „Türkischen Hizbullah“ kam es durch die Änderung der türkischen Strafprozessordnung im Januar 2011, als hochrangige TH-Anhänger nach mehreren Jahren Untersuchungshaft freigelassen wurden.

„Türkische Hizbullah“ (TH) veröffentlicht Manifest

Am 17. Januar wurde auf einer der TH zuzuordnenden Internetseite das Manifest der Organisation (türkisch: Hizbullah Cemaati'nin Manifestosu) veröffentlicht. Das Manifest ist in türkischer Sprache verfasst und besteht aus einem Vorwort, welche die Aufgaben und Pflichten eines Muslims für ein gottgefälliges Leben diktiert und einer aus 37 Paragraphen bestehenden Satzung der Organisation.

Dem Manifest zufolge weicht die TH von ihren grundlegenden islamistischen Ansichten nicht ab. Sie besteht weiterhin der strikten Befolgung von Koran und Sunna (Prophetentradition) und der Nichtvereinbarkeit von Religion und Staat. Weltweit sollen sich die Muslime vereinen und eine islamische Gesellschaftsordnung anstreben. Nur so sei es möglich einen islamischen Staat nach islamischem Recht zu etablieren, so das Manifest. Die Autoren des Manifests verurteilen auch in dieser Veröffentlichung den türkischen Staat als kemalistisches Regime, welches die muslimische Bevölkerung seit der Staatsgründung der Türkei 1923 unterdrücke. Diese Unterdrückung gelte insbesondere für die Menschen im Südosten der Türkei, die nicht nur als Kurden, sondern auch als Muslime durch den türkischen Staat verfolgt würden. Im Manifest der Türkischen Hizbullah wird die Einheit aller Muslime unabhängig von ethnischer und innerislamischer Zugehörigkeit betont. Dabei wird auch das Kurdenproblem thematisiert:

„[...] kurdische Muslime sind Teil der islamischen Gesellschaft. Die Kurdenfrage betrifft alle Muslime und sollte nach islamischer Gerechtigkeit gelöst werden.“

In diesem Zusammenhang wird das Konkurrenzverhältnis zur PKK aufgegriffen. Die „Türkische Hizbullah“ sieht sich weiterhin noch als alleiniger Vertreter der Kurden im Südosten der Türkei.

Diverse Veröffentlichungen von Textbeiträgen von TH-Aktivist*innen im Internet sowie vielfältige Publikationen unterstreichen erneut das Wiedererstarken der „Türkischen Hizbullah“. Neue Mitglieder und Sympathisanten sollen durch humanitäres, zivilgesellschaftliches Engagement sowie die Gründung politischer Parteien im Südosten der Türkei rekrutiert werden.

„Türkische Hizbullah“ in Deutschland und Schleswig-Holstein

Deutschlandweit sind etwa 350 Mitglieder der TH zuzurechnen. In Schleswig-Holstein sind Einzelmitglieder vertreten, die kaum organisiert sind, aber überregionale TH-Veranstaltungen besuchen.

Die „Türkische Hizbullah“ nutzt Deutschland zur personellen und logistischen Reorganisation sowie als Rückzugsraum. So sammelt die Organisation Spenden, vertreibt Publikationen und lädt zu europaweiten Veranstaltungen ein, so auch im Jahr 2012.

7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug

7.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) stellt in punkto Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial in Deutschland immer noch die bedeutendste Kraft im Bereich des nicht religiös motivierten Extremismus mit Auslandsbezug dar. Seit 1993 sind die PKK sowie ihre Teil- und Nachfolgeorganisationen in Deutschland nach § 20 Vereinsgesetz verboten, haben aber – konspirativ und in Form von Ersatz- und Tarnorganisationen mit im wesentlichen unveränderter Personalausstattung, Struktur und Zielsetzung – ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie gelten als extremistisch, da sie auf einer marxistisch-leninistischen Ideologie fußen, als zentralistisch geführte Kaderorganisationen konspirativ agieren, sich eine eigene Staatsgewalt anmaßen und – zumindest im Ausland – ihre politischen Ziele mit Gewalt in Form von Aufruhr, Besetzung öffentlicher Gebäude, Entführungen, Anschlägen und bewaffneten Angriffen verfolgen. In den Grenzgebieten der Türkei zum Nordirak, zum Iran und zu Syrien unterhält die PKK eine mehrere Tausend Personen starke Guerillatruppe, die so genannten „Volksverteidigungskräfte“ (HPG). Seit 1984 liefern sich diese Guerill-

laeinheiten – unterbrochen durch „einseitige Waffenstillstände“ – schwere Kämpfe mit den türkischen Streitkräften. Mindestens 40.000 Menschen sind bisher diesem Konflikt zum Opfer gefallen. Die PKK steht aktuell auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen.

Die PKK wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Gegenbewegung gegen die staatliche Repression der Kurden in der Türkei gegründet. Die Hauptorganisation änderte mehrfach ihren Namen und baute eine verschachtelte Struktur von Teil- und Nebenorganisationen auf. Das Bundesministerium des Innern stellte mit Schreiben vom 16. Juli 2009 klar, dass sich das vereinsrechtliche Verbot vom 22. November 1993 auf sämtliche weiteren Bezeichnungen der PKK erstreckt, namentlich auf KADEK, KONGRA-GEL, KKK und KCK.

Die PKK in Deutschland

In Deutschland verfügt die PKK über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt in drei so genannte Regionen („Sahas“-Nord, -Mitte, -Süd) und diese in insgesamt 28 „Gebiete“, denen jeweils ein Kader als „Gebietsverantwortlicher“ zugeteilt wird. Um die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden zu erschweren, wechseln diese Kader jährlich ihr Zuständigkeitsgebiet.

Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das „Gebiet Kiel“, das wiederum in einzelne Teilgebiete aufgeteilt ist. Zu den typischen Aufgaben der Gebiets- und Teilgebietsverantwortlichen zählen z.B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten, die Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für Veranstaltungen.

Von den ca. 800.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden 13.000 Personen zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Die Anhängerschaft der PKK ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert, die häufig dem Dachverband YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“) angehören.

Die YEK-KOM tritt nach außen hin als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. Sie ist als Nachfolgeorganisation der 1993 vom Bundesinnenmi-

nister verbotenen PKK-Nebenorganisation „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ (FEYKA-Kurdistan) anzusehen. Nachrichtendienstlichen Informationen zufolge werden z.B. die Vereinsräumlichkeiten der YEK-KOM-Vereine auch für Treffen der sogenannten Frontarbeiter und illegalen Kader der PKK genutzt.

In Schleswig-Holstein fungiert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V.“ (DKG) in Kiel als zentrale Anlaufstelle für die auf landesweit 650 Personen geschätzte Anhängerschaft der PKK. Die DKG ist Gründungsmitglied der YEK-KOM. Ihre Aktivitäten (z.B. Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Feiern zu Jahres- und Gedenktagen, Fahrten zu Großveranstaltungen im In- und Ausland) sind überwiegend Teil bundes- oder europaweiter Kampagnen der PKK. Über die Veranstaltungen der DKG wird regelmäßig in der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue freie Politik“) und in PKK-nahen Fernsehsendern berichtet.

Veranstaltungsprogramm und Kampagnen

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Hierzu zählten folgende Aktivitäten im Berichtsjahr (in Klammern: ausrichtende bzw. anmeldende Organisation, ggf. Beteiligung aus Schleswig-Holstein):

18. Februar

Großdemonstration in Strasbourg/Frankreich anlässlich des 13. Jahrestages der Festnahme Öcalan mit bis zu 10.000 Teilnehmenden („Föderation der kurdischen Vereine in Frankreich“; Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

21. März

Demonstration anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz in Kiel mit geschätzten 500 Teilnehmenden (DKG)

24. März

Bundesweite Zentralveranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest Newroz in Bonn mit geschätzten bis zu 13.000 Teilnehmenden (YEK-KOM, Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

16. Juni

„8. Zilan-Frauenfestival“ in Gelsenkirchen mit ca. 2.000 Teilnehmenden („Kurdisches Frauenbüro für den Frieden e. V. – CENI“)

30. Juni

„15. Mazlum Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ in Bonn mit geschätzten 3.000 Teilnehmenden (Privatperson, Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

15. August

Feier in Kiel im Werftpark zum Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK am 15. August 1984 (DKG)

8. September

„20. Internationales Kurdisches Kultur-Festival“ in Mannheim mit rund 40.000 Teilnehmenden (YEK-KOM; Beteiligung aus Schleswig-Holstein)

Die im März 2011 begonnene Kampagne unter dem Titel „Die kurdische Identität soll in Deutschland offiziell anerkannt werden“ wurde im Berichtsjahr von der YEK-KOM weitergeführt. Am 15. Oktober hörte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages Vertreter der YEK-KOM unter anderem zu den Forderungen nach Anerkennung der kurdischen Migranten als eigenständiger Migrantengruppe und Aufhebung des PKK-Verbots an.

Ereignisse in der Türkei führten zur Rückbesinnung auf militante Protestformen

In der Nacht vom 28. auf den 29. November 2011 bombardierte das türkische Militär in der Nähe der Ortschaft Roboski/Provinz Şırnak/Türkei in der Nähe zur irakischen Grenze eine Gruppe von vermeintlichen PKK-Kämpfern. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass die 35 Toten keine Guerillakämpfer, sondern Zivilisten waren. PKK-nahe Medien bezeichneten diesen Luftangriff als „Roboski-Massaker“. Den ganzen Januar über fanden im gesamten Bundesgebiet Protestkundgebungen statt, meist organisiert durch die PKK-nahen Ortsvereine. In einigen Städten bewarfen die Demonstranten Polizeibeamte mit Gegenständen; in Mannheim kam es zwischen ca.

400 kurdischen Demonstranten und Türken zu Auseinandersetzungen. Außerdem wurde in Berlin am 3. Januar ein Brandanschlag auf das Vereinslokal eines türkisch-nationalistischen Vereins verübt, zu dem sich eine Jugendinitiative Haki Karer“ bekannte und die Tat als „Racheakt für die Luftangriffe in Roboski“ bezeichnete. Weitere Anschläge gegen türkische und kurdische Objekte in Bremen, Hamburg und Hessen folgten.

In Kiel demonstrierten am 7. Januar etwa 400 Kurden friedlich.

Die Gefahr einer Eskalation ist auch zwischen Anhängern der PKK und nationalgesinnten Türken insbesondere den Anhängern der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF) gegeben. (siehe IV. 7.2)

Personenkult um Öcalan

Von den PKK-Anhängern wird der Parteigründer Abdullah Öcalan achtungsvoll „Apo“ (dt. „Onkel“) genannt und als Symbol und Führer der kurdischen „Freiheitsbewegung“ verehrt. Seit 1999 ist er auf der Gefängnisinsel Imrali/Türkei inhaftiert. Während jahrelang wöchentliche Besuche üblich waren, ermöglichten die türkischen Behörden seit dem 27. Juli 2011 keinen Kontakt mehr zwischen Abdullah Öcalan und seinen Anwälten. Die PKK bezeichnete diesen Zustand als „verschärfte Isolationshaft“ und organisierte flächendeckend Proteste in Europa:

An der traditionellen Großdemonstration in Straßburg aus Anlass des Jahrestages der Verhaftung von Öcalan beteiligten sich am 18. Februar ca. 100 Personen aus Schleswig-Holstein. In zeitlichem Zusammenhang wurden in Köln und Bonn insgesamt drei Brandanschläge mit mutmaßlichem oder erwiesenem PKK-Bezug gegen türkische Einrichtungen verübt, in Darmstadt und Frankfurt/Main blockierten Gruppen jugendlicher PKK-Anhänger mehrere Hauptverkehrsstraßen, in Berlin besetzten kurdische und deutsche Extremisten die Vertretung der Europäischen Kommission, um auf die Situation des PKK-Führers aufmerksam zu machen.

Am 1. März traten in Straßburg 15 prominente PKK-Vertreter in den unbefristeten Hungerstreik. Sämtliche PKK-nahen Organisationen unterstützten die Streikenden mit Besucherdelegationen und Solidaritätsaktionen, so war am 27. März eine Dele-

gation der DKG aus Kiel in Straßburg. Die DKG thematisierte außerdem den Hungerstreik am 13./14. April mit einem Informationsstand in der Kieler Innenstadt.

Die spektakulärsten Aktionen in Deutschland waren die Besetzung eines Ausflugsdampfers auf dem Rhein bei Köln am 15. April sowie die Besetzung einer Elbfähre in Hamburg am 19. April durch PKK-Aktivisten. Die PKK-nahe Presse berichtete von weiteren Besetzungsaktionen durch kurdische Aktivisten aus Marseille/Frankreich (Fähre), London/Großbritannien (Niederlassung des Roten Kreuzes), Mannheim (Fernsehstudio), Wiesbaden (Landtag), Zürich/Schweiz (Bahnhof), Rom/Vatikan (Pressebüro). Am 21. April beendeten die Aktivisten in Straßburg ihren Hungerstreik nach 52 Tagen.

Insgesamt ist seit Herbst 2011 – parallel zu der Abschottung Öcalans – eine Eskalation des Protestverhaltens zu beobachten. Die Aktivisten greifen in Deutschland und den Nachbarländern wieder vermehrt auf militante Aktionsformen zurück, die in den 1990er Jahren bei der PKK üblich waren, etwa Autobahnblockaden sowie Besetzung öffentlicher Gebäude und Medienanstalten.

Im Anschluss an das „Kurdistan-Kulturfestival“ besuchte ein so genannter „Freiheitsbus für Öcalan“ nacheinander diverse Großstädte im Bundesgebiet und im benachbarten Ausland. Kiel war am 18. September eine der ersten Stationen; in der Kieler Innenstadt empfing die DKG den Bus mit einer Kundgebung von circa 100 Personen.

Gewaltausbruch auf dem „Kurdistan-Kulturfestival“ in Mannheim

Am 8. September veranstaltete die YEK-KOM in Mannheim/Baden-Württemberg das „20. Internationale Kurdistan-Kulturfestival“. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatte es auf einem Protestmarsch von Straßburg/Frankreich nach Mannheim Ausschreitungen zwischen rund 100 kurdischen Demonstrationsteilnehmern und am Marschweg wartenden Türken gegeben. Bei dem Festival selbst kam es aus geringfügigem Anlass zu massiven Ausschreitungen von circa 1.500 kurdischen – meist jugendlichen – Gewalttätern gegen Polizeibeamte, dabei wurden 80 Beamte verletzt. Die meisten Gewalttäter konnten unerkannt in der Menge der etwa 40.000 Festivalbesucher untertauchen.

Die anschließende Presseerklärung der YEK-KOM vom 10. September 2012 nahm die gewalttätigen Jugendlichen in Schutz und machte allein die deutsche Polizei und die so genannte „Verbotspolitik“ für die Gewalt auf dem Festival verantwortlich.

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse deuten darauf hin, dass eine Gewalteskalation in dieser Form von Seiten der PKK nicht geplant war und dem Veranstalter YEK-KOM die Situation entglitten ist.

Die „Kurdische Jugend Stuttgart“ veröffentlichte als Reaktion auf das Einschreiten der Polizei auf dem Festival im Internet am 15. September eine Erklärung mit offenen Drohungen:

„... Die Eskalation in Mannheim war noch nicht einmal ein Bruchteil von dem was auf euch zu kommt wenn Ihr das Betätigungsverbot gegen die PKK nicht aufhebt. Mit euch Abrechnen? Es geht erst los....“

Kurdische Jugend – virtuell präsent und real unberechenbar

Seit Ende 2010 tritt verstärkt die „Kurdische Jugend Kiel“ (KJK) in Erscheinung, eine Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit Unterstützung der DKG agiert und das Ziel verfolgt, Jugendliche für die politischen Anliegen der PKK zu interessieren.

Seit August 2012 wurde in dem sozialen Netzwerk Facebook im Internet ein neuer Account namens „Ciwane Kiel“ festgestellt, der personelle und inhaltliche Bezüge zur „Kurdischen Jugend Kiel“ aufweist. Während die „Kurdische Jugend Kiel“ bisher im Internet den Anschein einer politisch interessierten, aber nicht extremistischen Jugendgruppe zu wahren versuchte, bekennt sie sich mit der Seite „Ciwane Kiel“ erstmals offen zu Symbolik und Inhalten der militanten PKK-Jugendorganisation „Koma-len Ciwan“. Die Seite beginnt mit einem Aktionsaufruf:

„Wir sind die Kurdische Jugend Kiel.
Wir sind die Rache von Kurdistan. [...]“

Hiermit rufen wir die Kurdischen Jugendlichen auf sich an Aktionen überall zu beteiligen. Es ist Zeit zu handeln! Wir werden uns gegen jede Art von Unterdrückung wehren und keine weiteren Übergriffe mehr dulden!!

BIJI SEROK APO [Es lebe der Führer „Apo“]
HER BIJI GERILLA [Es lebe die Guerilla] [...]“

Es wurden in der Folge keine Ereignisse oder Straftaten bekannt, die mit diesem Aufruf in Verbindung stehen.

An den Verknüpfungen von „Ciwane Kiel“ mit rund 160 anderen Facebook-Konten, darunter Gruppen der „Komalen Ciwan“ und der PKK-Studentenorganisation YXK in ganz Deutschland und dem europäischen Ausland, wurde deutlich, in welchem Ausmaß die jugendlichen PKK-Sympathisanten in Schleswig-Holstein europaweit vernetzt sind. Sollte die PKK-Führung im Nordirak Massenaktionen der europäischen Jugend befehlen, so erreicht die Mobilisierung über Facebook innerhalb kürzester Zeit auch die Jugendlichen hier. Anlässlich verschiedener Demonstrationen zeigte sich aber auch, dass die Resonanz im Internet häufig weit über die tatsächlich feststellbare Beteiligung der Jugend hinausgeht, und dass militante Äußerungen im Internet selten in Taten umgesetzt werden.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass in Europa inzwischen eine Generation von jungen PKK-Sympathisanten herangewachsen ist, deren Verhalten in konkreten Situationen für die Sicherheitsbehörden schwer vorhersehbar ist. Anders als die Elterngeneration sind diese jungen Menschen nicht straff in klassische Vereinsstrukturen und in die PKK-Parteidisziplin eingebunden, andererseits sind sie aber über die sozialen Netzwerke im Internet an dem internationalen Informations- und Meinungs austausch über kurdenpolitische Fragen beteiligt.

Seit Jahren schürt die PKK durch Propaganda bei der kurdischen Jugend den Hass auf die Türkei und auf den deutschen Staat und drängt die Jugendlichen zum Handeln. Der langjährige „Friedenskurs“ verbietet jedoch aus übergeordneten strategischen Erwägungen ein offen durch die PKK gesteuertes gewaltsames Auftreten in Europa. In den letzten Jahren entlud sich die aufgestaute Aggression der kurdischen Jugend mehrfach in unorganisierter Gewalt auf Versammlungen.

Kooperation mit der Partei „DIE LINKE“

Bei der Wahl zum Schleswig-holsteinischen Landtag am 6. Mai kandidierte für die Partei „Die LINKE“ unter anderem die Kurdin Seyran Papo. In ihrem Wahlkampf erhielt sie massive Unterstützung von Seiten der YEK-KOM, der DKG und der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“.

PKK-Sender „Roj TV“ durch neue Propagandasender abgelöst

Seit 2004 strahlte der Fernsehsender „Roj TV“ mit dänischer Lizenz über Satellit ein Programm in kurdischer Sprache aus, das in ganz Europa und im Nahen Osten empfangen werden konnte und im Wesentlichen Themen mit PKK-Bezug behandelte. Im Jahr 2008 untersagte das Bundesministerium des Innern die Betätigung von „Roj TV“ in Deutschland. Allerdings entschied der EuGH am 22. September 2011, dass aufgrund der europäischen Fernsehrichtlinie 89/552/EWG allein die dänischen Behörden dafür zuständig seien, den Ausstrahlungsbetrieb des Senders zu prüfen. Am 10. Januar wurden „Roj TV“ und die Betreibergesellschaft „Mesopotamia Broadcast“ von dem Kopenhagener Stadtgericht zu einer Geldstrafe verurteilt, da der Sender hinsichtlich der finanziellen, strukturellen und operationellen Verbindungen ein Instrument der PKK sei. Die Sendeerlaubnis wurde jedoch nicht entzogen. Als Reaktion auf dieses Gerichtsurteil stellte der Satellitenbetreiber Eutelsat kurz darauf die Ausstrahlung von „Roj TV“ ein, um sich nicht wegen einer eventuellen Unterstützung terroristischer Aktivitäten strafbar zu machen.

Während der laufenden Gerichtsverfahren in Sachen „Roj TV“ hatte die PKK bereits Ersatzstrukturen vorbereitet. Den Sendebetrieb übernahmen - ohne wesentliche inhaltliche Veränderungen - abwechselnd zwei neue Sender namens „Sterk TV“ (dt. „Stern-TV“) mit norwegischer Lizenz und „Nuce TV“ (dt. „Nachrichten-TV“) mit dänischer Lizenz.

Finanzierung

Die PKK finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge der YEK-KOM-Vereine, durch regelmäßige monatliche Spenden, durch den Verkauf von Publikationen und von Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die jährliche Spendenkampagne.

Die jährliche Spendenkampagne wurde bereits im August begonnen und wie üblich konspirativ durchgeführt. Die PKK schätzt die jeweilige finanzielle Leistungsfähigkeit und legt im Voraus die Spendensumme für jede kurdisch-stämmige Familie fest.

Seit Jahren wurden keine Fälle von Gewaltanwendung bei der Spendensammlung in Schleswig-Holstein bekannt. Die Entwicklung der politischen Situation in der Türkei, vor allem die in der PKK-nahen Presse propagierten militärischen Erfolge der Guerilla, haben offenbar die freiwillige Spendenbereitschaft der Kurden in Deutschland

noch weiter beflügelt. Angeblich wurden die aus Organisationssicht erfolgreichen Spendenergebnisse der Vorjahre erneut übertroffen.

In Deutschland erbringt die Spendensammlung regelmäßig Millionenbeträge und ca. ein Drittel des gesamten Spendenaufkommens in Europa. Die Geldmittel werden zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der „offenen“ Organisationsstrukturen der PKK, für die PKK-nahen Medien (insbesondere die Fernsehsender) und für die Ausrüstung und den Lebensunterhalt der Guerillatruppen in der Türkei bzw. im Nordirak verwendet.

Ausblick

Die Kontaktsperre zu Öcalan ging einher mit einer heftigen Eskalation der Kampfhandlungen zwischen türkischen Streitkräften und PKK-Guerillatruppen. Zu Beginn des Jahres 2012 versuchten die PKK-Guerillatruppen, Teile des türkischen Staatsgebiets unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit Beginn des Aufstandes in Syrien verlagerten sich die Interessen der PKK darauf, die syrischen Kurden enger an die PKK zu binden. Als strategisches Ziel der PKK zeichnet sich dabei die Einrichtung eines kurdischen Autonomiegebietes im Norden Syriens ab – vergleichbar der Situation im Nordirak. In der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ vom 04. Januar 2013 veröffentlichte die PKK-Guerillatruppe eine „Kriegsbilanz“ für das Jahr 2012. Demnach hätten die Guerillaeinheiten insgesamt 736 Anschläge verübt, dabei seien 2.221 Soldaten und lediglich 314 Guerillakämpfer getötet worden. Diese Zahlen sind zwar nicht objektiv verifizierbar, werfen aber ein Schlaglicht auf die Intensität der Kampfhandlungen. Zum Jahresbeginn 2013 verlautbarte Dr. Bahoz Erdal, Mitglied des Kommandorates der Guerillatruppen:

„[...] Solange die türkische Okkupationsarmee in Kurdistan stationiert sei, und solange die türkischen Polizeibanden Terror verbreiteten, werde die Guerilla Kurdistan für sie in eine Hölle verwandeln“.

Von Seiten der PKK stehen die Zeichen eher auf Fortsetzung der Kampfhandlungen, zumal die PKK die Dynamik des syrischen Aufstandes gern auf die Türkei übertragen würde.

Die türkische Regierung zeigt hingegen vorsichtige Anzeichen von Verhandlungsbereitschaft. Nachdem zunächst der türkische Geheimdienst wieder Gespräche mit Öcalan aufnahm, haben am 04. Januar 2013 zwei einflussreiche kurdische Abgeord-

nete des türkischen Parlaments Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali besucht. Überschattet wurden diese Verhandlungen jedoch von der Nachricht der Ermordung der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansiz und zweier anderer PKK-Funktionärinnen am 09. Januar 2013 in Paris.

In Deutschland bleibt die politische Lobbyarbeit ein Schwerpunkt der PKK-Parteiarbeit, wie die Unterschriftensammlungen im Zusammenhang mit der „Identitätskampagne“ und das Engagement im Schleswig-Holsteinischen Landtagswahlkampf zeigen. Gerade die Zusammenarbeit mit der Partei „Die LINKE“ erbrachte hier im Berichtszeitraum aber nicht den gewünschten Erfolg, da die Partei aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde nicht in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einzog.

Informationsstände und friedliche Demonstrationen PKK-naher Organisationen in Deutschland erzielen regelmäßig nur wenig öffentliche Resonanz, lediglich die Besetzung von Ausflugschiffen auf dem Rhein und im Hamburger Hafen erregte Aufmerksamkeit. Um den Druck auf die Öffentlichkeit und die politischen Institutionen zu erhöhen, gab die PKK-Führung mehrfach die Weisung aus, „öffentlichkeitswirksame demokratische Aktionen“ durchzuführen und „die legale Verteidigung auf die Spitze zu treiben“. Unter den Begriffen „demokratische Aktionen“ und „legale Verteidigung“ versteht die PKK auch Aktionen, die nach deutschem Recht Straftaten wie Hausfriedensbruch, Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte umfassen.

Diese Entwicklung bedeutet noch nicht, dass die PKK den so genannten „Friedenskurs“ in Europa grundsätzlich in Frage stellt, sie weist aber darauf hin, dass – im Interesse einer stärkeren Wahrnehmung der PKK in der Öffentlichkeit - ein aggressiveres Auftreten in Europa diskutiert wird.

Ungeachtet der Morde in Paris (s.o.) wurde der Dialog zwischen Abgesandten der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Gründer Öcalan, der sich mit eigenen Vorschlägen aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen scheint, fortgesetzt. Diese Verhandlungsbereitschaft Öcalans könnte einen neuen Impuls für die Friedensbemühungen bedeuten. Ziel ist ein Abzug der PKK-Guerillakämpfer aus der Türkei im Gegenzug zu politischen Reformen und einer Freilassung von mehreren Tausend kurdischen politischen Gefangenen aus türkischen Gefängnissen.

7.2 „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF)

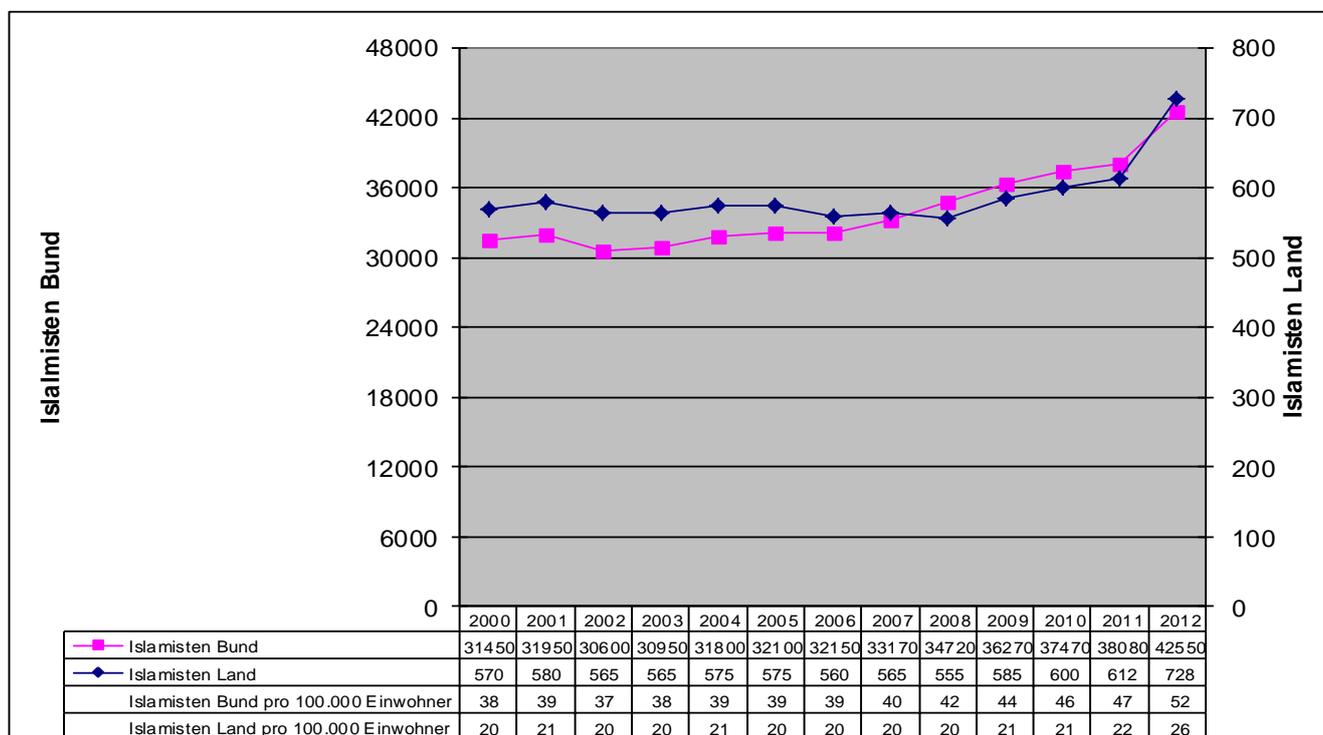
Ein Teil der in Deutschland lebenden türkischen Nationalisten (so auch die sogenannten „Grauen Wölfe“) sind in der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF) organisiert. Die ADÜTDF ist Auslandsvertretung der türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und Mitglied der „Türkischen Konföderation in Europa“ (ATK). Kennzeichnend für die Ideologie der ADÜTDF ist neben einem überhöhten Nationalbewusstsein unter anderem der Antisemitismus und die Abwertung anderer in der Türkei lebenden Ethnien. Der sogenannte „Wolfsgruß“, die Finger der rechten Hand werden entsprechend geformt, dient als äußeres Symbol.

In Schleswig-Holstein ist ein aktives Vereinsleben im Bereich der ADÜTDF kaum wahrnehmbar, auch wenn sich zum Beispiel der Kieler Verein „Türkische Gemeinschaft Kiel und Umgebung e.V.“ mit einer Internetpräsenz umfassend darstellt. Für Kommunikation, Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl vernetzten sich ADÜTDF-Mitglieder und Sympathisanten zunehmend im Internet in sozialen Netzwerken. Neben ADÜTDF-Vereinsmitgliedern suchen aber auch unorganisierte Gleichgesinnte und Sympathisanten den Kontakt untereinander und nutzen das Internet als hauptsächlich verbale Plattform. Aufrufe zu Demonstrationen bzw. Aktionen gegen die PKK konnten zwar in anderen Bundesländern aber bisher nicht in Schleswig-Holstein festgestellt werden. Trotz der geringen Öffentlichkeitswirksamkeit wird hier von einer Anhängerschaft von 450 Personen ausgegangen.

8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2010-2012

Islamismuspotenzial			
	2010	2011	2012
Arabischer Ursprung	110	122	281
Türkischer Ursprung	490	490	480
Summe Land	600	612	761*
Summe Bund	37470	38080	42550*

* Die signifikante Steigerung der Gesamtzahl resultiert insbesondere daraus, dass zum ersten Mal das Personenpotenzial des Bereichs Salafismus zahlenmäßig eingeflossen ist.



Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen (ohne Islamismus)				
Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit		Linksextremisten	Extreme Nationalisten	Gesamt
Kurden	2010	650		650
	2011	650		650
	2012	650		650
Türken	2010	Einzelmitglieder	400	400
	2011	Einzelmitglieder	400	400
	2012	Einzelmitglieder	450	450
Iraner	2010	25		25
	2011	25		25
	2012	25		25
Summe Land	2010	675	400	1.075
	2011	675	400	1.075
	2012	675	450	1.125
Summe Bund	2010	17.070	7.840	24.910
	2011	18.570	7.840	26.410
	2012	17.970	10.840	28.810

